

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Breitband für ländliche Räume

Außerdem:
Bauer am Rande der Großstadt
Innovation und Erneuerung planen?
LeaderAlternativ



Inhalt

Breitband für ländliche Räume

Mit „Ich bin drin – ist das einfach!“ warb Boris Becker 1999 in einem Werbespot noch dafür, sich einen Onlinezugang anzuschaffen. Seitdem hat das Internet eine rasante technische Entwicklung vollzogen. „Breitband“ lautet das Schlagwort und steht dabei für ganz unterschiedliche Auslegungen. Wir legen den Fokus darauf, was schnelles Internet für ländliche Räume bedeutet. Seite 10



Weitere Themen



Bauer am Rande der Großstadt

Landwirtschaft bedeutet heute weit mehr als nur die Bewirtschaftung von Flächen: Neben Umweltauflagen müssen sich Landwirte auch zunehmend mit Flächenverlusten auseinandersetzen. Die Zusammenarbeit sowohl von Landwirten untereinander als auch mit anderen Partnern kann ein Schlüssel dafür sein, diese Probleme zu lösen. Seite 32



Bild: Stauke / fotolia

Wie plant man Innovation und Erneuerung?

Im Rahmen des Modellvorhabens LandZukunft wetteiferten 17 zuvor anhand bestimmter Kennzahlen ausgewählte periphere ländliche Landkreise darum, die besten Konzepte für mehr regionale Wertschöpfung und zur Sicherung der Beschäftigung zu entwickeln. Welchen Kriterien und Prozessen dabei entscheidende Bedeutung zukam, hat das Johann Heinrich von Thünen-Institut untersucht. Seite 40



Bild: istockphoto.com



Bild: LPV - Mecklenburg-Vorpommern

Alternative Chance für innovative Projekte

Mit Leader- Alternativ erprobt Mecklenburg-Vorpommern seit nunmehr zwei Jahren einen neuen Förderansatz: Nicht mehr Richtlinienkonformität von Projekten, sondern Zielkonformität sind ausschlaggebend.

Seite 47

Für das Netzwerk

Inside	05	Neue Mitarbeiterin
	05	Die DVS im Internet
Veranstaltungen	06	Wertschöpfung im Kleinprivatwald
	06	Transferbesuch WRRRL und Landwirtschaft
	07	Open Days 2012
	07	Euregia 2012
	08	Internationale Grüne Woche
	09	Jahresprogramm der DVS
	09	Fachgespräch Jugend
	09	Linc in Finnland

Im Fokus: Breitband für ländliche Räume

Einführung	11	Ein Schlagwort – viele Bedeutungen
	12	Netzwerk für Nutzer
Anspruch und Möglichkeiten	14	Wie behaupten sich ländliche Räume im Breitbandmarkt?
	15	Schnelles Internet bedeutet für mich...
	18	Der digitalste Kurort Deutschlands
	19	Per Anruf zum Online-Schreibtisch
Breitbandausbau	20	Alles drin: Vom weißen Fleck bis zum NGA-Netz
	21	Breitbandpolitik der Bundesregierung
	22	Technologien und ihre Eignung für ländliche Räume
	24	Gut beraten im Labyrinth der Breitbandmöglichkeiten
	25	Koordinierter Breitbandausbau
	26	Breitbandausbau vor Ort aktiv gestalten
Praxisbeispiele	28	Breitbandzugang dank kommunalem Netz
	30	Unternehmen Breitband
	31	Vorhandenes nutzen

Aus der Praxis

32	Bauer am Rande der Großstadt
34	Solidarisch forstwirtschaften
36	Netzwerk für starke Strukturen
37	Europäische Integration durch Kulturarbeit
38	Das wäre ohne Leader nicht passiert – Interviews

Perspektiven

Forschung und Bildung	40	Wie plant man Innovation und Erneuerung?
	42	Was bringen die Vorschläge zur Gestaltung der Direktzahlungen ab 2014?
	44	Mehr Beschäftigung durch Direktzahlungen?
	45	Welche Ordnung brauchen deutsche Räume?
Politik und Gesellschaft	46	Eine Stimme für die Menschen im ländlichen Raum
	47	Alternative Chance für innovative Projekte
Partner und Experten	48	Filialen zu Dorfläden – Interview
	49	Digitale Bürgerbeteiligung an der regionalen Energiewende
Service	50	...angelesen
	50	...angekündigt
	52	Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

die Schere bei der Breitbandversorgung geht immer weiter auseinander, nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen ländlichen Regionen. Der Wettbewerb der Anbieter um maximale Übertragungsraten von derzeit 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) lässt den Abstand zu „grundversorgten“ Gebieten mit ein oder zwei Mbit/s ständig größer werden. Wer an der Internetwelt teilhaben möchte, muss seine Konzepte mit Eigeninitiative vorantreiben (siehe Seite 28 und folgende), denn viele Anbieter, die sich dort um Netzaufbau und -betrieb bewerben, gibt es nicht. Häufig genug bleibt die Wirtschaftlichkeitslücke trotz Förderung zu groß, um sie überbrücken zu können.

Gleichzeitig führt die Dynamik der Entwicklung dazu, dass das Maß der Grundversorgung und die Ziele für dessen Ausbau immer wieder nachgeführt werden müssen. Sind es 50 Mbit/s wie das die Bundesregierung bis 2018 will oder die von der EU bis 2020 anvisierten 30 Mbit/s?

Die relevanten Fragen für die Region und den Nutzer bleiben: Was will ich als Region anbieten und welche Datenübertragungsrate langt eigentlich für welche Anwendung (siehe Seite 12 und 13 sowie Interviews auf den Seiten 15 bis 17)? Es gilt, die Menschen in der Region hinter das Vorhaben zu bekommen. Hier fehlt aber zum Teil die Kenntnis, was man alles über webbasierte Medien treiben kann, insbesondere bei Älteren, die nicht zu den „Digital-Natives“ gehören – wie auch ich. Es geht nicht nur darum E-Mails zu schreiben, sondern Einkäufe oder Amtsgänge online zu erledigen oder beim Skypen mit den weit entfernten Enkeln soziale Kontakte zu ermöglichen. Das „digitale Selbstverständnis“ wird in wenigen Jahren Mainstream sein. Hier schlummert eine weitere digitale Kluft.

Es liegt wohl auch am Geld: Die geschätzten Investitionskosten für Hochleistungsnetze liegen im zweistelligen Milliardenbereich. Das wird der Wettbewerb wohl nicht überall richten. Hier sei die Frage gestattet: Was kosten eigentlich Straßenunterhaltung und -bau, was Renaturierungsprojekte oder der Ausgleich für landwirtschaftliche Aktivitäten in benachteiligten Gebieten? Die Benachteiligung beim Thema Breitbandanschluss ist digital.

Eine anregende Lektüre, erholsame Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr wünscht

Jan Swoboda

Bild: lucato / fotolia.de



Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 11.500
ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktion: Anja Rath
Konzeptionelle Beratung zum Fokusthema:
Steffen Ortwein

Redaktionelle Mitarbeit: Raufeld Medien
Marian Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel: 030 – 69 56 65 0
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG,
Ostbevern/ Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 / 68 45 34 61
Fax 0228 / 68 45 33 61
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Neue Mitarbeiterin

Seit November 2012 hat das Team der DVS Verstärkung: Andrea Birrenbach hat die Redaktion des DVS-Newsletters landaktuell übernommen. Nach einem Redaktionsvolontariat hat die studierte Germanistin und Soziologin als freie Journalistin für verschiedene Verlage, eine Tageszeitung sowie Fach- und Verbandszeitschriften gearbeitet. Als landaktuell-Redakteurin ist sie stets auf der Suche nach News aus den ländlichen Räumen und freut sich über Informationen aus dem Netzwerk ländlicher Raum.
E-Mail: andrea.birrenbach@ble.de
Telefon: 02 28 / 68 45 34 35



Bild: privat

Neues auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Interkommunale Zusammenarbeit ist kein neues Instrument, aber eines, dem in Zeiten von Schrumpfung und klammen Kassen sowie dem zunehmenden Mangel an Fachkräften wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Auf der DVS-Website gibt es unter **Themen** eine neue Rubrik, die sich mit gemeindeübergreifenden Ansätzen beschäftigt. Diskutiert werden die Potenziale, Herausforderungen und Bedingungen der interkommunalen Zusammenarbeit. Außerdem ist zu erfahren, welche Aktivitäten die Bundesländer hierzu vorantreiben. Und es gibt eine Sammlung von Materialien sowie weiterführende Links: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/ikz.

In der Rubrik **Beispiele** stellen wir die 26 Projekte des diesjährigen Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ zum Thema „Dorf beleben“ vor: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb. Die Projektdatenbank wächst und enthält nun 500 Projektbeschreibungen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/projekte.

In der Rubrik **Service** sind seit Kurzem auch die Darstellungen jener Projekte zu finden, die sich 2013 am Messestand von BMELV und DVS auf der IGW präsentieren (siehe Seite 8): www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw.

Sagen Sie uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt: Was gefällt gut? Was könnte verbessert werden?
E-Mail: dvs@ble.de oder Telefon: 02 28 / 68 45 37 22



Ihre Meinung ist gefragt!

Wie finden Sie die DVS-Medien: die Internetseiten, den Newsletter und unsere Zeitschrift LandInForm? Schreiben Sie uns. Wir freuen uns über Ihr Feedback.

Kooperationsgesuche aus der Kooperationsdatenbank des ENRD Contact Point:
<http://enrd.ec.europa.eu/leader/cooperation-platform/leader-cooperation-offers>

Neue Generationen – alte Technologien

Dampflokomotive: ein Thema, das in ländlichen Regionen oft in Vereinen bearbeitet wird. Doch wie schafft man es, die Jugend dafür zu begeistern, welche Aktionen sind dafür notwendig? Die französische LAG Pays des Châteaux – südlich von Orléans – möchte dieses Thema mit anderen europäischen LAGn bearbeiten.

Mehr Informationen:

LAG Pays des Châteaux
Xavier Lauriere
Telefon: + 33 / 2 54 46 09 42
E-Mail: leadergaldeschateaux@gmail.com



Ländlichen Tourismus im baltischen Raum vermarkten

Langfristige Kooperationen zur Entwicklung von regionalem Kultur-, Natur- und Erlebnistourismus ist Ziel des Projektes. Neben dem Austausch guter Praktiken, stehen Workshops und Schulungen für touristische Kleinunternehmer im Fokus, um deren interkulturelles Wissen zu erweitern, europäische Standards zu entwickeln sowie sich gemeinsam zu vermarkten.

Mehr Informationen:

LAG Varsin Hyvä
Pia Poikonen
Telefon: + 358 2 48 73 34 54
E-Mail: Pia.Poikonen@lieto.fi



Familien- und Jugendaustausch

Mit einer einfachen Idee und wenig Mittelausatz möchte eine zentrale schwedische LAG das Verständnis für andere Traditionen und Kulturen verbessern. Familien und/oder Jugendliche können in der jeweils anderen Region eine Zeit lang den Alltag, die Traditionen und kulinarischen Spezialitäten der anderen Kultur kennenlernen.

Mehr Informationen:

LAG Timråbygd
Lena Liljemark
Telefon: + 46 / 73 2 75 48 69
E-Mail: info@leadertimra.se

Wertschöpfung im Kleinprivatwald

Von **Bettina Rocha**

Im Kleinprivatwald zeichnet sich ein Wandel der Besitzverhältnisse ab. Die Gruppe der Eigentümer, die Wald erben, ohne ihn zuvor bewirtschaftet zu haben, nimmt zu. Sie verfügen oft nicht über forstwirtschaftliche Fachkenntnisse und sind nicht in forstlichen Netzwerken aktiv. Die in Kooperation mit der Interessengemeinschaft der Waldbesitzerinnen NRW und dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW durchgeführte Tagung in Arnsberg befasste sich mit dieser Thematik. Ein Augenmerk lag auf dem hohen Anteil an Waldbesitzerinnen – nach dem Liegenschaftskataster aus Bayern sind etwa 40 Prozent des Privatwaldes in Frauenhand – die oft durch Erbfolge oder nach dem Tod des Ehemannes unvorbereitet mit den Aufgaben eines eigenen Waldes konfrontiert sind.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob Waldbesitzer, die nicht hauptberuflich Forstwirtschaft betreiben, alternativen, nicht rein ökonomischen Möglichkeiten der Wertschöpfung ihres Waldes, aufgeschlossener gegenüberstehen als hauptberufliche Forstwirte. Zum Beispiel in den Bereichen ökologische oder gesellschaftliche Dienstleistungen. Hierzu gibt es bisher wenige belastbare Daten. Es zeichnet sich jedoch eine Tendenz dazu ab, wobei die Priorität, wirtschaftlich zu agieren, bei allen außer Frage stand.

Einen Blick über den deutschen Tellerrand boten Referenten aus Österreich und aus Schweden, die ihre Konzepte für eine bessere Ansprache von Waldbesitzerinnen sowie ihre nationale Strategie für Gender Equality vorstellten.



Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
E-Mail: bettina.rocha@ble.de

Die Dokumentation der Tagung finden Sie im Veranstaltungsarchiv der DVS
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wald



© BLE/DVS

Transferbesuch WRRL und Landwirtschaft

Von **Jan Freese**

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verpflichtet die Behörden alle Gewässer bis 2015 in einen guten Zustand zu überführen. Im Bereich der Agrarlandschaft sind hier insbesondere die Lebensraumfunktion der Gewässer, also ihr ökologischer Zustand und ihre Nährstofffrachten von Bedeutung. Mecklenburg-Vorpommern als landwirtschaftlich geprägter Raum mit gleichzeitiger Verantwortung für Binnengewässer und Ostsee bot deshalb den idealen Rahmen, um Erfahrungen beim Gewässerschutz vor Ort mit Akteuren auszutauschen.

Mit Betriebsleitern der Region des Saaler Baches und Beratern der Landwirtschaftsberatung Mecklenburg / Schleswig Holstein GmbH sowie Vertretern des Bauernverbandes und des örtlichen Maschinenringes wurden betriebliche Möglichkeiten des Gewässerschutzes

diskutiert. Welche Einsparungen ermöglicht moderne Technik? Wie praktikabel sind Gewässerrandstreifen in großen Betrieben? An zwei Stationen stellte das Staatliche Umweltamt Gewässerrenaturierungen und Entrohrungen vor, wobei auch die nötige Kommunikation für solche Vorhaben mit Flächeneigentümern, Wasser- und Bodenverbänden diskutiert wurden. An der dritten Station, einer circa 60 Hektar großen Grünlandsenke am Krümmenlager See, standen betriebliche Überlegungen zur Wiedervernässung im Vordergrund. Am Rand des 1.500 Hektar großen Naturschutzgebietes Peenetalmoor bei Gützkow stellten abschließend die Hochschule Neubrandenburg und der Zweckverband Peenetalandschaft ein Instrument zur Risikopotenzialanalyse im Gewässerschutz vor, das sich beispielsweise zur Lenkung von Agrarumweltmaßnahmen eignet.



Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
E-Mail: jan.freese@ble.de

Die Dokumentation des Transferbesuchs finden Sie unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wrrl

© BLE/DVS





„Gemeinsam stark sein“ goes Europe

Von **Isabell Friess**

Bei den Open Days in Brüssel kommen jährlich mehr als 5.000 Vertreter aus ganz Europa zusammen, um Erfahrungen im Bereich der Regionalentwicklung auszutauschen. Ein passender Anlass, um das Wittlager Land – die Gewinnerregion des letzten DVS-Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“ – und seine Ideen vorzustellen und mit Vertretern von EU und Bund über Strategien und Lösungen zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels zu diskutieren.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Dr. Hanns-Christoph Eiden, Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Hauptredner Dr. Hans-Gert Pöttering, Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, stellte die Bedeutung des voneinander Lernens sowie der grenzübergreifenden Zusammenarbeit heraus. Michael Ripperda, Regionalmanager im Wittlager Land, zeigte am Beispiel von Internet-Gebäudebörse und Wohnungsmarktbericht, wie beim Leerstandsmanagement kommunale Grenzen überwunden,

Auch dieses Jahr fand wieder unser Wettbewerb statt. Bis zum 16.12.2012 konnten Akteure der Leader- und ILE-Regionen sowie die Vertreter der entsprechenden Verwaltungsstellen über Wettbewerbsprojekte zur Belebung von Dörfern abstimmen. Die drei ersten Sieger werden im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2013 durch Ministerin Ilse Aigner prämiert.

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2012

Neubürger gewonnen und zukünftig Leerstände vermieden werden können. Dr. Rudolf Mögele, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Europäischen Kommission, präsentierte die EU-Vorschläge für die zukünftige Förderpolitik im Hinblick auf den demografischen Wandel. Ein wichtiger Ansatz – darin waren sich alle Diskutanten einig – ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, kommunal, regional und transnational. Dr. Mögele betonte zudem die besondere Bedeutung des Leader-Ansatzes: „Die Gemeinsame Agrarpolitik kann den demografischen Wandel weder umkehren, noch aufhalten. Aber sie stellt den Akteuren eine Toolbox an Fördermöglichkeiten zur Verfügung.“

Erste Schritte Richtung neue Förderphase

Von **Isabell Friess**

Zurückblicken, die Arbeit der letzten Jahre bewerten und daraus Schlüsse für die neue Förderphase ziehen: Dieser Aufgabe stellten sich die Teilnehmer der DVS-Veranstaltung „Gut aufgestellt: Den Prozess bilanzieren und für die Zukunft neu ausrichten“. Insgesamt sechs Instrumente wurden in Arbeitsgruppen vorgestellt und trotz beengter Raumsituation intensiv diskutiert.

Ganz ohne Arbeit ging es auch beim traditionellen geselligen Abend in der Moritzbastei nicht: Nach einer Stärkung am Buffet wurden Fragen zum Thema Multifonds, Zielsteuerung oder der Region der Zukunft bis kurz vor Mitternacht diskutiert. Am zweiten Tag drehte sich alles um die Neuausrichtung der EU-Förderung. Anhand von Fallbeispielen betrachteten sechs parallel agierende Arbeitsgruppen, wie Regionen mehrere Fördertöpfe zusammen denken oder die Geschicke der Region über Ziele steuern können.

Mit der Veranstaltung wurden gemeinsam die ersten Schritte in der Vorbereitung auf die neue Förderphase gegangen – und natürlich gibt es noch viel zu tun, wie auch die Bewertungsbögen zeigen. Für das

nächste Jahr wünschen sich einige Regionalmanager noch mehr Informationen zum (Fort-)Schreiben des regionalen Entwicklungskonzepts. Wie können die Ziele klar formuliert oder die Beteiligung organisiert werden? Welche Instrumente gibt es für Monitoring beziehungsweise Evaluierung? Gefragt wurde auch, wie Regionalmanagements ihren Wert für die Region klarer herausstellen und wie sie sich zukünftig professioneller aufstellen können.



Mehr Informationen:

Isabell Friess
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
E-Mail: isabell.friess@ble.de

Diskussionsergebnisse und weitere Dokumentation der Veranstaltung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia



Ländliche Räume – Räume voller Ideen!

Vom 18. bis 27. Januar 2013 findet in Berlin mit der Internationalen Grünen Woche zum 78. Mal die weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau statt. Gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und vier Mitausstellern präsentiert die DVS Projekte, die das Potenzial und die Chancen ländlicher Räume zeigen.

Von Stephan Bröhl

Der demografische Wandel ist auf den Dörfern in Deutschland schon lange angekommen. Seine Folgen zeigen sich in Geburtenrückgang, zunehmender Alterung und Abwanderung verbunden mit gesellschaftlichem Wertewandel. Wie können Dörfer, wie können ländliche Regionen mit diesen Herausforderungen fertigwerden?

Tatsächlich gibt es eine Vielzahl ländlicher Regionen, die die sich verändernden Rahmenbedingungen in Deutschland als Gestaltungschance nutzen. Davon können sich die Besucher in der völlig neu gestalteten Halle 4.2 „Lust aufs Land“ am Messestand der DVS ein eigenes Bild machen. Gleich zwei Mitaussteller – aus der Vulkaneifel und der Gemeinde Wallsbüll – zeigen, wie touristische Angebote die Attraktivität einer Region und eines Dorfes steigern und so die regionale Wertschöpfung erhöhen können.

Dass nachhaltig, regional erzeugte und vermarktete landwirtschaftliche Produkte nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, Wassermanagement oder der Biodiversität leisten, beweisen die „Offenen Höfe“, ein Projekt aus der Nuthe-Nieplitz-Region in Brandenburg. Das Dorf Wulkow, ebenfalls aus Brandenburg, veranschaulicht, wie durch innovative Ideen und die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger Probleme wie leer stehende Häuser, verwaiste Bahnhöfe, zugesperrte Geschäfte oder geschlossene Schulen angegangen und bewältigt werden können.



© Messe Berlin GmbH



Mehr Informationen:

Stephan Bröhl
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 34 62
E-Mail: stephan.broehl@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw

Ländlicher Raum als Labor – Bürger und Kommunen gestalten Zukunft

Unter diesem Titel richtet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund eine Begleitveranstaltung auf dem Zukunftsforum Ländliche Entwicklung aus. Die Veranstaltung am **23. Januar 2013 in Berlin** stellt Projekte vor, in denen Bürger und Kommunen neue Formen der Zusammenarbeit praktizieren.

Ländliche Räume sind Orte der Innovation, wenn es darum geht, dezentral und bedarfsgerecht auf Herausforderungen wie den demografischen Wandel zu antworten. Ein Schlüssel für eine positive Entwicklung von ländlichen Kommunen ist die Beteiligung der Menschen vor Ort. Ob es um familienfreundliche Lebens-, Arbeits- oder Einkaufsmöglichkeiten, die zukünftige Energieversorgung oder Mobilität geht: Kommunen, Bürgerschaft und alle weiteren Akteure müssen an einem Strang ziehen.

Die Veranstaltung ist Plattform für den Ideen- und Gedankenaustausch. Praktiker aus Kommunen, Regionen und Landkreisen zeigen anhand von guten Beispielen aus verschiedenen Bereichen, wie die Grundversorgung neu organisiert oder neue Wertschöpfung erschlossen werden kann. Akteure aus der Praxis, Vertreter von Verbänden und Vereinen und alle Interessierten sind herzlich willkommen (Informationen zum Zukunftsforum auf Seite 51).

Anmeldung unter: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de
Anmeldeschluss: 15. Januar 2013

Mehr Informationen:

Stefan Kämper
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: stefan.kaemper@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

Bewährtes weiterentwickeln und Neues anbieten

Die DVS Ländliche Räume hat das Jahr 2013 geplant: Unter anderem werden wir gemeinsam mit Kooperationspartnern unser dezentrales Veranstaltungsangebot um ein Modul zum demografischen Wandel erweitern. Daneben stehen Workshops und Tagungen auf dem Programm, in denen die Themen Grünlanderhaltung und Schafe, Dorfentwicklung, Wasserrahmenrichtlinie beziehungsweise Naturschutz im ELER, gute Umweltpraxis im Wald, Einbindung von Unternehmen in die Regionalentwicklung sowie innovative Finanzierungsmöglichkeiten aufgegriffen und vertieft werden. Für Leader-Akteure

sind Veranstaltungen geplant, die sich unter anderem mit der Vorbereitung der Regionalentwicklung auf die kommende Förderperiode befassen. Zum Thema Selbstevaluierung wird ein Leitfaden erarbeitet. In den Fokusthemen von LandInForm beschäftigen wir uns 2013 mit Familienfreundlichkeit, dem Wert der Landschaft, der GAP ab 2014 und den Potenzialen einer aktiven Öffentlichkeit. Und auch online geht es weiter: Institutionen und Akteure im Netzwerk ländlicher Räume sowie eine Expertendatenbank werden das Angebot von www.netzwerk-laendlicher-raum.de ergänzen.

Jugend und Regionalentwicklung

Von **Anke Wehmeyer und Isabell Friess**

Der ländliche Raum braucht junge Menschen. Deswegen ist es wichtig, die Jugend schon früh aktiv einzubinden und ihre Bedürfnisse bei der Regionalentwicklung zu berücksichtigen. Geld für Jugendprojekte ist da, aber wie können Jugendliche in die oft langwierigen und bürokratischen Prozesse eingebunden werden? Ein scheinbar unlösbares Problem, mit dem viele Regionalmanager zu kämpfen haben.

In Kooperation mit der evangelischen und der katholischen Landjugend veranstaltet die DVS im Februar 2013 dazu ein Fachgespräch. Hinterfragt werden soll, was Jugendliche an Strukturen oder Prozessen brauchen, um sich mit ihren Ideen an der Entwicklung ihrer Region zu beteiligen. Diskutieren möchten wir auch, wie Regionalmanagements Jugendliche motivieren und einbinden können. Im Workshop sollen Ju-

gendliche und ausgewählte LAG-Managements gemeinsam Visionen für eine gemeinsame Zukunft entwickeln und konkrete Handlungsschritte erarbeiten. Die Ergebnisse des Workshops, gute Beispiele aus der Praxis und wissenschaftliche Hintergrundinformationen werden im Frühjahr 2013 in einem LandInform-Spezial veröffentlicht.



Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer und Isabell Friess
Telefon: 02 28 / 68 45 - 38 41 bzw. - 34 59
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de, isabell.friess@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Den Leader-Geist in Finnland erleben

Von **Anke Wehmeyer**

LINC geht in die vierte Runde: Vom 11. bis 13. Juni 2013 findet in Iisalmi (Zentralfinnland) das ganz besondere Event von und für Lokale Aktionsgruppen in Europa statt. Als transnationales Kooperationsprojekt fördert LINC (Leader Inspired Network Community) die europaweite Vernetzung der Leader-Regionen und verbindet fachlichen Erfahrungsaustausch mit sportlichen und kulturellen Aktivitäten.

Die Veranstaltung steht 2013 unter der Überschrift „well-being“. Ausgehend von der finnischen Erfahrung, dass in der Sauna die besten Ideen und Innovationen entstehen, soll diese kreative Atmosphäre auf LINC 2013 übertragen werden. Das kulturelle Zentrum von Iisalmi wird dazu in eine Leader-Aktionszone umgewandelt. Die finnischen LAGn werden sich mit einem eigenen Stand präsentieren. Die Sportart 2013 ist „Frauen tragen“ – ein populärer finnischer Sport, dessen Weltmeisterschaft in der LINC-Gastgeberregion Ylä-Savon Veturi stattgefunden hat.

Nehmen Sie die Möglichkeit wahr, von anderen europäischen Leader-Regionen zu lernen und neue europäische Kontakte zu knüpfen! Mehr Informationen und Anmeldung in Kürze unter: www.linc-finland.fi

© BLE / DVS



Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon: 02 28 / 68 45 38 41
E-Mail: anke.wehmeyer@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Breitband...

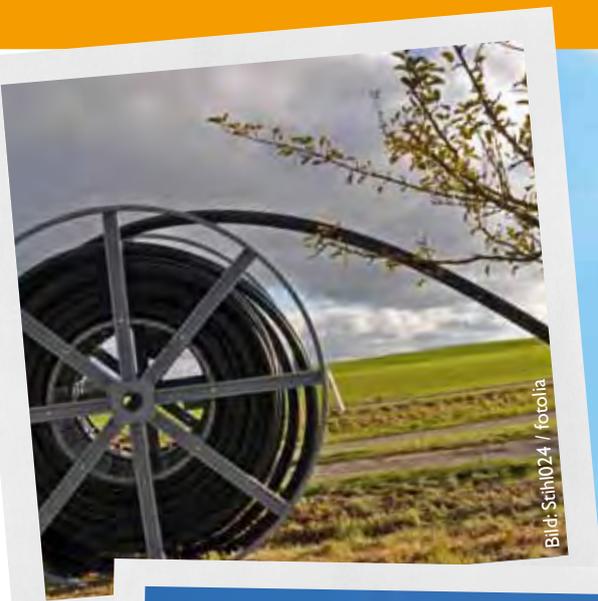


Bild: Stich024 / fotolia

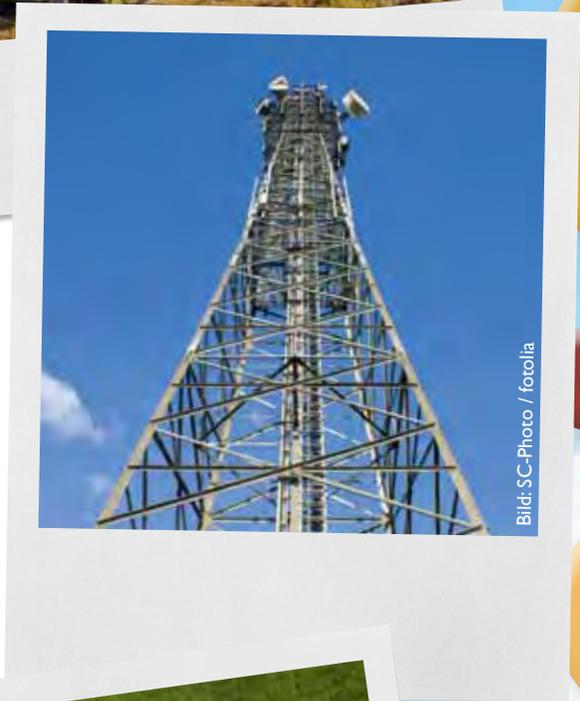


Bild: SC+Photo / fotolia

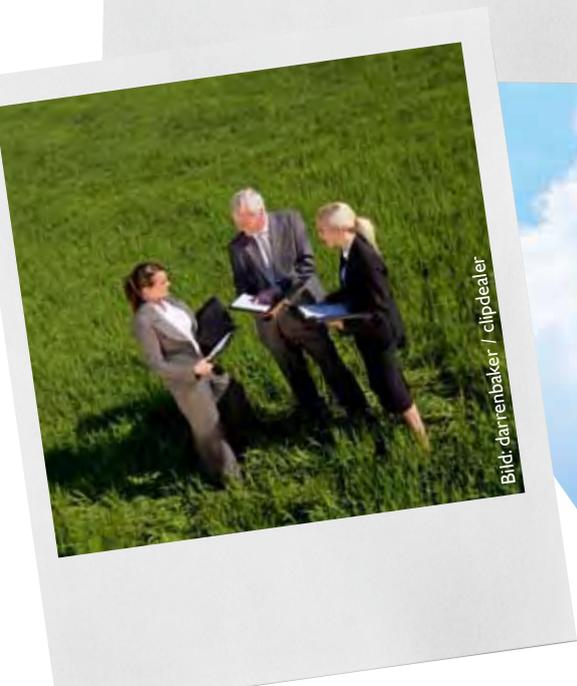
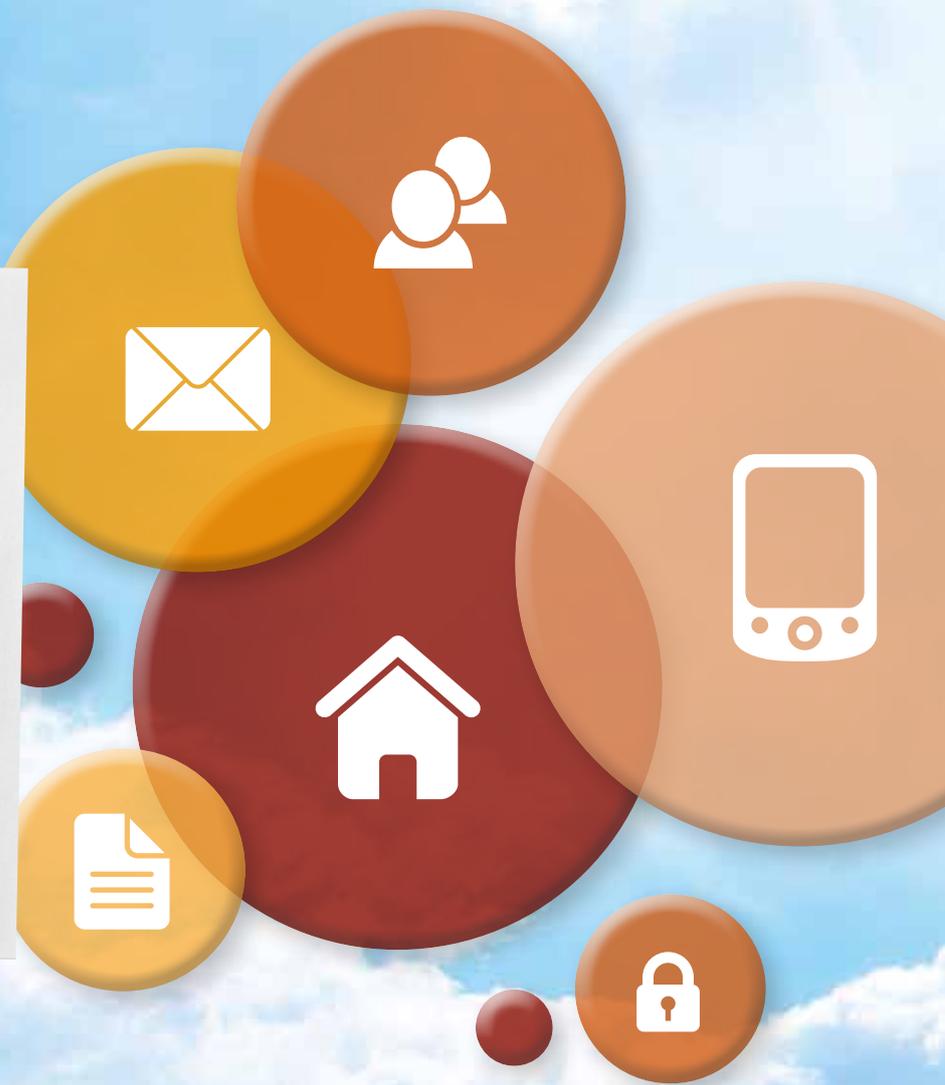


Bild: darrerbaker / clipdealer



...für ländliche Räume

Mit „Ich bin drin – ist das einfach!“ warb Boris Becker 1999 in einem Werbespot noch dafür, sich einen Onlinezugang anzuschaffen. Seitdem hat das Internet eine rasante technische Entwicklung vollzogen. „Breitband“ lautet das Schlagwort und steht dabei für ganz unterschiedliche Auslegungen. Wir legen den Fokus auf schnelles Internet und was es für ländliche Räume bedeutet.

Von Steffen Ortwein und Anja Rath

Ging es anfänglich um digitale Zugänge, die schneller sein sollten als ein analoges Modem oder gleichzeitiges Telefonieren und Surfen ermöglichten, stiegen die Anforderungen an leistungsfähige Internetverbindungen stetig an. Im Laufe der Diskussion etablierte sich der Begriff „Breitbandanschluss“ für Zugänge von mindestens einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s). Inzwischen wird „Breitband“ vielfach zwar geläufig, aber doch eher vage als eben „schnelles Internet“ verwendet und Geschwindigkeiten von ein bis zwei Mbit/s werden lediglich als Grundversorgung angesehen. Die technische Dynamik dürfte ein Grund dafür sein, dass Begrifflichkeiten für eine erwartungsgemäße, „angemessene“ Versorgung kaum zu definieren sind. Es steht die Forderung nach einer flächendeckenden Versorgung mit hochleistungsfähigem Internet im Raum. Für „Hochleistungsnetze“ werden heute zumindest mehr als 25 Mbit/s vorausgesetzt, wobei hier kein Ende der Entwicklung absehbar ist. Verbindungen durch neue, insbesondere Glasfaser basierte Infrastrukturen machen Anschlüsse möglich, die um ein Vielfaches schneller sein werden. Und zukünftige Internetangebote werden einen steigenden Datenverkehr beanspruchen.

Für wen, wenn nicht für die Menschen werden Anstrengungen zum Breitbandausbau in ländlichen Räumen gemacht? Die Internetnutzung, beruflich oder privat, ist für viele schon so alltäglich, dass es fast banal klingt, sie zu erwähnen – allerdings nur dann, wenn der Nutzer über einen adäquaten Internetzugang verfügt (siehe Seiten 12 bis 13 und 15 bis 17). Ländliche Regionen und Kommunen können sich ihrerseits durch eigene Angebote, sprich kluge Online-Anwendungen, neue Entwicklungschancen erschließen (siehe Seiten 18 und 19). In Sachen Ausbau bemühen sich regionale Akteure im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Anforderungen des Marktes (siehe Seite 14) und den Ansprüchen der Nutzer um einen zeitgemäßen Zugang für Einwohner und Unternehmen zu vertretbaren Kosten. So wünschenswert es wäre, lässt sich dabei die Versorgungslage in den Regionen nicht in einfachen Zahlen ausdrücken. Die Breitbandverfügbarkeit gleicht einem Flickenteppich von gut bis sehr gut erschlossenen Gebieten bis hin zu „weißen“ also gar nicht versorgten Flecken zum Teil in nächster Nachbarschaft (siehe Seite 20).

Gerade in bevölkerungsarmen, ländlichen und damit für den Markt oft unwirtschaftlichen Regionen müssen die Kommunen eigene Lösungsansätze entwickeln: Die diversen Breitband-Technologien haben unterschiedliche Vor- und Nachteile und bieten zugleich die Möglichkeit, regional angepasste Konzepte zu entwickeln (siehe Seiten 22 bis 23). Zur Unterstützung hat die Bundesregierung für den Ausbau von schnellem Internet mit ihrer Breitbandstrategie einen politischen Rahmen gesetzt (siehe Seite 21) und die Bundesländer haben zahlreiche Initiativen gestartet: Wie auf Seite 24 nachzulesen, bestehen sowohl Beratungs- als auch Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten (siehe Seiten 26 bis 27). Gemeinden können dabei durch eine gute Vernetzung zu Breitband-Projekten ermutigt werden (siehe Seite 25), denn der Breitbandausbau ist auch durch Eigeninitiative aus der Region heraus möglich, wie zwei Beiträge auf den Seiten 28 bis 30 beweisen. Auch die kostensenkende Nutzung von Synergien (siehe Seite 31) verdeutlicht nochmals, dass Regionen, Kommunen und letztendlich die Menschen im ländlichen Raum von einer intensivierte Zusammenarbeit vor Ort profitieren.



Bild: Kzenon / fotolia



Bild: Edler von Rabenstein / fotolia



Bild: Lisa F. Young / fotolia

Netzwerk für Nutzer

Waren ursprünglich vor allem Teenager täglich „im Netz“, so nutzen laut aktueller Studien heute regelmäßig alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen das Internet. Gerade auf dem Lande kann es eine enorme Unterstützung in Alltag und Beruf bedeuten.

Von Frank Bittner



Bild: Von Mele

Die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft wird in einer zunehmend global agierenden Welt maßgeblich durch die Vernetzung der Menschen geprägt. Für deren Teilhabe an dieser digitalen Welt ist der Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur ein Schlüsselement, und das gilt insbesondere für einen Hightech-Standort wie Deutschland. Hier wird Wachstum im Wesentlichen durch Bildung und Innovation ermöglicht. Das immer wieder politisch gesetzte Ziel eines flächendeckenden Breitbandausbaus scheint allerdings inzwischen kaum erreichbar. Wesentliche Hürden sind die Investitionskosten, die durch die jeweiligen Anbieter und Betreiber der Kommunikationsnetze alleine nicht geleistet werden können, vor allem, wenn der Preis für einen Breitbandanschluss auf dem Lande nicht wesentlich höher ausfallen soll als in Ballungsgebieten.

Standortfaktor Breitband

Pauschale Aussagen über den Ausbau der Infrastruktur auf dem Land gibt es nicht. In vielen, häufig auch kleineren Regionen, wird der Ausbau des Breitbandkommunikationsnetzes aber als strategische Maßnahme vorangetrieben. Ähnlich wie das Straßen- oder ÖPNV-Netz, die Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten oder Investitionen in Kindergärten und Schulen wird es als wichtiger Standortfaktor verstanden. Dies betrifft sowohl die Ansiedlung junger Familien und Unternehmen als auch die Verhinderung ihrer Abwanderung in Ballungsgebiete.

Vernetzter Alltag

Die Nutzung des Internets ist ebenso individuell und vielfältig wie die Angebote im Netz. Laut aktuellen Erhebungen der Arbeitsgemeinschaft Online Forschung e.V. (AGOV) steht in privaten Haushalten neben der klassischen Kommunikation per E-Mail (86 Prozent) vor allem der Zugang zu Webportalen und Suchmaschinen im Vordergrund (83 Prozent). Hier suchen die Nutzer neben aktuellen Nachrichten Informationen zu sogenannten Herzblut-Themen, etwa zu ihren Hobbys, zur Lebensführung oder zu Aktuellem aus dem Schulalltag. Vor allem das Ein- und Verkaufen über das Internet, der sogenannte E-Commerce, hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen: Laut der Markt-Media-Studie „internet facts 2012-09“ der AGOV gehen bereits zwei von drei Usern online shoppen. Hier werden Kleidung, Unterhaltungsmedien, technische Geräte, aber auch Fahrkarten gekauft, Konzerttickets oder ganze Urlaube gebucht. Des Weiteren spielt die Unterhaltung eine zunehmend größere Rolle. So werden Filme für den Abend ausgeliehen, Fotos mit Freunden ausgetauscht und Musik in die sogenannte Cloud (einem virtuellen Speicherplatz im Internet, wo Daten zwischengespeichert oder auch öffentlich verfügbar gemacht werden) geladen. Hinzu kommt das Anschauen von Videoclips und Filmen als „Livestream“ und Internetfernsehen.

Berufliches Netzwerken

Auch im beruflichen Umfeld ist die digitale Vernetzung ein fester Bestandteil völlig unabhängig von Branche und Größe des Unternehmens. Ob beim Bäcker, im Metallbau oder in einem größeren landwirtschaftlichen Betrieb – die Geschäftsprozesse werden zunehmend durch die Nutzung des Internets unterstützt. Auch hier geht es zunächst um die Kommunikation per E-Mail mit Kollegen, Lieferanten und Kunden. Hinzu kommt der Austausch von Daten: Geschäfts- und Produktionsinformationen, Bestell- und Kundendaten, Liefermengen und -zeiten, aber auch Bauteilzeichnungen oder technische Dokumentationen. In zunehmendem Maße findet auch das öffentliche Antrags- und Berichtswesen online statt. Darüber hinaus werden vor allem in einem internationalen Geschäftsumfeld mehr und mehr Telefonate und Videokonferenzen via Internet abgehalten. Ein schneller und reibungsloser Ablauf des Betriebs ist ohne die digitale Vernetzung häufig gar nicht mehr zu leisten.

Effektive Bandbreiten – oder was der Anschluss leisten soll

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit des individuellen Breitbandanschlusses ist nicht nur der vertraglich vereinbarte Anschluss mit Datenraten, die eine Maximalgeschwindigkeit in Megabit pro Sekunde (Mbit/s) definieren. Wichtiger ist vor allem die sogenannte effektive Bandbreite, jene Datenrate die durchschnittlich tatsächlich am Anschluss zur Verfügung steht. Häufig ist diese deutlich niedriger als die theoretisch mögliche Spitzenanbindung, weil die Leitung zum nächsten Anschlusspunkt im wahrsten Sinne des Wortes zu lang ist. Vor allem bei Anwendungen, die hohe Datenraten und eine stabile Verbindung benötigen, kann es dadurch zu erheblichen Einschränkungen kommen. So benötigt man zum Beispiel für das Herunterladen einer Datei von einem Gigabyte bei echten 16 Mbit/s rund zehn Minuten. Sollten effektiv aber nur sechs Mbit/s zur Verfügung stehen, dauert es schnell eine halbe Stunde, bei einem Anschluss mit effektiv ein bis zwei Mbit/s gleich ein paar Stunden. Da müsste der Download schon vor der Arbeit gestartet werden, damit die Datei am Abend verfügbar ist, eine stabile Verbindung über den Vormittag vorausgesetzt. So entsteht ein Spannungsfeld aus dem individuellen Nutzerbedarf, der Verfügbarkeit des Breitbandnetzes überhaupt und den Kosten für den jeweiligen Inter-

Voll auf Sendung ...

Internet-Fernsehen ab 4 bis 5 Mbit/s
HD-Fernsehen ab 8 Mbit/s

... oder eine kurze Leitung?

Internettelefonie mit wenigen 100 kbit/s
Videokonferenzen ab 500 kbit/s bis
8 Mbit/s Minimum

netzgang. In puncto Verfügbarkeit geht es dabei gar nicht nur um den Endanschluss, die sogenannte „letzte Meile“, sondern auch um die leistungsfähige Vernetzung innerhalb einer gesamten Region. Die Datenströme werden ähnlich einem Straßennetz zu Hauptverkehrsverbindungen gebündelt und müssen auch dort das gesamte Verkehrsaufkommen bewältigen können. Was nützt der eigene Autobahnanschluss vor der Haustür, wenn man einen Kilometer später regelmäßig im Stau steht?

Technisch möglich aber anders als individuell erwartet

Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Internetzugangs sind sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite sind sie abhängig von den verschiedenen zu nutzenden Diensten. Auf der anderen Seite hat jeder Nutzer ein eigenes Nutzungsverhalten und eine individuelle Erwartungshaltung. Dazu folgendes Beispiel: Das Versenden

einer E-Mail ist im technischen Sinne nicht zeitkritisch. Wenn die Übertragung aufgrund von angehängten Dateien wie Dokumenten oder Fotos etwas länger dauert, stört das in der Regel weder Versender noch Empfänger. Eine völlig andere Situation ergibt sich, wenn die E-Mail Antragsunterlagen enthält und der Empfänger am Telefon auf sie wartet. Diese Unterschiede in der Erwartungshaltung treffen abhängig von der jeweiligen Situation im Prinzip auf jede Internetnutzung zu. Gleichzeitig lässt sich aber auch sagen, dass ein Breitbandanschluss meist nicht rund um die Uhr ausgelastet ist. Im privaten Bereich wird das Internet häufig morgens vor der Arbeit oder Schule genutzt, im Wesentlichen und mit den höchsten Ansprüchen an die Infrastruktur aber am Abend. Bei der geschäftlichen Nutzung ergeben sich typischerweise Spitzenzeiten am Vormittag und Nachmittag. In einem gemischten Wohn- und Gewerbegebiet gehen sich die beiden Nutzergruppen im Internet also zeitlich „aus dem Weg“. Hier ergeben sich Möglichkeiten für eine differenzierte Planung von Kommunikationsnetzen.

✓ Eine zukunftsfähige Netzplanung berücksichtigt die individuellen Nutzeransprüche



Bild: Fotoverk / fotolia



Bild: Geritard Wanzenböck / fotolia



Bild: alphaspirt / fotolia

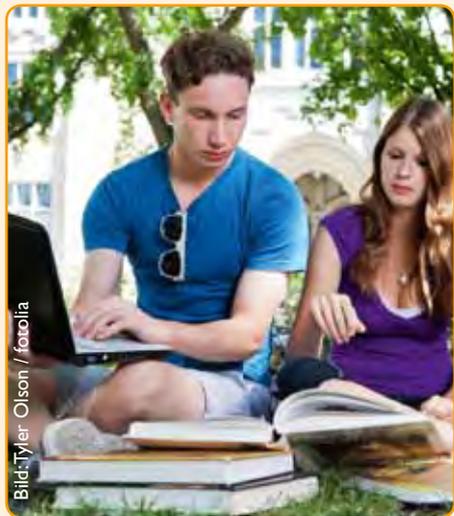


Bild: Tyler Olson / fotolia



Bild: Uwe Amnas / fotolia



Bild: ReinhardT / fotolia

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt **NuPEX** (Nutzerzentrierte Planung von Breitbandkommunikationsnetzen unter Einbeziehung von Quality of Experience) untersucht technische und nutzerspezifisch wahrgenommene Internet-Qualitäten, um zukünftig effizientere Kommunikationsinfrastrukturen planen, dimensionieren und optimieren zu können. www.nupex.de



Mehr Informationen:

Frank Bittner
 OTARIS Interactive Services GmbH
 Telefon: 04 21 / 68 51 11 00
 E-Mail: bittner@otaris.de
www.otaris.de



Wie behaupten sich ländliche Räume im Breitbandmarkt?

Dem vom Markt betriebenen Breitbandausbau steht in ländlichen Räumen häufig eine fehlende Wirtschaftlichkeit entgegen. Die technischen Voraussetzungen für urbane und ländliche Hochleistungsnetze sind aber grundsätzlich gleich. Bei deren Gestaltung können Kommunen marktwirtschaftlich agieren.

Von Jochen Schwarz

Beim Breitbandausbau finden wir im ländlichen Raum im Vergleich zu städtischen Gebieten häufig folgende Situation vor: Die letzte Meile zum Teilnehmer ist öfter mit sehr langen Kupferkabeln realisiert, die in der Regel über Kabelverzweiger angeschlossen sind. Zudem leben hier weniger Menschen auf einer größeren Fläche. Und weniger Haushalte wollen sich an das Internet anschließen. Auf dieser Basis lässt sich nur schwer ein tragfähiges Geschäftsmodell für einen kommerziellen Betrieb aufbauen: Die zu erwartenden Einnahmen decken die Kosten für Ausbau und Betrieb nicht im vorgegebenen Abschreibungszeitraum ab. Der größte Teil der Kosten steckt in der Verlegung, also im Hoch- und Tiefbau – hier ergibt sich für Gemeinden eine Chance zur Wirtschaftlichkeit.

Kostengünstige Technologien

Die fast flächendeckende Anbindung von unversorgten, weißen Flecken (laut IT Gipfel-Jahrbuch 2011/2012 bis zu 97 Prozent) erfolgte in den vergangenen zwei Jahren vor allem über Funkzugangnetze auf Basis des Funknetzstandards LTE 800. Da jede Funkzelle einen relativ großen geografischen Bereich abdecken kann, sind die Anschlusskosten im Vergleich zu kabelgebundenen Lösungen deutlich geringer. Der weit schwierigere Schritt ist die Versorgung aller Haushalte mit Hochleistungszugängen mit Geschwindigkeiten von über 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s).

Übergangslösungen finden

Dafür verfügbare Netzstrukturen basieren auf der Idee, die Glasfaser an einen dem Teilnehmer näher gelegenen Knotenpunkt zu bringen. Mittelfristig kann von dort aus der Endanschluss mit DSL-Technologien (VDSL) über das herkömmliche Kupfernetz erfolgen und zu einem späteren Zeitpunkt der Glasfaseranschluss direkt bis zum Endkunden realisiert werden: die vielleicht wirtschaftlichste Vorgehensweise, den steigenden Bedarf an Bandbreite zu decken. Ähnlich verhält es sich mit Koaxialkabelnetzen.

Als Anhaltspunkt für entstehende Kosten werden im Jahrbuch „Digitale Infrastrukturen“ 2011/2012 je Anschluss im Durchschnitt circa 450 Euro für Kabelnetze, 700 Euro für VDSL und circa 4.000 Euro für direkte Glasfaseranschlüsse genannt. Sie variieren abhängig von der geografischen Lage der Anschlüsse, der Bevölkerungsdichte und der sogenannten Penetrationsrate, das heißt dem prozentualen Anteil der tatsächlich realisierten Anschlüsse. Im Zuge der technologischen Weiterentwicklung werden auch neue Verfahren zu einer kosteneffizienten Breitbandversorgung beitragen: So verspricht zum Beispiel die Weiterentwicklung von LTE Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 300 Mbit/s und Zelle.

Schlüsselrolle Kommune

Gemeinden können auf Augenhöhe mit den Netzbetreibern über die Bedarfsermittlung, die Bereitstellung von Leerrohren oder auch die Nutzung von Synergien dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit von Ausbauprojekten zu erhöhen, Planungsprozesse anzustoßen und zu verkürzen. Kosten senkend wirkt auch die Mitverlegung von Glasfaserkabeln oder Leerrohren bei geplanten Bauvorhaben oder die Nutzung alternativer Verlegeverfahren wie zum Beispiel Micro-/Mini-Trenching. Dies gilt ebenso für die Mitnutzung vorhandener Infrastrukturen. Gezielte Subventionierungen sollten als letzter möglicher Schritt eingesetzt werden, um verbleibende Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe Digitale Infrastrukturen des von der Bundesregierung einberufenen IT-Gipfels arbeiten Experten aus Politik und Telekommunikationsmarkt an Konzepten für eine flächendeckende Breitbandversorgung. Das Jahrbuch der Arbeitsgruppe „Digitale Infrastrukturen“ stellt aktuelle Informationen und Entwicklungen sowie Best-Practices vor.
www.it-gipfel.de

Bild:ArTo / fotolia



Mehr Informationen:

Jochen Schwarz
Alcatel Lucent Holding GmbH
Leiter der IT-Gipfel Unterarbeitsgruppe Breitband
Telefon: 030 / 700 21 75 00
E-Mail: Jochen.Schwarz@alcatel-lucent.com

Welche Netze brauchen ländliche Nutzer?



Ländliche Räume sollen an der digitalen Kommunikation Teil haben. Mit leistungsfähigem Internetzugängen müssen und wollen ländliche Regionen dafür die Voraussetzungen schaffen. Doch welche Leistungsfähigkeit sollen diese Netze tatsächlich haben? Was wollen und was brauchen Nutzer auf dem Land vom Internet? Welche Lebens- und Arbeitsbereiche werden konkret beeinflusst? Wir haben eine Bürgermeisterin als Vertreterin der kommunalen Pla-

nungsebene sowie einige Internetnutzer dazu befragt, die beruflich oder privat im Internet unterwegs sind. Es zeigt sich: Eine pauschale Antwort gibt es nicht. Die Ansprüche sind vielfältig. Gleichzeitig wird deutlich: Die Möglichkeit schnelles Internet nutzen zu können, gewinnt in allen Bevölkerungsgruppen und Lebensbereichen zunehmend an Bedeutung. Und viele sind bereit, sich auch aktiv dafür einzusetzen.



Bild: privat

Steffi Trittelt, Bürgermeisterin der Gemeinde Hohe Börde in Sachsen-Anhalt mit circa 18.000 Einwohnern in 18 Ortsteilen auf einer Fläche von 171 Quadratkilometern.

Mit schnellem Internet Arbeitsplätze und Bleibeperspektiven schaffen!

Welche Lebensbereiche in ländlichen Kommunen werden besonders durch Breitband beeinflusst?

Es gibt kaum einen Lebensbereich, der sich herausnehmen lässt. Gerade im ländlichen Raum kann man mit dem Internet „mitten-drin“ sein. Unsere Bauern und Unternehmen brauchen zur Betriebsführung das Internet. In unmittelbarer Nachbarschaft unseres Rathauses ist beispielsweise ein Vertrieb von Arzneimitteln. Diese Arbeitsplätze wären ohne Internet nicht möglich. Auch die komplette Datentechnik im Rathaus der Gemeinde Hohe Börde wird über das Internet gesteuert. Als Bürgermeisterin erhalte ich regelmäßig über unser Kontaktformular Hinweise, Anregungen und Anfragen von Bürgern. Das ist bequem und schon selbstverständlich. Die Eltern nutzen das Internet zur Anmeldung in den Kindereinrichtungen. Schüler haben Hausaufgaben, die mit dem Internet erledigt werden sollen. Mir ist auch bekannt, dass der Posaunenchor die Übungsabende per E-Mail regelt. Es betrifft alle Lebensbereiche: Familien, Partnerschaften, Finanzinstitute, Schulen oder Bildungseinrichtungen brauchen Internet zum regelmäßigen Nachrichtenaustausch, für Unternehmen ist es die Voraussetzung, am Standort zu bleiben oder sich anzusiedeln.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

Schnelles Internet im ländlichen Raum bietet die Voraussetzung für hoch qualifizierte Arbeitsplätze - insbesondere für Frauen. Es wird die Vorzüglichkeit der Wohn- und Wirtschaftsstandorte maßgeblich beeinflussen. Deshalb muss alles getan werden, die Leitungen in die Erde zu bekommen, um verlässliche Verbindungen zu schaffen.

Was tut Ihre Kommunalverwaltung beim Thema Breitbandversorgung?

Mit Bekanntwerden der Förderung des Landes Sachsen-Anhalt hat die Gemeinde Hohe Börde mit einem Expertenteam einen Masterplan zur Breitbandverfügbarkeit erarbeitet. Auf dieser Grundlage wurden Förderanträge für unterversorgte Ortschaften und Bereiche gestellt. Das Verfahren ist recht kompliziert, doch inzwischen konnten wir fast 600.000 Euro an Fördermittel in die Breitbandversorgung investieren. Zurzeit haben wir schon die zweite Förderrunde, weil sich durch Ansiedelungen die Ausgangsbedingungen verändert haben.

Welche Anregung würden Sie anderen Kommunen geben?

Jede Ratsrunde sollte über die Zukunft nachdenken. Die Erwartungen und Forderungen der Bürger muss man frühzeitig erkennen. Mir ist es besonders wichtig, die Gemeinde zeitgemäß zu leiten und dabei sehe ich die Breitbandversorgung als notwendigen Erschließungsbestandteil.

Das Gespräch führte Anja Rath

Bei schnellem Internet

„...die Kommunikation der Zukunft.“

Michael Horper



Bild: privat

Landwirt Michael Horper aus dem Kreis Bitburg-Prüm in Rheinland-Pfalz

Was bedeutet Internet für Ihren Beruf?

Das ist ein wichtiges Thema für uns. Wir holen uns die Infos vom Wetterdienst übers Internet, auch die Kommunikation mit Ländern und Behörden über das Netz nimmt zu. Wetter- und Umweltdaten verwenden wir direkt auf unseren Schleppern im Außendienst.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

Meine Frau arbeitet bei uns mit dem Internet. Wir haben bisher nur langsames DSL und die Zeit summiert sich, die sie davor sitzt und nur wartet, weil alles so lange dauert. Bei uns ist noch alles ganz gemütlich. Aber wir werden in Zukunft bessere Zugänge brauchen, um arbeiten zu können. Oder wir kommen nicht weiter.

Sollten sich Internetnutzer vor Ort in den Breitbandausbau einbringen?

Wir tun das hier im Kreis Bitburg-Prüm. Wir versuchen alles Mögliche zum Beispiel einen Funkanschluss über eine Leaderförderung hinzubekommen, aber Behörden- und Verwaltungsmühlen mahlen langsam. Die technische Entwicklung geht schneller voran, als wir auf dem Land nachkommen. Wenn wir schnelleres Internet haben, wird die Entwicklung schon wieder etwas ganz anderes fordern.

„...bessere Verbindungsqualität.“

Uta Krope

Was bedeutet Internet in Ihrem Alltag?

Ich beteilige mich an der Gruppe Senioren-Lernen-Online. Als Senioren möchten wir anderen Senioren ermöglichen, am Internet teilzuhaben. Wir veranstalten Online-Treffen über Skype oder andere Webkonferenztools und besuchen zum Beispiel gemeinsam Internetseiten zu Kunstgeschichte. Es kommt oft vor, dass sich einige Nutzer mittendrin wegen der schlechten Verbindungsqualität verabschieden müssen.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

Es ist die Voraussetzung, dass Ältere in Zukunft an der Kommunikation im Internet teilhaben können. Ohne Breitband ist Internetnutzung im ländlichen Raum eine Zumutung. Wer in der Nähe von Braunschweig wohnt oder im Umfeld von Hamburg, der hat Probleme, wenn er an einer Skype-Veranstaltung teilnehmen will. Auch für mobile Geräte wie Tablets ist eine gute Internetverbindung wichtig. Diese Geräte sind besonders für Senioren hilfreich, weil man sie auch ohne EDV-Grundlagen bedienen kann und es reicht, wenn man sich Apps herunterlädt.

Sollten sich Internetnutzer vor Ort für den Breitbandausbau einbringen?

Bürgerliches Engagement bringt sehr viel. Viele ältere Menschen hätten eigentlich Zeit, sich dafür einzusetzen. Durch bessere Internetzugänge könnten Ältere, die das Haus nicht mehr verlassen können, wieder mehr am Leben teilhaben. Leider ist es momentan eher andersherum: Es gibt zu wenig gute Verbindungen und so nutzen Ältere das Internet noch weniger.



Bild: privat

Seniorin Uta Krope aus Kiel, aktiv im Netzwerk Senioren-Lernen-Online

„...Donald Duck-Filme.“

Paul



Bild: privat

Erstklässler Paul aus einem Dorf im Landkreis Göttingen, Niedersachsen

Warst du schon im Internet?

Ja, ich hab schon mal Filme geguckt im Internet, Donald Duck und Shawn das Schaf. Und mit dem I-Pad von meiner Mama darf ich manchmal Lernspiele machen.

Fällt dir vielleicht noch etwas ein?

Ich habe auch schon mit meinem Opa geskyppt und mit meinen Eltern bei Wikipedia was nachgeguckt.

Was meinst du, wirst du das Internet später mal richtig brauchen?

Wir haben einen Computer im Klassenzimmer. Und ab der zweiten Klasse gehen wir auch auf Lernseiten, Zahlenzorro und Antolin zum Lesen lernen und so etwas.

denke ich an...



„...die Stadt.“

Sebastian Sill



Bild: privat

Angehender Abiturient Sebastian Sill aus dem hessischen Vogelsbergkreis

Was bedeutet Internet in deinem Alltag?

Ich brauche es überall. In der Schule besuche ich eine Laptop-Klasse, in der wir regelmäßig online Informationen recherchieren oder Vokabeln nachschlagen. In der Freizeit nutze ich es, um mich schnell und billig mit meinen Freunden zu verabreden oder online mit anderen zu spielen. Auch meine Fußballmannschaft organisiert sich übers Internet. Und gerade hier auf dem Dorf, wo man für alles fahren muss – zum Einkaufen, zur Bank und so weiter – ist es für mich wichtig, weil ich das online erledigen kann.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

In Zukunft wird wahrscheinlich alles mit dem Computer und dem Internet gemacht. Man tauscht sich ja jetzt schon oft nur noch über soziale Netzwerke wie Facebook oder über Instant-Messenger wie Whatsapp übers Smartphone aus. Dabei sehe ich das Problem, dass man nicht mehr miteinander spricht und sich total abhängig vom Internet macht. Auch durch Online Banking und Einkaufen im Internet kommt man weniger unter Leute.

„...Erleichterung der Arbeit.“

Dr. Amin Ballouz

Was bedeutet Internet für Ihren Beruf?

Uns macht hier die Entfernung Riesenprobleme. In den anderthalb Stunden, die ich von einem Hausbesuch zur Praxis über die Dörfer fahren muss, kann ich eine große Zahl von Patienten behandeln. Durch das Internet kann ich bei Hausbesuchen vor Ort entscheiden, was zu machen ist, weil ich Zugang zu allen Daten der Patienten habe. Oder ich kann eine Realtime-Diagnose eines Patienten in der Praxis erstellen, obwohl ich selbst gar nicht dort bin.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

Eine Wesentliche im Hinblick auf das zunehmende Alter der Patienten, die nicht mehr mobil und auf Hausbesuche angewiesen sind. Außerdem gibt es in unserer Region immer weniger Ärzte. Ein Arzt, der die wachsende Menge an Patienten behandeln muss, ist auf die Technik angewiesen.

Sollten sich Internetnutzer vor Ort in den Breitbandausbau einbringen?

Die Gemeinden müssen sich für Ihre alternden Bürger und deren Versorgung einsetzen. Die medizinische Versorgung bricht sonst zusammen. Alle Investitionen in mein System habe ich aber selbst geleistet. Wir wollen eine IT-AGNES losschicken, eine ausgebildete Krankenschwester, die Hausbesuche macht und über die Telemedizin mit uns vernetzt ist.



Bild: privat

Landarzt Dr. Amin Ballouz, Allgemeinmediziner in Schwedt und dem ländlichen Gartz an der Oder in Brandenburg mit Patienten aus einem Umkreis von 30 Kilometern.

„...Internetkonferenzen.“

Bärbel Diebel-Geries



Bild: privat

Ingenieurin Bärbel Diebel-Geries aus dem Planungsbüro Geries, das in fünf Geschäftsstellen mit 25 Angestellten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Akteure aus Landwirtschaft, Naturschutz und Wasserwirtschaft berät.

Was bedeutet Internet für Ihren Beruf?

Unsere Kommunikation läuft über das Internet. Gutachten und Karten mit großen Datenmengen werden ausgetauscht, Recherchen durchgeführt. Außerdem haben wir mehrere Außenstellen, die auf die gemeinsame Datengrundlage zugreifen können müssen.

Welche Rolle wird Breitband in Zukunft spielen?

Für Unternehmen ist das eine Standortfrage.

Sollten sich Internetnutzer vor Ort für den Breitbandausbau einbringen?

Das örtliche Engagement ist ganz wichtig. Man muss auf allen Ebenen versuchen, etwas zu erreichen. In unserem Ort engagieren sich die Bürger ganz intensiv: Auf Eigeninitiative möchte man ein Glasfaserkabel verlegen. Dazu wurden schon einige Angebote eingeholt.



Der digitalste Kurort Deutschlands

Der Breitbandzugang ist für deutsche Regionen ein wichtiger Standortfaktor, doch was konkret ermöglicht schnelles Internet? Oberstaufen im Allgäu zeigt, was digitale Kommunikation im Tourismusmarketing leisten kann: Die Region setzt konsequent auf soziale Netzwerke und eine interaktive Homepage.

Von Andrea Presser

„Als Touristinfo waren wir nie so nah am Gast wie mit unserer Präsenz in den sozialen Netzwerken und der neuen Homepage. Das ergänzt den direkten persönlichen Kontakt auf faszinierend intensive Weise“, sagt Bianca Keybach. Die 32-jährige Geschäftsführerin der Oberstaufen Tourismus Marketing GmbH (OTM) ist überzeugt, dass ein zielführendes Tourismusmarketing nicht mehr ohne die mediengerechte Präsenz auf möglichst vielen digitalen Plattformen auskommt. Der anspruchsvolle Gast erwartet zunehmend eine „Kommunikation auf Augenhöhe“.

Oberstaufen reizt alle Medien aus

Furore machte das Tourismusmarketing des Allgäuer Schroth-Heilbads 2010 mit digitalen 360-Grad-Ansichten des kleinen Kurorts in Google Street View, als sich der Rest Deutschlands noch gegen den Einsatz des Straßenansichtsdienstes wehrte. Twitter und Facebook sind seit 2009 zu „digitalen Filialen der Touristinfo“ geworden, auf YouTube zeigt Oberstaufen Videos neben Clips von Gästen, und auf dem Bilderdienst Flickr sind Fotos zu Brauchtum und Tracht, Golf, Lifestyle, Genuss und Schrothkur anzuschauen.

Auch die Website www.oberstaufen.de ist auf den ersten Blick ungewohnt, auf den zweiten Blick zwingend – und jeden Tag anders: Sie ist der gelungene Versuch die kompromisslos auf Kommunikationseffizienz optimierten Such-, Präsentations- und Navigationsstrategien von Google, Apple und Facebook konsequent auf der eigenen touristischen Plattform anzuwenden. Oberstaufens Community steht im Vordergrund – die von den Touristikern aufbereitete Information zum Ort kommt erst danach. Tourismus-Chefin Bianca Keybach: „Wir haben unser Angebot seit Jahren immer stärker an den Bedürfnissen unserer Gäste ausgerichtet. Von deren Wissen und Einschätzungen profitieren nun auch potenzielle neue Gäste.“

Die User reden mit – wann und wo sie wollen

Die Startseite der Oberstaufener Website ist eine Sammlung von persönlichen Tipps und Meinungen. Der User mit seinen Fragen und Anmerkungen via Facebook, Twitter, Tripsbytips und anderen vernetzten Portalen steht im Vordergrund. Die OTM-Mitarbeiter antworten – wenn es nicht gar andere User tun: ein permanenter Austausch.

Und weil man sich bei Facebook duzt und im Allgäu meist auch, duzt auch die Website alle.

„Auch bei der Quartiersuche setzen wir stark auf visuelle Elemente. Die emotionale Ansprache soll den Gast auch durch die Buchungstrecke führen“, erklärt Bianca Keybach das Konzept. Alle Gastgeber sind über das Reservierungssystem eingebunden und online buchbar. Die Tourismus-Chefin ist überzeugt, dass sich die digitale Aufrüstung für Oberstaufen schon gelohnt hat: „Als wir uns vor drei Jahren an das Thema Facebook herangetastet haben, waren unsere Gäste mit ihren durchschnittlich 46,2 Jahren deutlich älter als die meisten Facebook-User. Inzwischen liegt das Durchschnittsalter unserer Fans auf Facebook bei knapp 40 Jahren. Wir bewegen uns also im richtigen Umfeld.“

Gäste finden und binden

Auch die Kooperation mit Google Street View zielt auf neue Gäste. Zugleich bietet das Tool Stammgästen die Möglichkeit, Freunden „ihr“ Oberstaufen zu zeigen. „So machen wir sie zu Botschaftern. Neue Kunden können sich vor der Buchung ein genaues Bild verschaffen. Und damit wächst das Vertrauen“, so Keybach. Das ist die beste Voraussetzung für eine steigende Nachfrage – gerade auch in den sozialen Netzwerken und digitalen Medien.

Oberstaufen online:

- Website www.oberstaufen.de
- Community www.facebook.com/oberstaufen oder www.twitter.com/oberstaufen
- Unterhaltung www.oberstaufen.tv
- Bilderalben www.flickr.com/oberstaufen.



Mehr Informationen:

Andrea Presser
Oberstaufen Tourismus Marketing GmbH
Telefon: 01 51/55 155 188
E-Mail: presse@oberstaufen.de
www.oberstaufen.de



Per Anruf zum Online-Schreibtisch

Nach dem Willen der EU-Kommission soll die e-Vergabe ab 2016 zum verbindlichen Standard werden. Auch andere Verwaltungsleistungen werden beim sogenannten e-Government zunehmend elektronisch abgewickelt. Welche Vorteile dies sowohl für die Verwaltung als auch für Unternehmen oder Bürger hat, zeigt das Beispiel ThAVAL aus Thüringen.

Von Anja Rath



© Thüringer Finanzministerium

Im Rahmen seines e-Governments hat der Freistaat ein neues System freigeschaltet, durch das ein besserer Online-Service bei der Erledigung von Verwaltungsvorgängen möglich wird: Das Thüringer Antragsystem für Verwaltungsleistungen – kurz ThAVAL – soll Land und Kommunen darin unterstützen, schrittweise immer mehr Antragsverfahren im Web anbieten zu können.

Zentrale Plattform für umfangreiche Daten

ThAVAL ist eine Kommunikations- und Transaktionsplattform für Bürger, Unternehmen und die moderne Verwaltung. Es erlaubt mit Hilfe von sogenannten Apps die vollständige elektronische Abwicklung von allen denkbaren Antragsverfahren, ohne das hierfür eine eigene Datenbasis aufgebaut werden muss. Die notwendigen Informationen bezieht das System aus bestehenden Bürgerdiensten wie dem Zuständigkeitsfinder oder dem Formularservice Thüringen. Die Kommunikation aller Verfahrensbeteiligten erfolgt dabei über eine einheitliche Internetplattform. Jeder Beteiligte erhält einen eigenen Online-Schreibtisch. Da alle Dokumente wie Anträge und Bescheide auf der zentralen Plattform abgelegt werden, entfallen datenschutzrechtliche Probleme, wie sie etwa beim Versand per E-Mail auftreten können. Die Daten können, wenn gewünscht, über eine Schnittstelle auch an andere Fachanwendungen der Verwaltung übergeben werden.

Transparenz für die Bürger

In Kommunen, die sich zum Einsatz des neuen Systems entschlossen haben, entstehen Vorteile für die Bürger. Die Antragsteller sparen sich zum einen den Gang zum Amt. Daneben erhöhen die einheitliche visuelle Aufbereitung und ein gleichbleibender Ablauf für alle Antrags- und Genehmigungsverfahren den Wiedererkennungswert und vereinfachen so für den Nutzer den Verfahrensablauf und Folgeanträge. Die intuitive Nutzerführung und die Schritt-für-Schritt-Anleitung helfen bei der Antragstellung. Die per E-Mail übermittelten Statusmeldungen und das Alarmsystem informieren zu jeder Zeit über den Verfahrensstand und die nächsten Schritte. Egal, ob ein Antrag

bei der Kommune, dem Landkreis oder dem Land gestellt werden soll, findet ThAVAL die zuständige Behörde und stellt die notwendigen Antragsformulare online bereit.

Vereinfachung für den Bearbeiter

Der Erfolg eines e-Government-Dienstes steht und fällt mit den Bearbeitern in den Behörden. Für die Akzeptanz in der Verwaltung sind nicht technische Features maßgeblich, sondern spürbare Vorteile für die Mitarbeiter wie Zeitgewinn und Arbeitserleichterung. Durch die Funktion des Antragstransfers kann der Sachbearbeiter während eines Telefonats per Mausklick einen Online-Schreibtisch mit den erforderlichen Antragsdokumenten, Anlagen und Hinweisen bereitstellen. Es wird nur die E-Mail-Adresse des Anrufers benötigt. Dabei entfällt das aufwendige Suchen und Navigieren des Antragstellers zu den Online-Angeboten der Verwaltung. Sofern gewünscht, können die Dokumente sofort gemeinsam besprochen werden. Durch einen qualitativ guten Erstkontakt werden spätere Nachfragen und Nachforderungen von Unterlagen vermieden.

Ein Dienst für alle Verwaltungen

Thüringer Verwaltungen und Institutionen steht ThAVAL als kostenfreier Dienst zum Ausbau des eigenen Onlineservice zur Verfügung und kann zum Beispiel den Dienst des Bürgertelefons unterstützen. Im Rahmen der Kieler Beschlüsse ist eine einfache Nachnutzung auch durch andere Bundesländer und Institutionen möglich.



Mehr Informationen:

Herr Grimm
 Thüringer Finanzministerium
 Telefon: 03 61 / 37 96169
 E-Mail: r.grimm@tfm.thueringen.de
 www.einheitliche-stelle.thueringen.de

Alles drin: Vom weißen Fleck bis zum NGA-Netz

Laut aktuellem Bericht zum Breitbandatlas des Bundes können in Deutschland 98,9 Prozent aller Haushalte über einen Internetanschluss von einem Megabit pro Sekunde verfügen. Die scheinbar flächendeckende Netzanbindung lässt vermuten, dass auch ländliche Räume inzwischen auf einem guten Weg zum Breitbandanschluss sind. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings ein anderes Bild.

Von Benjamin Beyer

Das Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen hat die Breitbandverfügbarkeit für Niedersachsen untersucht und kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie im Bundesdurchschnitt. Auf Basis aller Gebäude sind 94 Prozent mit einem Anschluss von mindestens einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s) versorgt, 91 Prozent erhalten zwei Mbit/s (die Satellitentechnik ausgenommen). Der Internetanschluss kann mit unterschiedlichen Technologien realisiert werden, so dass er nicht mehr zwingend über das Telefonkabel ins Haus gelangt.

Nur Internet oder schon Breitband?

Bedarfe und Anforderungen steigen kontinuierlich. Zwei Mbit/s sind aktuell nur als Grundversorgung zu werten. In Städten sind bereits hochbreitbandige NGA-Netze (New Generation Access-Netze) verfügbar, die mindestens 25 Mbit/s zur Verfügung stellen. Die Bundesbreitbandstrategie gibt als Ziel bis 2018 sogar mindestens 50 Mbit/s für alle Haushalte vor. Diese Netze ermöglichen die Nutzung der sich rasant entwickelnden Anwendungen wie hochauflösende Videos oder Cloud-Computing und übersteigen bei Weitem die Leistungsfähigkeit eines Zwei-Mbit/s-Anschlusses.

In den niedersächsischen Ballungsräumen können derzeit 80 Prozent der Gebäude einen NGA-Zugang mit mindestens 50 Mbit/s erhalten. Im ländlichen Raum hingegen nur 9 Prozent. Es besteht bei der Breitbandverfügbarkeit demnach zum einen weiterhin eine Versorgungslücke zwischen Stadt und Land. Zum anderen ist die Qualität der Zugänge nicht überall gleich. Zwei Abbildungen aus dem Breitbandatlas Niedersachsen machen dies deutlich.

Ungleichmäßige Verteilung

In Abbildung 1 sehen wir eine Stadt mit 35.000 Einwohnern. Das Gebiet wird von zwei Hauptverteilern (H) versorgt, welche beide die Gebäude mit kabelgebundenen Breitband-Anschlüssen bedienen: erkennbar an den blauen und grünen Kacheln. Je weiter man aber vom Hauptverteiler entfernt wohnt, umso geringer fällt die verfügbare Bandbreite aus. Der Grund hierfür ist die steigende Dämpfung der DSL-Signale auf der Telefonleitung. Insgesamt kann man aber von einer recht guten Versorgungslage sprechen.

Abbildung 2 zeigt eine kleine Gemeinde mit 1.500 Einwohnern. Diese wird von einem einzigen Hauptverteiler versorgt. NGA-Angebote sind gar nicht, Geschwindigkeiten bis 16 Mbit/s nur in direkter Nähe des Verteilers verfügbar. Eine eklatant schlechte Versorgung mit kabelgebundenen Technologien liegt in den Ortsrändern vor. Dies ist das Dilemma ländlicher Regionen: Ein Hauptverteiler muss dort sehr große Flächen mit nur einer geringen Anzahl an Kunden versorgen. Eine Möglichkeit, die Situation zu verbessern, kann die Verkürzung der alten Kupferleitungen mit Glasfasern sein. Dies ist allerdings sehr kostenintensiv – betroffene Kommunen sollten deshalb auch weitere Technologien, etwa Funk, in Betracht ziehen.

Regional angepasste Ausbaubehauptungen

Kommunen müssen und sollten selbst aktiv werden, um ihre Breitbandsituation zu verbessern. Als kompetente Ansprechpartner stehen ihnen die Breitbandzentren zur Verfügung. Dort wird im Dialog mit der Kommune die spezifische Situation analysiert und eine individuelle, auf die Situation vor Ort angepasste, Empfehlung gegeben. Sie ist neben der Finanzierung ein Schlüsselfaktor für ein tragfähiges Konzept zur Breitbanderschließung.

Abbildung 1

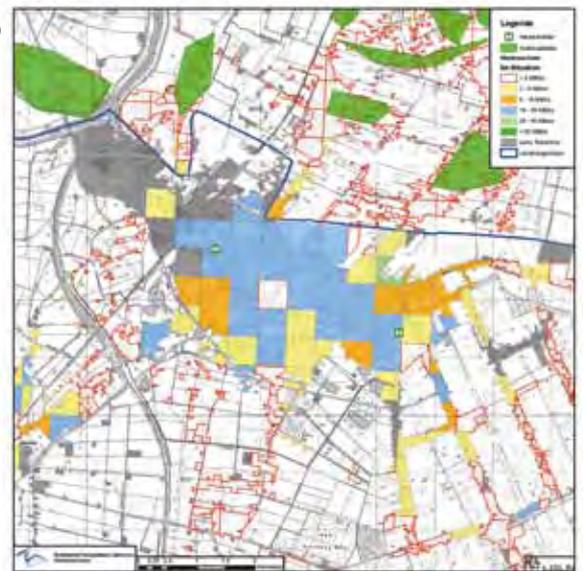
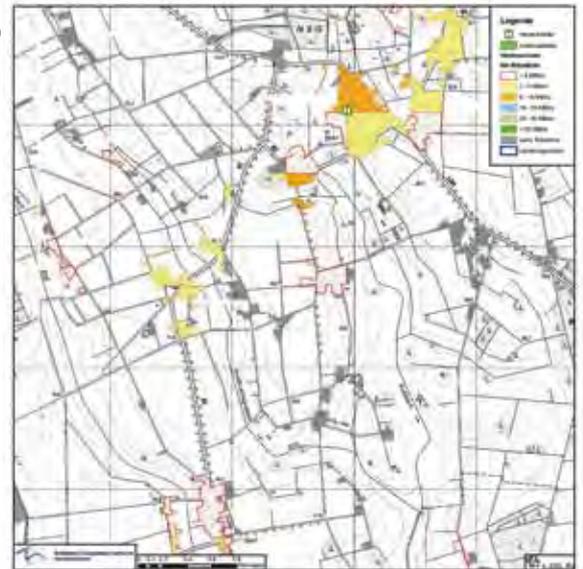


Abbildung 2



Breitbandatlas des Bundes:

www.zukunft-breitband.de → [breitbandatlas](#)

Breitbandatlas Niedersachsen:

www.breitband-niedersachsen.de → [breitbandatlas NDS](#)



Mehr Informationen:

Benjamin Beyer
Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen
Tel: 0 47 95 / 95 71 | 50
E-Mail: info@breitband-niedersachsen.de
www.breitband-niedersachsen.de



Breitbandpolitik der Bundesregierung

Es ist unstrittig, dass in Zukunft die erforderlichen Bandbreiten zur komfortablen Nutzung des modernen Internets steigen werden. Während die Intensivierung der Nachfrage weitestgehend über den Markt erfolgt, fokussiert sich der Staat auf die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für den Netzausbau.

Von Frank Krüger

Mit ihrer **Breitbandstrategie** verfolgt die Bundesregierung das Ziel einer zügigen Verbesserung der infrastrukturellen Voraussetzungen für modernes Internet. Bis 2014 sollen mindestens 75 Prozent der Haushalte Bandbreiten von 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) und mehr nutzen können, bis 2018 wird eine flächendeckende Verfügbarkeit solcher Bandbreiten angestrebt.

Die vielfältigen Maßnahmen im Rahmen der Breitbandstrategie haben sich positiv auf die Entwicklung der Versorgungszahlen von Anfang 2009 bis Mitte 2012 ausgewirkt: Die Grundversorgung mit Internetanschlüssen von mindestens einem Mbit/s hat sich von 93,5 auf 99,5 Prozent erhöht. Die Zahl der Haushalte mit Zugängen zu mindestens 50 Mbit/s lag 2009 bei maximal 10 Prozent; inzwischen sind es gut 51 Prozent.

Die Zahlen basieren auf dem elektronischen **Breitbandatlas** (siehe Seite 20) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), einem inzwischen etablierten Instrument zur Messung und Darstellung der Breitbandversorgung in Deutschland. Er macht Fortschritte des Breitbandausbaus sichtbar, zeigt Ausbaugebiete auf und bietet Entscheidungshilfen für notwendige Maßnahmen.

Alle Maßnahmen der Breitbandstrategie zielen darauf ab, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen effizienten Netzausbau ermöglichen. Sie werden kontinuierlich weiterentwickelt.

Mit der **Novelle des Telekommunikationsgesetzes**, das unter anderem Regelungen zur Sicherstellung des Wettbewerbs im Bereich der Telekommunikation enthält, wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau durch Vorgaben für eine investitionsorientierte Regulierung optimiert. Zugleich wurde mit der Gesetzesänderung der **Infrastrukturatlas** der Bundesnetzagentur (siehe Infokasten Seite 31) auf eine rechtliche Grundlage gestellt. Er gibt Berechtigten Auskunft über Einrichtungen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können. Auch die Mitnutzung alternativer privater sowie öffentlicher Infrastrukturen wurde im Rahmen der Gesetzesnovellierung erleichtert.

Zur Unterstützung von Ausbauprojekten im Markt können verschiedene Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der landwirtschaftlichen Rentenbank genutzt werden. Auch verschiedene Landesbanken bieten **Programme zur Finanzierung** von Investitionen in Breitbandinfrastrukturen an. Mit Geschäfts- und Volksbanken sowie Sparkassen werden in Workshops Finanzierungshemmnisse identifiziert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet.

Für Kommunen, die mit eigenen Mitteln in den Aufbau passiver Netze investieren möchten, steht mit der **Bundesrahmenregelung Leerrohre** eine beihilfenrechtliche Grundlage bereit. Mit Inkrafttreten der derzeit diskutierten, neuen Breitbandleitlinien der EU-Kommission wird die Rahmenregelung an die neuen Möglichkeiten angepasst.

Als Basis für einen **Zuschuss** zum Netzausbau in nicht über den Markt erschlossene Regionen stehen zum Beispiel Programme einzelner Bundesländer, Mittel aus europäischen Strukturfonds und den Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW zur Verfügung. Derzeit laufen national und EU-weit Verhandlungen über die Nutzbarkeit der Gemeinschaftsaufgaben sowie von EU-Mitteln für die Errichtung von Hochleistungsnetzen ab 2014. (Mehr zu Finanzierungsmöglichkeiten auf den Seiten 26 bis 27).

Am Anfang eines jeden Breitbandprojektes steht die Information, ein Kernanliegen der Breitbandstrategie. Das BMWi stellt eine Reihe von Entscheidungshilfen über das **Breitbandportal** www.zukunft-breitband.de zur Verfügung. Adressaten sind Vertreter von Kommunen, aber auch der Länder und der Wirtschaft. Nur gemeinsam kann der Breitbandausbau gelingen. Im Breitband-Koordinierungskreis unter Leitung des BMWi stimmen Vertreter von Bund, Ländern, dem kommunalen Bereich und der Wirtschaft die jeweiligen Zuständigkeiten ab.



Mehr Informationen:

Frank Krüger
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Telefon: 030 / 18 615 29 25
E-Mail: buero-VIA2@bmwi.bund.de

Technologien und ihre Eignung für ländliche Räume

Nach der Glasfaser streben viele Gemeinden, gleichzeitig sind Fernseekabel und Telefonleitung für eine Breitbandversorgung gut geeignet. Verbleibende Lücken lassen sich mit Funk und Satellit schließen. So lässt sich holzschnittartig die Breitbandversorgung im ländlichen Raum beschreiben. Mit der heutigen Situation sind indes nur wenige zufrieden. Wo geht die technische Entwicklung hin und welche Breitbandtechnik bringt Gemeinden im ländlichen Raum in absehbarer Zeit die wirtschaftlichste Internetversorgung? Ein Überblick.

Von Walter Berner

Glasfaser

Die Glasfaser ist fraglos das leistungsfähigste Medium für die Breitbandversorgung. Datenraten von weit über 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) im Up- und Download sind technisch überhaupt kein Problem und die Datenrate ist unabhängig von der Entfernung. Dass Privatkunden diese Leistungsfähigkeit wirklich ausschöpfen, ist auch bei einem weiten Blick in die Zukunft nicht vorstellbar.

Der Aufbau von Glasfasernetzen für die Versorgung von Endkunden befindet sich in Deutschland noch im Aufbau. Gegenwärtig sind nur etwa 800.000 Privathaushalte angeschlossen, davon nutzen ihn nur etwa 43 Prozent. Nur wenige Privathaushalte sind heute bereit, die teureren Tarife für die höheren Datenraten zu bezahlen.

Zum Anschluss von bestehenden Gebäuden (sogenanntes Fibre to the building, FTTB) oder Wohnungen (Fibre to the home, FTTH) muss in aller Regel ein Graben gezogen werden, um darin die Glasfaser zu verlegen. Dies ist vor allem im ländlichen Raum mit seiner eher lockeren Bebauung ein aufwendiges und teures Unterfangen. Eine deutliche Verringerung der Anschlusskosten wird von einer neuen Verlegetechnik erwartet, bei der die Glasfasern durch bestehende Trinkwasserrohre in das Gebäude geführt werden. Tiefbauarbeiten sind hier nur in geringem Umfang erforderlich. Diese Methode wurde bereits in mehreren Gebieten erfolgreich umgesetzt. Sie durchläuft gegenwärtig ein Verfahren zur allgemeinen Genehmigung.

Bei neuen Gewerbegebieten oder auch neuen Wohngebieten ist es ratsam, direkt an jedes Gebäude Glasfasern heranzuführen. Da sowieso Gräben für Versorgungsleitungen gezogen werden müssen, ist der zusätzliche Aufwand relativ gering. Die nachträgliche Erschließung bestehender Wohn- und Gewerbegebiete mit FTTB oder gar FTTH ist zeitintensiv und nicht immer wirtschaftlich. Die Verlegung von Glasfasern ist in jedem Fall sinnvoll, wenn diese als Zubringer für andere Übertragungstechniken wie DSL oder Funk genutzt werden können.

Breitbandkabel

Das Breitbandkabel hat bei der Fernsehversorgung in Deutschland einen Marktanteil von knapp 48 Prozent. Bei der Versorgung mit schnellem Internet erreicht es jedoch nur knapp 15 Prozent. Das zeigt, dass viele Haushalte zwar über die technische Möglichkeit eines schnellen Internetanschlusses verfügen, diesen aber nicht nutzen. Die von den Kabelnetzbetreibern angebotenen Datenraten liegen bei 50 Mbit/s für Download (2,5 Mbit/s für Upload) für Privatkunden und 100 Mbit/s für Download (6 Mbit/s für Upload) für Geschäftskunden. Damit sind die technischen Entwicklungspotenziale noch lange nicht ausgeschöpft. Ähnlich wie bei Glasfasernetzen ist auch beim Breitbandkabel die Datenrate weitgehend entfernungsunabhängig. Das Breitbandkabel liefert für Privathaushalte und viele Betriebe heute und in überschaubarer Zukunft eine bei Weitem ausreichende Datenrate.

DSL

Alle DSL-Techniken (Digital Subscriber Line) nutzen die Telefonleitung zur Übertragung von schnellem Internet. DSL hat in Deutschland einen Marktanteil von etwa 84 Prozent an den kabelgebundenen Breitbandanschlüssen. Die Reichweite von DSL ist stark entfernungsabhängig. Bei der heute in Deutschland häufig verwendeten VDSL-Technik ist eine Datenrate von 50 Mbit/s für Download bis zu einer Entfernung von etwa 900 Metern möglich. Darüber hinaus nimmt die Datenrate stark ab. In diesen Netzen transportiert die Glasfaser die Daten möglichst nahe an die Kunden heran. Ein Hauptverteiler oder DSLAM (Digital Subscriber Line Access Multiplexer) setzt die Signale der Glasfaser auf die einzelnen Telefonleitungen zu den Kunden um. Der DSLAM befindet sich meist in einem Geräteschrank am Straßenrand. Je weiter ein Kunde von diesem Knotenpunkt entfernt wohnt, desto geringer ist die für ihn verfügbare Datenrate. Sie kann aber durch Errichtung eines weiteren nahe beim



Bild: Christian Jung / fotolia





Bild: goodluz / fotolia



Bild: Ingo Sch. / fotolia

Kunden gelegenen DSLAM erhöht werden. Eine weitere Erhöhung soll zukünftig das Herausfiltern störender Interferenzen, das sogenannte Vectoring, bieten. Allerdings macht sich diese Verbesserung ganz besonders in der näheren Umgebung des DSLAM bemerkbar.

Mobilfunk: LTE...

Vor allem die beiden größten in Deutschland tätigen Mobilfunkunternehmen T-Mobile und Vodafone arbeiten intensiv am Ausbau ihrer LTE 800-Netze. Long Term Evolution 800 ist ein neuer Mobilfunkstandard, der deutlich höhere Datenraten und kürzere Antwortzeiten als die bisherigen Mobilfunktechniken bietet. Die zur Verfügung stehende Datenrate sinkt mit steigendem Abstand von der Basisfunkstation, außerdem müssen sich alle Kunden einer Funkzelle die Gesamtdatenrate teilen. Einer vom Branchenverband Bitkom erstellten Modellrechnung zufolge bietet LTE 800 heute am Rand einer Zelle dem einzelnen Kunden eine Datenrate zwischen 3 bis 5 Mbit/s. Im Zuge der technischen Weiterentwicklung könnte dieser Wert in einigen Jahren auf 6 bis 15 Mbit/s ansteigen. Die Datenraten des Mobilfunks werden im ländlichen Raum sicher nie die Werte erreichen, die eine leitungsgebundene Versorgung erzielen kann. Der Vorteil des Mobilfunks liegt darin, dass er schnell und kostengünstig auch entlegene Ortsteile erreichen kann, für die eine Erschließung mit Glasfaser, Breitbandkabel oder VDSL in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten ist. Und der Mobilfunk ist die einzige Technik, die die Nutzung des schnellen Internets unterwegs und mit tragbaren Geräten erlaubt. Die Basisstationen sind die Verteiler und Sammler der Endkundendaten. Sie müssen mit leistungsfähigen Verbindungen an das übergeordnete Netz angeschlossen werden. Hierfür ist die

Glasfaser die erste Wahl. So kann die Gemeinde gleich mehrfach vom Aufbau des LTE 800-Netzes profitieren.

...WLAN und WIMAX

Alternative Funkanbieter arbeiten mit Übertragungstechniken nach dem WLAN- oder WIMAX-Standard. Einzelkunden, zum Beispiel Gewerbetreibenden, können sie Datenraten von über 100 Mbit/s im Up- und Downstream anbieten. Sollen die Bewohner eines ganzen Ortsteils über Funk versorgt werden, so stehen jedem Kunden einige Mbit/s im Download zur Verfügung. Die Sendeleistung der Stationen ist bei WLAN und WIMAX maximal ein paar Watt. Das bringt den Vorteil, dass die elektromagnetische Strahlung sehr gering ist und eine Diskussion über Elektromog nicht entstehen sollte. Zum Vergleich: Basisstationen von LTE 800 arbeiten häufig mit Strahlungsleistungen von etwa 300 Watt. Die geringere Strahlungsleistung bei WLAN und WIMAX hat aber auch zur Folge, dass zwischen Sender und Empfänger Sichtverbindung bestehen sollte und die Anwendung auf stationäre Endgeräte beschränkt ist.

Satellit

Der Satellit ist unverzichtbar zur Versorgung von Gebieten, die weder von leitungsgebundenen Techniken noch vom Funk erreicht werden – 10 Mbit/s im Down- und 2 Mbit/s im Upload sind heute Standard. Da der Satellit etwa 38.000 km von uns entfernt am Himmel steht, sind Antwortzeiten von etwa 0,7 Sekunden unvermeidlich. Dies wäre der Preis, der für die sofortige Verfügbarkeit von schnellem Internet an praktisch jedem Ort Deutschlands zu entrichten ist.

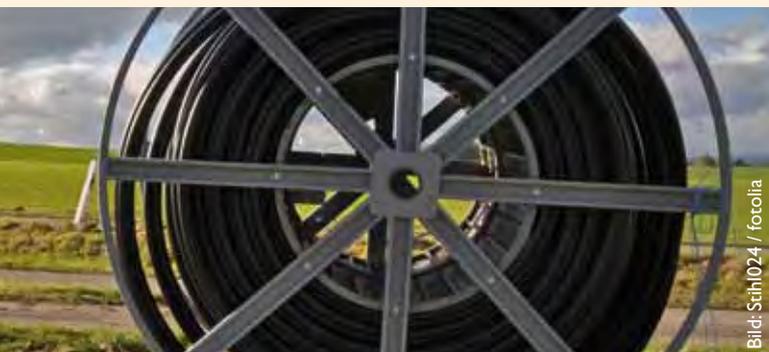


Bild: Stihl024 / fotolia



Mehr Informationen:

Walter Berner
 Technische Abteilung der Landesanstalt für Kommunikation
 Baden-Württemberg
 Telefon 07 11 /66 99 1 40
 E-Mail: w.berner@lfk.de



Gut beraten im Labyrinth der Breitbandmöglichkeiten

Die Bundesländer unterstützen die Breitbanderschließung in ländlichen Räumen. Ein wichtiger Bestandteil ihrer Aktivitäten ist die Beratung von Regionen und ihre Vernetzung mit regionalen Partnern. Ein Beispiel dafür ist die Breitbandberatungsstelle in Sachsen.

Von Kai Schwarzenberger

In dem ostdeutschen Bundesland teilen sich zwei Ministerien die Aufgabe des Breitbandausbaus: Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft ist zuständig für Akteure der ländlichen Entwicklung. Grundlage der Beratungsleistung bildet hier die Richtlinie zur integrierten ländlichen Entwicklung (ILE/2011). Ansprechpartner für städtische Regionen sowie Gewerbegebiete ist das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaft. Die Ministerien haben mit der Breitbandberatungsstelle Sachsen eine gemeinsame Anlaufstelle geschaffen. In ihrem Auftrag berät der IT-Dienstleister Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) Gemeinden, örtliche Klein- und mittelständische Unternehmen sowie Bürgerinitiativen des Freistaates zur Realisierung ihrer Breitbandanbindung.

Kostenlos und informativ

Im Vorfeld zu konkreten Breitbandprojekten bietet KISA den Interessierten kostenlos Informationen zu den möglichen Technologien und berät zu den im Freistaat zur Verfügung stehenden Förderinstrumenten. Darüber hinaus können auch Fragen zu gesundheitlichen Aspekten bei funkbasierten Breitbandlösungen erörtert werden. Dazu stehen die Mitarbeiter per Telefon, E-Mail und auch zu Terminen vor Ort zur Verfügung.

Von der Analyse zum eigentlichen Ausbau

Grundsätzlich ist die Förderung des Breitbandausbaus in Sachsen in zwei Phasen geteilt: In der ersten Phase wird eine Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalyse erstellt. Ausgearbeitet wird diese von fachkundigen Planungsbüros. Die zweite Phase umfasst den Ausbau der Infrastruktur und die damit verbundene Erschließung mit Breitbandinternet. Die Beratungsstelle vermittelt Kontakte zu kompetenten Ansprechpartnern für die jeweilige Phase.



Bild: auremar / fotolia

Neben den eigentlichen Antragstellern erhalten auch Bewilligungsbehörden in Sachsen, die Landratsämter und Landesdirektionen Unterstützung. Bei Bedarf prüft die Breitbandberatungsstelle Sachsen kostenlos eingereichte Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalysen darauf, ob sie dem erforderlichen Leistungsbild und somit den Förderkriterien entsprechen.

Zentrale Informationsplattform

Auf dem Internetauftritt der Beratungsstelle sind alle gesetzlichen Grundlagen und Hinweise zu Verfahren im Breitbandausbau zusammengestellt. Veröffentlicht und damit transparent gemacht werden auch alle in einem regionalen Projekt anfallenden Dokumente, angefangen bei Interessenbekundungsverfahren über die Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalysen sowie Ausschreibungen bis hin zu Hinweisen über vergebene Aufträge und abgeschlossene Verfahren. Das Portal ist somit eine zentrale Informationsplattform für alle Akteure, die in Sachsen mit dem Thema Breitbandausbau in Verbindung stehen.

Breitbandkompetenzen in den Ländern

In allen Bundesländern werden – zum Teil eingebettet in eigene Breitband-Initiativen – unterstützende Beratungsdienste angeboten, um den Ausbau von schnellem Internet zu fördern. Diese Informationsangebote sind unterschiedlich organisiert. In der Regel werden sie von Kompetenzzentren angeboten, die zum Teil den zuständigen Ministerien angegliedert sind.

Kompetenzzentren im Überblick unter anderem auf

- www.breitbandbuero.de → Adressen → Kompetenzzentren der Länder
- www.netzwerk-laendlicher-raum.de → Themen → Breitband → Beratung und Förderung



Mehr Informationen:

Kai Schwarzenberger
Breitbandberatungsstelle Sachsen
Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Telefon: 0 37 22 / 73 41 245
E-Mail: kai.schwarzenberger@kisa.it
www.breitbandberatungsstelle-sachsen.de



Koordinierter Breitbandausbau

Im Rahmen seiner „Next Generation Access“-Strategie unterstützt das Land Hessen den Ausbau von hochbreitbandigen Internetanschlüssen. In die Umsetzung der Strategie sind inzwischen alle 21 Landkreise erfolgreich eingebunden. Mit einer professionellen Projekt- und einer koordinierenden Beratungsinfrastruktur werden im „Hessischen Modell“ alle Akteure vernetzt.

Von Mirco Sander und Sven Butler

Die Initiative „Mehr Breitband für Hessen“ wurde 2006 gestartet. Durch die Einführung einer Projektstruktur mit definierten Zielen und Meilensteinen im März 2010 wurden die Aktivitäten erheblich beschleunigt: 99,5 Prozent aller hessischen Haushalte verfügten Ende 2011 über eine Grundversorgung von mindestens einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s) oder eine entsprechende Perspektive. Bis Ende 2014 sollen Hochgeschwindigkeitsnetze (NGA-Netze) mit Downloadgeschwindigkeiten von wenigstens 50 Mbit/s für mehr als 75 Prozent der hessischen Haushalte geschaffen werden. Die hessische NGA-Strategie basiert dabei auf der Einbindung aller Verfahrensbeteiligten mit klarer Rollenverteilung und Verantwortungen.

Know-how auf Kreisebene

Hessenweit bilden 21 Kreiskoordinatoren und vier regionale Breitbandberater eine kaskadenförmige Beratungsinfrastruktur. Sie ist ein zentrales Element des „Hessischen Modells“. Der Kreiskoordinator sorgt als Schnittstelle zwischen Land und Landkreis für einen effizienten Informationsfluss, indem er im Kontakt mit der Geschäftsstelle Breitband in der Hessen Agentur steht und an den Landrat berichtet. Er organisiert Informationsveranstaltungen vor Ort, berät den Landkreis und pflegt die Vernetzung der Akteure: auf regionaler Ebene etwa Kommunalaufsicht, Straßenbauämter, Vergabestellen oder Naturschutzbehörden. In Finanzierungsfragen werden die regionalen Sparkassen oder Raiffeisenbanken einbezogen, in der Umsetzung zum Beispiel Stadt- und Kreiswerke oder andere ortsansässige Energieversorger. Gemeinsam mit dem Landkreis erstellt der Kreiskoordinator eine Planung, gibt Stellungnahmen zu der Verlegung von Leerrohren ab, trägt Informationen etwa zu Machbarkeitsstudien bei und sichert die Aktualität der Landkreis-Daten in „hesbis 3D“, dem hessischen Breitband-Informationssystem.

Angesiedelt bei regionalen Einrichtungen wie Kreisausschuss, Landratamt oder Wirtschaftsförderung sind die Kreiskoordinatoren bestens vor Ort vernetzt, kennen die konkrete Versorgungssituation, mögliche Akteure und Planungen. Ein weiterer Vorteil ist, dass sich die Verantwortlichen oftmals bereits aus anderen Themenzusammenhängen kennen.

Optimierter Informationsfluss

Die regionalen Breitbandberater werden durch die Projektleitung bei der Geschäftsstelle Breitband betreut – sie koordiniert Aktivitäten und klärt offene Fragen. Die Breitbandberater wiederum stehen in engem Kontakt zu ihren Kreiskoordinatoren. Das Konzept gleicht einer Pyramidenstruktur, ermöglicht in der Praxis aber je nach Thema und Dringlichkeit jederzeit einen direkten Kontakt zwischen Kreiskoordinator und Projektleitung. Auf regelmäßigen Treffen werden zentrale Herausforderungen diskutiert oder allgemeingültige Informationen verteilt.

Breitbandausbau braucht Vernetzung

Die Kreiskoordinatoren sind ein zentrales Instrument im Breitbandausbau Hessens. Ergänzt werden sie unter anderem durch Förder- und Bürgerschaftsprogramme der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, hesbis 3D, die aktive Rolle des Landes und die Einbeziehung aller relevanten Akteure im Rahmen einer Gesamtstrategie. Erst das Zusammenspiel der Instrumente und Akteure macht den Ausbau erfolgreich.



Bild: N-Media-Images / fotolia



Bild: Uwe Annas / fotolia

Mehr Informationen:

Mirco Sander
 HA Hessen Agentur GmbH
 Technologie & Zukunft
 Tel.: 06 11 / 950 17 84 77
 E-Mail: info@breitband-in-hessen.de
www.breitband-in-hessen.de



Breitbandausbau vor Ort aktiv gestalten

Einer der für Kommunen wichtigsten Aspekte beim Breitbandausbau in ländlichen Regionen ist die Frage nach der Finanzierung. In einem Gespräch mit Tim Brauckmüller, Geschäftsführer des Breitbandbüros des Bundes, und Steffen Ortwein aus dem BLE-Sachgebiet „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“ sind wir dieser Frage nachgegangen.

Die Finanzierung des Breitbandausbaus ist für viele Kommunen die größte Hürde. Was ist die besondere Schwierigkeit in ländlichen Gemeinden?

Brauckmüller: Die Herausforderung besteht darin, umfangreiche Investitionen in die Breitbandinfrastruktur auch bei geringer Einwohnerdichte zu refinanzieren. Bei der Planung vor Ort sind Einflussfaktoren wie Bebauungsdichte, Wettbewerbssituation und technische Lösungsszenarien zu berücksichtigen. Die Planung von Breitbandprojekten setzt voraus, dass unterschiedliche Einnahmemöglichkeiten und Kapitalquellen in ein ausgewogenes Verhältnis zu den Geschäftsmodellen gesetzt werden. Die Finanzierungsinstrumente müssen darauf abzielen, den langfristigen Betrieb und die Zukunftsfähigkeit der Kommunikationsnetze zu sichern.

Ortwein: Kritisch sind vor allem die Refinanzierungszeiträume. Wer den Ausbau von Breitbandinfrastruktur in ländlichen Räumen vorantreiben will, braucht einen langen Atem.

Welche Möglichkeiten haben ländliche Kommunen, eine tragfähige Finanzierungsgrundlage zu erreichen?

Ortwein: Für Kommunen, die vom Markt auf längere Sicht nicht erschlossen werden, gibt es zwei Möglichkeiten: Sie können den Aufbau eines Netzes in der Hand eines Privatunternehmens finanziell fördern oder aber auf unterschiedlichen Wegen eine regionale Netzgesellschaft unterstützen. Im ersten Falle kann durch Zuschüsse aus einem Förderprogramm der Eigenanteil der Kommune deutlich verringert werden. Je nach Programmausgestaltung und Situation vor Ort kann die Förderung das Bauvorhaben durch Mittel für Machbarkeitsanalysen, Planungsarbeiten, Leerrohrverlegung oder das Schließen der Wirtschaftlichkeitslücke von interessierten Anbietern erleichtern. Die Alternative dazu ist der öffentlich finanzierte Netzbesitz. Dabei fungieren kommunale Unternehmen wie Zweckverbände oder eigens gegründete privatrechtliche Gesellschaften als Netzbesitzer und vermieten das aufgebaute Netz.

Brauckmüller: Die Bereitschaft für Investitionen in den Ausbau ist stark von den zu erwartenden Einnahmen abhängig. Die werden durch Endkundenentgelte, dem Vermieten von Infrastrukturen sowie durch das Anbieten von zusätzlichen Dienstleistungen erwirtschaftet. Durch



Tim Brauckmüller, Geschäftsführer des Breitbandbüros des Bundes



Steffen Ortwein aus dem BLE-Sachgebiet „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“

den Ausbau einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur können die Kommunen aufgrund der gesteigerten Wertbeständigkeit von Liegenschaften, der Verringerung von Abwanderung und einer vermehrten Betriebsansiedlung indirekt Einkünfte erzielen.

Sie sprechen von einem langen Atem, den die Kommunen brauchen. Warum?

Ortwein: Die Refinanzierung der Baukosten in wenig lukrativen Gebieten ist allerdings langwierig. Kommunal getragene Gesellschaften können sich darauf oft besser einstellen als private Anbieter. Möglicherweise werden sich unter den Netzbesitzergesellschaften künftig auch öffentlich-private Partnerschaften oder privatrechtliche Gesellschaften mit Beteiligungen der Bürger etablieren.

Brauckmüller: Für diese Art von regionalen Projekten bietet sich als Gesellschaftsform der Verein oder die Genossenschaft an. Grundgedanke ist, Nutzer möglichst dauerhaft an die ideale Zielsetzung zu binden. Der Bürger kann so beispielsweise Anteilseigner an einer lokalen Netzgesellschaft e.V. werden. Hierbei entsteht ein unmittelbarer Bezug zwischen der Kapitalbeteiligung und der Realisierung des individuellen Anschlusses, der die Grundlage zur Bildung langfristiger Kundenbeziehungen bildet. Die Genossenschaft ist in der Regel Eigentümer der Netzinfrastruktur und vermietet diese. Eine Genossenschaft kann aber auch den Netzbetrieb durchführen und Dienste einkaufen.

Ortwein: Auch bei Genossenschaftslösungen können Kommunen prüfen, ob sie sich finanziell oder organisatorisch unterstützend einbringen.

Welche Vorteile haben Kommunen von der Kooperation mit anderen Akteuren?

Brauckmüller: Wenn es gelingt, regionale Akteure wie Unternehmen oder Energieversorger in Ausbauprojekte einzubinden, dann dient dies nicht nur der Schaffung eines langfristigen Investitionshorizonts, sondern ermöglicht darüber hinaus, eine zukunftsorientierte Wahl der Technologie im Interesse aller Beteiligten. Kooperationen einzelner Wettbewerber zur Senkung der Investitionskosten oder die Zusammenarbeit mit Energieversorgern etwa bei der Netzerschließung neuer Wohngebiete könnten den Ausbau der Infrastruktur positiv beeinflussen.

Ortwein: Gerade mit dem vielerorts vollzogenen Perspektivwechsel von der Beseitigung weißer Flecken in der Grundversorgung hin zur Auseinandersetzung mit dem Thema Hochleistungsnetze geht eine neue Größenordnung von Ausbaukonzepten einher. Damit steigen die Chancen auf Mischkalkulationen zugunsten kleinerer Orte. Ländliche Räume sollten daher Möglichkeiten einer interkommunalen, kreisweiten oder sogar einer Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg berücksichtigen.

Welche Finanzierungshilfen können Kommunen noch nutzen?

Brauckmüller: Günstige Finanzierungsangebote für Breitbandprojekte werden von der KfV-Bankengruppe, der Landwirtschaftlichen Rentenbank, einigen Förderbanken der Länder sowie der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt. Da den öffentlichen Förderbanken gute Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, können Darlehen mit günstigen Zinssätzen, langen Laufzeiten und einer tilgungsfreien Phase angeboten werden.

Ortwein: Unter anderem die Rentenbank vergibt ihre Mittel immer über andere Banken und Sparkassen. Dieses Verfahren bringt Vorteile für den Kreditnehmer, denn er kann so die langjährige Beziehung zu seiner Hausbank nutzen, die wiederum ihrem Kunden Mittel für den Ausbau beschafft.

Das Breitbandbüro des Bundes, 2010 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eingerichtet, hält Kontakt zu den Breitbandeinrichtungen der Länder, erarbeitet Leitfäden zu aktuellen Themen und organisiert und begleitet Dialogveranstaltungen, Workshops und ergänzt somit die Beratungs- und Informationsangebote der Länder.

Viel hängt von der Effizienz des Ausbaus ab – wo können Kommunen konkret sparen?

Ortwein: Zum einen können Gemeinden und Kreise Kosten sparen, indem sie zum Beispiel im Rahmen von Tiefbauprojekten bereits im Vorfeld eines Ausbaus des Breitbandnetzes Leerrohre verlegen lassen. Auch in der Planung von Ausbauprojekten können kostensenkende Faktoren berücksichtigt werden.

Brauckmüller: Ausbaukosten können durch die Nutzung von Synergien, beispielsweise durch die Bereitstellung vorhandener öffentlicher Infrastrukturen oder eine effiziente Baukoordination unterschiedlicher Maßnahmen, wesentlich verringert werden.

Herr Brauckmüller, können Sie aus Sicht des Breitbandbüros des Bundes eine Handlungsempfehlung für ländliche Regionen geben?

Brauckmüller: Ein zügiger Breitbandausbau bedarf gerade in ländlichen Regionen des besonderen Engagements von Kommunen und Bürgern. Bei allen Überlegungen und Anstrengungen sollte nicht vergessen werden, dass es einen einheitlichen Geschäftsplan oder ein standardisiertes Finanzierungsmodell für sämtliche Ausbauprojekte nicht geben kann. Ein jedes Projekt hat lokale Spezifika und regionale Besonderheiten. Durch eine bessere Kommunikation und strategische Partnerschaften gilt es, den flächendeckenden Breitbandausbau effizient zu beschleunigen.

Das Gespräch führte Anja Rath

Bild: Kirill_M / fotolia

Förderung & Finanzierung von Breitbandvorhaben

Finanzierung von Investitionen für Unternehmen und Kommunen: Refinanzierungsprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank (www.rentenbank.de → Suche: „Räumliche Strukturmaßnahmen“), Investitionsprogramme der KfV-Bankengruppe (www.kfV.de → Suche: „Breitband“), der europäischen Investitionsbank (www.eib.europa.eu) sowie einiger Förderbanken in den Ländern; Abwicklung in der Regel über die Hausbank

Förderung bei Nachweis von Unterversorgung und Marktversagen: EU-Fonds (EFRE und ELER), ab 2014 geplant die Connecting Europe Facility (CEF), Bundes- und Landesmittel (GAK und GRW) sowie in einigen Bundesländern eigene Programme. Der Förderrahmen wird durch das Programm, die konkreten Förderbedingungen von den Landesbehörden festgelegt. Einen Rechtsrahmen für kommunale Eigeninvestitionen in Tiefbaumaßnahmen schafft die Bundesrahmenregelung Leerrohre.

Einen anschaulichen Überblick über die verschiedenen Fördermöglichkeiten bietet der Leitfaden „Möglichkeiten der Breitbandförderung“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. www.zukunft-breitband.de



Mehr Informationen:

Tim Brauckmüller
Breitbandbüro des Bundes
Telefon: 030/ 60 40 40 60
E-Mail: kontakt@breitbandbuero.de
www.zukunft-breitband.de

Steffen Ortwein
Sachgebiet Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)
Telefon: 02 28 / 68 45 30 09
E-Mail: steffen.ortwein@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/sg

Breitbandzugang dank kommunalem Netz

Um positive Effekte von Breitbandnetzen für Wirtschaft und Gesellschaft zu garantieren, ist aus Sicht der Politik ein entschlossenes öffentliches Eingreifen gerechtfertigt. Wie dieses allerdings konkret gestaltet werden soll, bleibt der Kreativität betroffener Kommunen überlassen. Ein erfolgreiches Beispiel kommt aus Südwestfalen.

Von Stefan Glusa

Die Region Südwestfalen vereint eine Kombination einzigartiger Merkmale: Sie ist eines der waldreichsten Erholungsgebiete Deutschlands und gleichzeitig Sitz von zahlreichen internationalen, industriellen Unternehmen. Tradition und Innovation, Natur und Wirtschaft bilden hier einen dynamischen Spannungsbogen. In den fünf Landkreisen Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis, Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest mit 59 Städten und Gemeinden leben knapp 1,43 Millionen Menschen auf rund 6.200 Quadratkilometern, das entspricht acht Prozent der nordrhein-westfälischen Bevölkerung auf 20 Prozent der Fläche des Bundeslandes.

Startpunkt Hochsauerlandkreis

In der vom Land geförderten „Breitbandinitiative Hochsauerland“ suchten bereits 2007 Akteure aus dem Landkreis, der Wirtschaftsförderung, der Fachhochschule Südwestfalen, von Städten und Gemeinden sowie Industrie- und Handelskammern nach Möglichkeiten, den an Telekommunikationsinfrastruktur schwachen Landkreis mit schnellem Internet zu versorgen. Wegen mangelnden Ausbauinteresse privater Anbieter war eine eigenfinanzierte Lösung notwendig. Es entstand die Idee einer kreiseigenen Telekommunikationsgesellschaft – der Kreistag beschloss im Februar 2008 die Gründung der Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH (TKG). Der Kreis Olpe trat der Gesellschaft am 1.1.2011 bei, die Kreise Siegen-Wittgenstein und Soest schlossen sich 2012 an. Mittlerweile arbeitet die TKG in ganz Südwestfalen an der Verbesserung und Weiterentwicklung der Telekommunikationsinfrastruktur.

Rückgrat Richtfunknetz

Um zuerst die „weißen Flecken“ der Internet-Grundversorgung zu schließen, errichtete die Gesellschaft das größte zusammenhängende Richtfunknetz der Region. Das Backbone-Netz hat momentan eine Ausdehnung von 120 Kilometern in Nord-Süd- und 75 Kilometern in Ost-West-Richtung. Es wächst kontinuierlich, um weiteren Ortschaften, Unternehmen, Verwaltungen, Netzbetreibern und Dienstleistern einen Zugang anzubieten. Im Hochsauerlandkreis und im Kreis Olpe gelang es so Ende 2011, die Versorgung von über 98 Prozent der Haushalte zu erreichen. Privatkunden stehen Bandbreiten von 6 Mbit/s, gewerblichen Kunden auch Bandbreiten von bis zu 155 Mbit/s zur Verfügung. Eine Verpachtung an private Netzbetreiber sichert die langfristige Refinanzierung und den Betrieb der Netze.

Öffentliche Straße – privater Bus

Die Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH befindet sich vollständig in öffentlicher Hand. Ihre Grundphilosophie ist das Prinzip der Trennung von Infrastruktur und Dienstangebot. Die TKG plant

Bild: TKG Südwestfalen mbH

Bild: Amir Kajlikovic / fotolia





Bild: anweber / fotolia

und baut quasi die öffentliche Datenautobahn, damit private Netzbetreiber darauf hochwertige Internet-, Telefonie- und Mehrwertdienste auch für Kunden in abgelegenen Kreisgebieten anbieten. Da der Einsatz öffentlicher Mittel sparsam und effizient erfolgen muss, vertraut die TKG mit einem vergleichsweise kleinen Budget von aktuell 11 Millionen Euro vor allem auf die Hebelwirkung bei privaten Investitionen. Ziel ist eine möglichst flächendeckende Versorgung bei langfristiger Kostendeckung. Als kommunales Unternehmen muss sie unmittelbar keine Gewinne erzielen und kann in „unwirtschaftliche“ Regionen investieren, auch wenn hier nur sehr langfristige Refinanzierungsaussichten bestehen. Den wichtigen Schulterschluss mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erreicht die TKG durch eine aktive Beteiligung von Bürgermeistern, Landräten und Kreistagsmitgliedern in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat.

Win-Win-Situation

Neben der Unterstützung in Fragen von technischer Planung, Leerrohrmanagement, Finanzierung und Bauvorhaben ist die TKG ein Vermittler zwischen Netzbetreiber und Kommune. So konnten bereits mehrfach Ausbauaktivitäten, die zunächst aufgrund hoher Wirtschaftlichkeitslücken als undurchführbar galten, doch realisiert werden. Gemeinsam mit den privaten Netzbetreibern entwickelt die Telekommunikationsgesellschaft geeignete Betriebskonzepte. Eine enge und gute Zusammenarbeit ist entscheidend, um für die Auslastung der Infrastrukturen zu sorgen und die Netze und Angebote für den Endkunden interessant zu machen. Dabei ist es einerseits von Vorteil für die Netzbetreiber, wenn diese mit der TKG als sachkundigem Koordinator sprechen und so beispielsweise Abläufe beschleunigen, Kosten für den Netzausbau teilen oder reduzieren können. Andererseits wird den Kommunen von der TKG als neutralem und unvoreingenommenem Partner viel Detailarbeit abgenommen.

Erwartungsträger Technologie

Ein konsequenter, aufeinander abgestimmter Technologie-Mix ist der Schlüssel zur regional optimierten Versorgung. Die Frage „Funk- oder Festnetz“ stellt sich für die TKG in der Regel nicht: Sich ergänzend können die verschiedenen Technologien eine funktionierende und wirtschaftlich tragfähige Gesamtlösung ergeben. Trotz hoher Erwartungen zeigte sich, dass mit der neuen Mobilfunkgeneration (LTE) nicht automatisch alle Probleme beseitigt sind. Die Anbindungen von Gewerbe- und Industriekunden, die Aufteilung vorhandener Bandbreiten auf viele Teilnehmer, stark schwankende, tageszeit- und nutzungsabhängige Verfügbarkeiten sowie die Probleme, die sich aus der vielfach unterschätzten Topografie ergeben, sind einige der in der Praxis häufig anzutreffenden Schwierigkeiten. Zweifellos ist ein konzertierter Aufbau von Next Generation Net-

works (NGN) in ländlichen Regionen geboten und wichtig. Im Zuge der Breitband-Aktivitäten könnte allerdings mancherorts der Eindruck entstehen, jeder fortschrittliche Landrat oder Bürgermeister müsse sich mit immer höheren Investitionen in den Glasfaserausbau als zukunftsfähige Technologie überbieten. Hier ist vorsichtiges Handeln geboten, um abzuschätzen, ob die teuren Hochgeschwindigkeitsnetze später tatsächlich genutzt werden.

Kreisspezifische Ausbauszenarien

Die Telekommunikationsgesellschaft verfolgt eine NGN-Strategie für Südwestfalen. Diese ist jedoch nicht für alle Kreise einheitlich, denn sie berücksichtigt unterschiedliche Ausbauszenarien. Ein flächendeckender Ausbau mit Glasfaser bis zum Endkunden oder eine Vorfinanzierung der NGN-Infrastruktur aus kommunalen Mitteln sind nicht ohne weiteres Fremdkapital oder zusätzliche Investoren zu leisten. Gerade eine kommunale Telekommunikationsgesellschaft darf die Nachfrage und Zahlungsbereitschaft ihrer Bürger für „mehr Breitband“ nicht unberücksichtigt lassen und weder übereifrig noch gar in Konkurrenz zu privaten Anbietern handeln. Der NGN-Ausbau wird nur langfristig, solide geplant und zunächst schrittweise in ausgewählten Gebieten der Region erfolgen können. Hierbei gilt zudem der Grundsatz „individuelles Projektgeschäft vor Standardvorgehen“, da keine „One Size Fits All“-Lösung für den ländlichen Raum existiert. Ohne ein passendes und erprobtes Geschäftsmodell darf nicht blind in Leerrohr- oder Glasfasernetze investiert werden.

Kooperation statt Förderanreiz

Die Zahlung von Fördersummen als Ausgleich von „Wirtschaftlichkeitslücken“ privater Anbieter bei Investitionen in strukturschwache, ländliche Gebiete setzt falsche Anreize. Damit ein flächendeckender Mindeststandard in der Versorgung erreicht werden kann, bedarf es einer Kooperation auf Augenhöhe: von privaten Unternehmen und institutionalisierten Eigeninitiativen von Landkreisen und Kommunen.



Mehr Informationen:

Stefan Glusa
 Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen mbH
 Telefon: 02 91 / 94 15 11
 E-Mail: stefan.glusa@tkg-swf.de
 www.tkg-swf.de


 Telekommunikationsgesellschaft
 Südwestfalen mbH



Bild: TheModernCanvas / forolia

Bild: fhmedien_de / forolia

Unternehmen Breitband

In manchen ländlichen Regionen, in denen private Anbieter nicht aktiv werden, können sich auch die Kommunen eine kostspielige Investition in schnelles Internet nicht leisten. Eine Möglichkeit, dennoch den Anschluss zu schaffen, ist eine regionale Netzgesellschaft – wie die Breitbandnetz GmbH & Co. KG in Nordfriesland.

Von Ulla Meixner

Was fällt den meisten Menschen heute zu Nordfriesland ein? Das Weltnaturerbe schleswig-holsteinisches Wattenmeer mit seinen Inseln, idealen Urlaubs- und Lebensbedingungen – wenn da nicht ein kleiner Makel wäre: Bei gutem Wind ist man mit dem Surfbrett deutlich schneller unterwegs als mit Tastatur und Maus im Internet.

An Skype war nicht zu denken

Wie andere ländliche Regionen ist auch Nordfriesland weit unterversorgt, wenn es um Breitband geht. Datentransfers sind mit weniger als zwei Megabit pro Sekunde (Mbit/s), in vielen Orten sogar unter einem Mbit zeitaufwendig bis unmöglich. Der dringend nötige Aufbau von leistungsfähigen Netzen kommt nicht in Gang und so verliert auch Nordfriesland nach und nach den Anschluss an moderne Kommunikationsformen. Die heute schon erlebbaren Folgen: Immobilien verlieren an Wert, Grundlagen für zeitgemäßes Lernen fehlen, Unternehmen wandern ab oder siedeln sich nicht neu an und Mediziner vermissen die technischen Voraussetzungen zur Versorgung ihrer Patienten. Ganz zu schweigen von den vielen privaten Anwendungen, die heute aus dem normalen Leben eigentlich nicht mehr wegzudenken sind. Zwei Jahre lang wurden von den Kommunen Alternativen erwogen, Ausbaukonzepte entwickelt und Fördermöglichkeiten geprüft. Mit dem Resultat: Die großen Telekommunikationsunternehmen werden auf absehbare Zeit nicht flächendeckend investieren, die Fördertöpfe sind weitestgehend leer und so manch hoffnungsvolles Vorhaben stirbt an hohen bürokratischen Hürden.

Dann machen wir es eben selbst

Im September 2010 gründeten daraufhin im nordfriesischen Breklum hauptsächlich Unternehmer aus dem Bereich erneuerbare Energien, einzelne Kommunen und einige private Investoren die Breitbandnetz GmbH & Co. KG. Zwischenzeitlich ist der Energiedienstleister e.on Hanse der Gesellschaft beigetreten und unterstreicht damit sein Engagement in der Region. Mit einem Investitionsvolumen von circa 70 Millionen Euro baut die Breitbandnetz-Gesellschaft eines der modernsten und leistungsfähigsten Breitbandnetze in Deutschland: 24.000 Glasfaseranschlüsse bis zum

Nutzer. Jeder Bürger, so entlegen er auch wohnen mag, bekommt die Glasfaser kostenlos bis ins Haus verlegt, wenn er es möchte.

Grundprinzip Solidarität

Das Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von circa 20 Millionen Euro wird gemeinschaftlich aus der Region erbracht. Circa 60 Prozent bringen die Betreiber von Wind-, Solar- und Biogasanlagen ein. Sie geben der Bevölkerung damit etwas aus den Gewinnen zurück, die sie durch den Betrieb ihrer Anlagen erwirtschaften. Alle Gesellschafter sind Teil des Gesamtprojekts. Das heißt, niemand kann sich „einkaufen“ und damit den Ausbau in seiner Region sichern. Die Renditeerwartungen sind für alle sehr moderat.

Auf der anderen Seite ist auch die Solidarität aller Bürger in der Region gefragt. Die Breitbandnetzgesellschaft geht bei ihrer Ausbauplanung schrittweise vor und nur wenn sich mindestens 70 Prozent der Einwohner einer Gemeinde für einen Breitbandanschluss entschließen, wird der Ausbau dort gestartet. Anders ist ein wirtschaftlicher Betrieb des Netzes nicht machbar.

Konzept mit Zukunft

Dass das Konzept aufgeht, zeigt sich am Erfolg: Zwei Gemeinden sind bereits voll erschlossen, in weiteren sechs Orten wird gebaut und für vier ist die Planung angeschoben. Die ersten 500 Privatnutzer sind hoch zufrieden und auch die anspruchsvollen Anforderungen der zwei ersten Gewerbekunden konnten realisiert werden.



Mehr Informationen:

Ulla Meixner
Breitbandnetz GmbH & Co. KG
Telefon 0 46 71 / 797 96 20
E-Mail: meixner@breitbandnetzgesellschaft.de
www.breitbandnetzgesellschaft.de

Vorhandenes nutzen

Einige französische Kommunen nutzen Oberleitungen zum Breitbandausbau. Auch deutsche Orte und Gemeinden auf dem Land verfügen mit Kanalisation, Wasser- oder Gasleitungen über umfangreiche Infrastrukturen. Diese zu nutzen spart Kosten. Dazu bedarf es einer umfassenden Planung.

Von Stephan Werlich

Die kleine Stadt Hadamar im hessischen Landkreis Limburg-Weilburg am Südrand des Westerwaldes ist Wohnort von etwa 12.800 Einwohnern, von denen viele in die nahe gelegenen Ballungszentren Frankfurt und Wiesbaden pendeln. Größere Industriebetriebe gibt es nicht, wohl aber Gewerbegebiete. Um sowohl Anreize für die Ansiedelung von Firmen als auch Bleibe- und Zuzugsperspektiven für junge Familien zu schaffen, machte der Hadamaer Bürgermeister Michael Ruoff mit dem Konzept „Digitales Hadamar“ den Breitbandausbau zum Thema.

Die erfolgreiche Teilnahme am Förderwettbewerb „Modellprojekte für den Breitbandausbau“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie im Jahr 2010 schuf die Finanzierungsgrundlage für den Ausbau. Geplant war der Glasfaseranschluss mit Bandbreiten von 50 Megabit pro Sekunde in fünf Stadtteilen mit insgesamt 5.000 Einwohnern und 1.650 Telefonanschlüssen. Von dem in der Kernstadt gelegenen Hauptverteiler sollte die Glasfaser zu 19 vorhandenen Kabelverzweigern verlegt und über zusätzliche Telefonschränke angeschlossen werden.

Infrastrukturdaten erfassen

In Zusammenarbeit mit dem Breitbandberater des Landes Hessen, dem Fachbüro für Telekommunikation GeoData und der Broadband Academy wurde eine detaillierte Planung durchgeführt, die etwa zehn Monate in Anspruch nahm. Eine Fördervoraussetzung war die kostensenkende Nutzung vorhandener Infrastrukturen. Dazu musste durch Anfragen bei unterschiedlichen Ansprechpartnern eine umfangreiche Informationsgrundlage geschaffen werden, zum Beispiel zu Standorten der Kabelverzweiger bei der Telekom, zu vorhandenen Leerrohren und anderen Netzbetreibern über den Infrastrukturatlas oder zur Lage von Kanalisations- und Leitungssystemen.

Begehungen vor Ort

In der zweiten Planungsphase wurden örtliche Gegebenheiten geprüft und Absprachen mit zuständigen Behörden, zum Beispiel bei der Kreuzung von Landes- und Kreisstraßen, getroffen. Zwischenzeitlich musste eine Anfrage der Deutschen Bahn zu einer möglichen Zusammenarbeit berücksichtigt werden, deren zeitaufwendige Prüfung aber keine sinnvollen Synergieeffekte ergab. Schließlich umfasste das Ausbaukonzept die Verlegung von circa 17 Kilometern Glasfaserkabel und etwa 12 Kilometern Leerrohre.

Ein Kabel, viele Verfahren

Nach einer öffentlichen Ausschreibung wurde das Bauvorhaben in zwei getrennten Abschnitten mit jeweils einem Unternehmen als zentralem Ansprechpartner realisiert. Um möglichst wirtschaftlich zu arbeiten, kamen verschiedene Bauverfahren zum Einsatz: der „herkömmliche“ Tiefbau, Micro-Trenching, Bohrspülverfahren und weitere Möglichkeiten zur Leerrohr- und Glasfaserkabelverlegung.

Teilweise wurde durch das Einziehen von Edelstahlrohren als Ummantelung der Glasfaser das bestehende Abwassersystem genutzt. Das Verfahren war bei Kreuzungen mit Eisenbahnlinien, offenen Gewässern und klassifizierten Straßenkreuzungen besonders sinnvoll. Als weitere Synergien nutzte Hadamar stillgelegte Wasserleitungen und bereits verlegte Leerrohre: das eines Mobilfunknetzbetreibers sowie eines, das im Zuge der Erneuerung einer Landesstraße durch das Land Hessen mitverlegt worden war.

Das Fazit: Es können keine pauschalen Aussagen zu den besten Verfahren gemacht werden und zentrale Bedeutung kommt der Planungsphase zu. Durch den sinnvoll geplanten Einsatz der möglichen Verfahren zur Kabelverlegung können zum Beispiel kostenintensive Tiefbauarbeiten und der Aufwand an kritischen Punkten wie Kreuzungen und Bahnüberquerungen reduziert werden.

Der Infrastrukturatlas gibt Berechtigten Auskunft über vorhandene Infrastrukturen in Deutschland. Er wird verwaltet und betreut von der Bundesnetzagentur.

www.bundesnetzagentur.de → Suche: „Infrastrukturatlas“



Mehr Informationen:

Dipl. Ing. (FH) Stephan Werlich
Bauamt der Stadt Hadamar

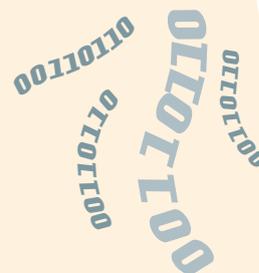
Telefon 0 64 33 / 891 29

E-Mail: s.werlich@stadt-hadamar.de

www.hadamar.de



Bild: Shutterstock



Bauer am Rande der Großstadt

Landwirtschaft bedeutet heute weit mehr als nur die Bewirtschaftung von Flächen: Neben Umweltauflagen müssen sich Landwirte auch zunehmend mit Flächenverlusten auseinandersetzen. Die Zusammenarbeit sowohl von Landwirten untereinander als auch mit anderen Partnern kann ein Schlüssel dafür sein, diese Probleme zu lösen. Von Bettina Rocha

Der Ackerbaubetrieb von Heinrich Meid liegt im Süden Kölns, dem dörflich anmutenden Stadtteil Langel. Die Nähe zur Großstadt ist Fluch und Segen zugleich. Ackerbau in einem Ballungsraum zu betreiben, bedeutet mit stetigem Flächenverlust und vielfältigen Nutzungsansprüchen an die verbleibende unbebaute Fläche umzugehen.

Städter trifft Landwirt

Heinrich Meid und seine Frau fragten sich schon vor vielen Jahren, ob der Nähe zur Stadtbevölkerung nicht auch etwas Gutes abzugewinnen sei – nämlich die Chance zu einer florierenden Direktvermarktung von Spargel. Sie entschieden sich, nachdem 1989 die Zuchtsauen abgeschafft wurden, für den Spargelanbau. Auf gut 100 Hektar baut der Betrieb daneben noch Zuckerrüben, Getreide und Mais für Biogas an. Seit diesem Jahr hat ein anderer Landwirt den Spargelanbau übernommen und betreibt auch den Hofladen bei den Meids weiter. Über die Ladentheke kommen Erzeuger und Verbraucher in unmittelbarem Kontakt. Die Kunden fragen, wie die Ware produziert wird, und die Meids beantworten dies gerne. Um die Produktionsweise des Betriebes besser zu erläutern, befinden sich im Verkaufsraum Informationstafeln zum Thema Gewässerschutz und zu Blühstreifen, die der Landwirt auf seinen Ackerflächen angelegt hat.

Flächendruck durch Partnerschaft abfedern

Der meidsche Betrieb liegt auf dem sogenannten Langel Bogen, einer Feldflur innerhalb eines Rheinbogens auf der Schnittstelle des südlichen Kölner Stadtgebietes und des angrenzenden Rhein-Sieg-Kreises. Eine Reihe von Eingriffen durch unterschiedliche Infrastrukturmaßnahmen machten hier Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich. So wurden verschiedene Straßen, eine ICE-Trasse zum Flughafen und eine Pipeline gebaut. Zudem ist die Feldflur im Rahmen des Hochwasserschutzes neu eingedeicht worden. Ein Teil der daraus resultierenden Ausgleichsmaßnahmen wurde im Langel Bogen selbst umgesetzt. Um diese Maßnahmen naturschutzfachlich hochwertig und gleichzeitig möglichst verträglich für die Landwirte zu realisieren, engagiert sich die Stiftung Rheinische Kulturlandschaft als Partner und Mittler zwischen Landwirtschaft, Genehmigungsbehörde und Eingriffsverursacher. Im Langel Bogen setzt die Stiftung als Träger mit Heinrich Meid und anderen Landwirten sogenannte produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) um. PIK sind Maßnahmen, die eine extensivierte Weiterbewirtschaftung der Kompensationsflächen ermöglichen oder diese Flächen, auch wenn keine Erträge darauf erzielt werden, als Landwirtschaftsflächen zum Beispiel im Sinne des Beihilferechts erhalten. Die Landwirte erhalten für die Mindererträge oder den Mehraufwand eine Vergütung. Im Langel Bogen sind auf circa anderthalb Hektar ein Extensivacker und, verteilt auf mehrere Einzelflächen, je ein Hektar Ackerrandstreifen und Blühstreifen angelegt worden.

Produktion und Kompensation

Die Bewirtschaftungsauflagen beispielsweise eines Extensivackers sehen vor, dass Getreide nur im doppelten Reihenabstand eingesät werden darf, auf Pflanzenschutzmittel ebenso wie auf eine mineralische Stickstoffdüngung verzichtet wird und organische Dünger nur begrenzt eingesetzt werden. Eine Unkrautbekämpfung ist nur unter Berücksichtigung der Brutzeit bodenbrütender Vögel erlaubt. Diese Bewirtschaftung schafft Raum und Licht für Feldvögel und seltene Ackerwildkräuter, die sich hier in der seltenen Sand-Mohn-Gesellschaft ansiedeln sollen. Aus Sicht von Heinrich Meid ist diese Art von



© BLE / DVS

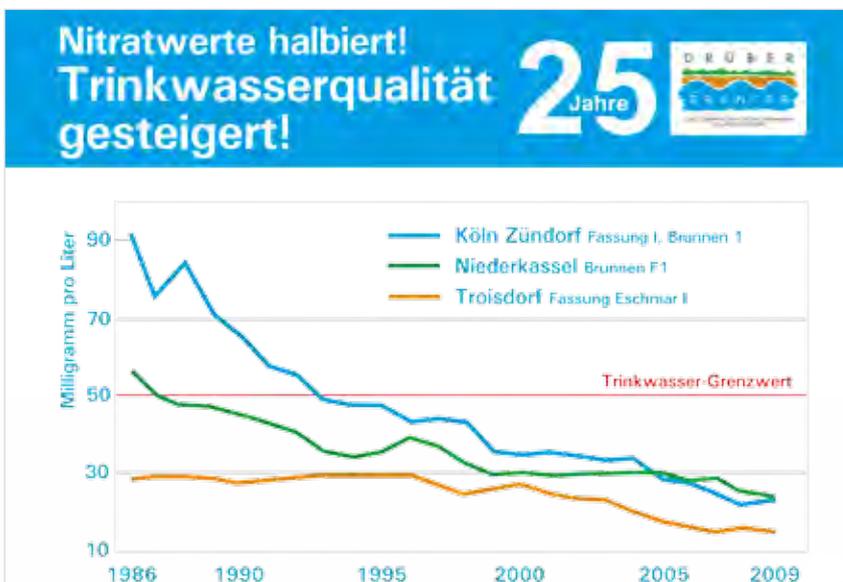


produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen eine Möglichkeit, den indirekten Flächenverlust durch Baumaßnahmen zu mindern. Der Verlust durch die eigentliche Versiegelung bleibt. Die PIK ermöglichen jedoch – anders als zum Beispiel Anpflanzungen und Aufforstungen – eine weitere landwirtschaftliche Nutzung der Flächen. Ein weiterer Vorteil ist, dass einige Maßnahmen nicht in jedem Fall dauerhaft an ein und der gleichen Stelle liegen müssen: Ein Blüh- oder Randstreifen erfüllt seine ökologische Funktion auch, wenn er nach ein paar Jahren auf den Nachbarschlag verlegt wird. „Am schmerzlichsten für uns Bauern ist der endgültige Verlust von Betriebsflächen durch Eingriffe. Für Eigentumsflächen wird man entschädigt und kann davon – sofern vorhanden – neue Flächen kaufen. Werden jedoch Pachtflächen beansprucht, wird nur der Eigentümer entschädigt, der Pächter geht leer aus.“ Bei Pachtflächenanteilen in der Region um bis zu 80 Prozent der Betriebsfläche kann ein Betrieb in einem Ballungsraum so empfindliche Flächenverluste erfahren. Durch Zupachtung und Kauf macht er diese nicht wett, da mehr und mehr landwirtschaftliche Fläche einer anderen Nutzung zugeführt wird. So hatte auch der Betrieb von Heinrich Meid vor einigen Jahren noch 110 Hektar, heute umfasst er nur noch 100 Hektar.

Landwirte mit Wasserwerken argwöhnisch betrachteten. Erst der Besuch des damaligen nordrheinwestfälischen Landwirtschafts- und Umweltministers Klaus Matthiesen auf Meids Hof brachte Bewegung in die Verbände und hatte am Beispiel von „Drüber und Drunter“ ein 12-Punkte-Programm zur Folge, das den Rahmen für den künftigen kooperativen Gewässerschutz setzte. Damals, im Jahr 1986, lagen die Nitratwerte bei 90 Milligramm pro Liter; schon vor Jahren gelang es, den Grenzwert der deutschen Trinkwasserverordnung und der EG-Trinkwasserrichtlinie von 50 Milligramm pro Liter einzuhalten.

Nur so viel Dünger, wie nötig

In der Vegetationszeit machen die Landwirte gemeinsam mit ihrem Berater wöchentliche Feldbegehungen, um die Bestandsentwicklung und den Stickstoffgehalt zu prüfen. So wird ermittelt, ob eine weitere Düngegabe erforderlich ist und in welcher Höhe sie erfolgen sollte. Durch eine derart gezielte und bedarfsgerechte Düngung wird nur so viel Stickstoff gedüngt, wie die Pflanzen benötigen und die Gefahr der Auswaschung von überschüssigem Stickstoff minimiert. Als ackerbau-liche Maßnahme zur Reduzierung der Stickstoffauswaschung, säen die Landwirte im Mulchsaatverfahren. Heinrich Meid nutzt schon seit mehr als acht Jahren keinen Pflug mehr. Dennoch ist der Unkrautdruck auf den Flächen, deren Bonität von 30 bis 84 (von insgesamt 100 erreichbaren) Bodenpunkte reicht, nicht stärker als zuvor, das heißt sein Pflanzenschutzzeinsatz hat sich durch die pfluglose Bearbeitung nicht erhöht. Unkrautnester werden einzeln gezielt gespritzt, nicht der ganze Schlag. Bei der Herausforderung intensiven Ackerbaus mit Gewässerschutz zu verbinden, profitiert jeder von den Erfahrungen des anderen. „Geheimnisse wie früher gibt es nicht mehr“, freut sich Heinrich Meid. „Probleme werden in der Gruppe offen angesprochen und man sucht gemeinsam nach Lösungen.“



Erfolgsbilanz eines kooperativen Gewässerschutzes (Quelle: DRÜBER UND DRUNTER)

Kooperativ für sauberes Trinkwasser

Heinrich Meid ist Gründungsmitglied von „Drüber und Drunter“, dem seit 27 Jahren bestehenden Arbeitskreis zum Gewässerschutz, der sich damals auf den Langeler Bogen beschränkte. Er ist die älteste Gewässerschutzkooperation in Deutschland. Aufgrund der hohen Nitratwerte im Trinkwasser begannen die Landwirte mit den Wasserwerken zusammenzuarbeiten. Damals, erinnert sich der Ackerbauer, war eine solche Kooperation nicht selbstverständlich. Auf Verbandsebene bestand Zwist zwischen Bauern- und Gewässerverband, die das sowohl eigenständige als auch einvernehmliche Agieren einiger



Mehr Informationen:

Bettina Rocha
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Telefon 02 28 / 68 45 38 82
E-Mail: bettina.rocha@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Birgit Lind
Stiftung Rheinische Kulturlandschaft
Telefon 02 28 / 90 90 72 10
E-Mail: stiftung@rheinische-kulturlandschaft.de
www.rheinische-kulturlandschaft.de



Solidarisch forstwirtschaften

Eine kleinteilige, unwirtschaftliche Waldstruktur und zum Teil unklare Besitzverhältnisse waren nach der Wiedervereinigung nur einige der Probleme, vor denen Waldbesitzer im sächsischen Pfaffroda standen. Sie begegneten ihnen mit der Gründung einer Forstbetriebsgemeinschaft – mit Erfolg.

Von Stephan Bröhl

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 brachte für die Bewirtschaftung von zahlreichen Forstflächen einschneidende Änderungen mit sich. Privatwälder, die von der DDR enteignet worden waren, fielen an oft noch unbekannte, nicht ortsansässige Alteigentümer zurück. Vielerorts entstand eine unwirtschaftliche, zersplitterte Besitzstruktur. Auch die verbliebenen Waldbesitzer der kleinen, rund 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde Pfaffroda im sächsischen Erzgebirge standen vor dieser Situation. Der über 800 Jahre alte Ort liegt etwa 30 Kilometer südlich der Bergbaustadt Freiberg, nahe der Staatsgrenze zu Tschechien. Das Dorf ist von weitläufigen Waldflächen umgeben, die früher zum herrschaftlichen Besitz derer zu Schönberg gehörten und später Muster- und Lehrrevier für Privatforsten im Freistaat Sachsen waren. Sie bilden heute den Kern der Forstbetriebsgemeinschaft Pfaffroda.

Eine wechselvolle Geschichte

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde in der sowjetischen Besatzungszone eine Bodenreform durchgeführt. Großgrundbesitzer wurden enteignet, ihre Flächen parzelliert und an viele neue Eigentümer verteilt. Der damit einhergehende unkontrollierte Holzeinschlag und -verkauf der neuen Waldeigentümer drohte den forstwirtschaftlichen Wert der Flächen zu ruinieren. Um die nachhaltige Nutzung der Wälder zu sichern, entstand auf Initiative des Bürgermeisters in der Pfaffrodaer Nachbargemeinde Schönfeld eine erste Waldgemeinschaft, die hier eine parzellenlose, flächenübergreifende Bewirtschaftung organisierte. Die Bewirtschaftungsgrundlagen wurden in einer Gemeindefestsetzung festgeschrieben.

In der Gemeinde Pfaffroda wurde der Forst ursprünglich parzellenweise bewirtschaftet und von zwei Kommissionen kontrolliert. Im Jahr 1952 schlossen sich die Pfaffrodaer Waldbesitzer jedoch dem Schönfelder Modell an – entgegen den Vorgaben der damaligen DDR-Regierung, die eine Umverteilung des Bodenreformwaldbesitzes zugunsten des Staates anstrebte. Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde 1964 eine Waldwirtschaft als Nebenbetrieb innerhalb einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) installiert, bei der die Waldeigentümer in forstwirtschaftlichen Prozessen weiterhin eingebunden wurden. Das Aus für die private

Gemeinschaftsbewirtschaftung kam 1976 durch eine zwangsweise Überführung in den Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb.

Betriebswirtschaftliche Herausforderungen

Am 1. Januar 1991 endete im Zuge der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten über Nacht die staatliche Bewirtschaftung – sie oblag nun wieder den nicht nur völlig unvorbereiteten, sondern zum Teil auch unbekanntem Waldbesitzern. „Durch die gemeinschaftliche Bewirtschaftung bis 1965 – die genossenschaftliche bis 1975 und die Zwangsbewirtschaftung der Privatwälder bis 1990 – war eine erneut private Bewirtschaftung danach nur sehr schwer umsetzbar“, sagt der heutige Geschäftsführer der Forstbetriebsgemeinschaft Pfaffroda Günter Lempe. Die Liste der zu lö-





© Forstbetriebsgemeinschaft Pfaffroda



© Forstbetriebsgemeinschaft Pfaffroda

senden Probleme war lang: undefinierbare, da seit 1947 nicht mehr im Grundbuch eingetragene Erbengemeinschaften, unbekannte Grenzen, nicht ortsansässige, oftmals sehr alte Waldbesitzer, keine Entschädigungen für abgeholzte Bestände, fehlendes forstwirtschaftliches Wissen, keinerlei technische Geräte oder Dienstleister.

Gemeinschaft mit Zweck

Bereits im Frühjahr 1991 ergriffen rund 260 Waldbesitzer – darunter Bodenreformwaldbesitzer, Bauernwaldbesitzer und die Gemeinde – die Initiative und regten die Gründung einer gemeinschaftlich organisierten Bewirtschaftung an. In einer Arbeitsgruppe setzten engagierte Waldbesitzer sich mit den gänzlich neuen politischen und finanziellen Voraussetzungen auseinander. Die Gründung einer parzellenübergreifenden Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) bot sich an, da ihre vom Bundeswaldgesetz (BWaldG) vorgegebenen Aufgaben gut auf die damalige Situation passten. Laut BWaldG sollen die privatrechtlichen Zusammenschlüsse die Bewirtschaftung der angeschlossenen Waldflächen und der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke verbessern und insbesondere die Nachteile geringer Flächengröße, ungünstiger Flächengestalt, der Besitzsplitterung, der Gemengelage, einer unzureichenden Walderschließung oder anderer Strukturängel überwinden. Die Gründungsversammlung fand am 8. Februar 1992 statt. Als Rechtsform wurde der wirtschaftliche Verein gewählt und zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben ein hauptamtlicher Geschäftsführer eingestellt. Ein ehrenamtlicher Vorstand wacht darüber, dass die satzungsgemäßen Aufgaben und Beschlüsse der Mitgliederversammlung erfüllt werden.

Mit allen Chancen und Risiken

Zuerst wurden Besitzverhältnisse ermittelt, eine Mitgliederversammlung organisiert und Kulturpflege sowie Forstschutz vorangetrieben. „Nach dem Solidarprinzip wird der Wald in der Genossenschaft gemeinsam bewirtschaftet – mit allen Chancen und Risiken. Gibt es Schäden, werden diese auf alle Schultern verteilt“, so Günter Lempe. Hauptziel ist es, für den zurückgegebenen Privatwald – im Forstbezirk sind rund 30 Prozent des Waldes in Privatbesitz – eine durch Ertragsoptimierung bei voranstehender guter forstlicher Praxis ordnungsgemäße Bewirtschaftung im Interesse der Eigentümer aufzubauen. Die Vorteile einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung liegen dabei auf der Hand: Kleinwaldbesitzer haben die Chance, ihren Waldbesitz effizient zu bewirtschaften und die Holzernte und den Holzabsatz zu verbessern. Der ökonomische

Vorteil der Organisationsform ergibt sich unter anderem aus der gemeinschaftlichen Nutzung teurer Maschinen, dem koordinierten Abtransport des Holzes, einem gemeinsamen Wegebau und der gemeinsamen Vermarktung des Holzes.

Vom Konzept überzeugt

Die Waldgemeinschaft Pfaffroda bewirtschaftet heute im Auftrag von insgesamt 310 Eigentümern und Erbengemeinschaften eine Fläche von 1.010 Hektar Wald. Mitglieder sind Bodenreformbesitzer, Bauern, Kommunen und Kirchen, ihre Mitarbeiter drei Waldarbeiter und ein Geschäftsführer. Für den Aufbau der Verwaltung in den 90er-Jahren, die Pflege des Waldes, den Wegebau, die Kalkung und Erstaufforstung sowie verschiedene Naturschutzmaßnahmen nutzte die Gemeinschaft in den letzten Jahren wiederholt öffentliche Fördermittel, darunter auch aus dem ELER. Dienten diese Fördermittel in den ersten Jahren aufgrund des geringen Holzpreises auch als finanzielle Absicherung, sind sie mittlerweile auf ein Minimum von rund zehn Prozent der Einnahmen geschrumpft.

Im Frühjahr 2012 konnte die Forstgemeinschaft Pfaffroda ihr 20-jähriges Bestehen in der Gewissheit feiern, zahlreiche Probleme erfolgreich und zukunftsweisend gelöst zu haben. So trägt sich die Waldgemeinschaft selber und kann an ihre Mitglieder jährlich einen Ertrag ausschütten. Geschäftsführer Günter Lempe sieht denn auch keinen Grund, das erfolgreiche Bewirtschaftungskonzept grundlegend zu verändern. Neben der weiterhin anstehenden Aufgabe, offene Eigentumsverhältnisse zu klären und die Flächenstruktur zu optimieren, will die Gemeinschaft auch die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen ausbauen. „Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft steht als Aufgabe täglich an: Es gilt, die Walderzeugnisse optimal zu vermarkten und die Kosten so weit wie möglich zu senken“, so Günter Lempe.



Mehr Informationen:

Günter Lempe

Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) Waldgemeinschaft Pfaffroda w.V.

Telefon: 03 73 60 / 6314

E-Mail: waldgemeinschaft.pfaffroda@web.de

www.waldgemeinschaft-pfaffroda.de

Netzwerk für starke Strukturen



Den Folgen des demografischen Wandels versucht auch die Region Unterweser entgegen zu wirken: Die Akteure des „Netzwerks Schule – Wissenschaft – Wirtschaft“ haben vor allem dort Potenzial ausgemacht, wo durch kluge Zusammenarbeit jungen Menschen eine Perspektive in der Region geschaffen wird.

Von Klaus Wirth

Ländlich strukturiert, also wenig Großindustrie und in der Folge geringe Steuereinnahmen: Die Region Unterweser, zu der neben den Landkreisen Cuxhaven und Wesermarsch auch die Seestadt Bremerhaven gehören, hat wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch die Folgen des demografischen Wandels machen sich bemerkbar. Junge Menschen sehen kaum Perspektiven und wandern nach dem Schulabschluss oder Studium ab. Auch das schwächt die heimische Wirtschaft. Dem stellt sich der Verein „Netzwerk Schule – Wissenschaft – Wirtschaft“ entgegen.

Organisation ist alles

Schon bei ihrer Arbeit im Regionalforum Bremerhaven wurde einigen Beteiligten des im Mai 2009 gegründeten Vereins klar, dass man die Region wirtschaftlich stärken kann, wenn man die hier lebenden jungen Menschen qualifiziert. Bemühungen gab es auch vor der Vereinsgründung viele, doch wusste kaum einer vom anderen. Genau das will der Verein ändern: Als Schaltstelle zwischen Schulen, der Hochschule Bremerhaven, Handwerkskammern, Industrieverbänden und kommunalen Entscheidungsträgern sorgt er für Vernetzung. Da ein erster Anlauf zur Finanzierung des Vereins am notwendigen Eigenkapital scheiterte, wurde die Geschäftsstelle kurzerhand im Schifffordorfer Rathaus untergebracht. Dank der finanziellen Unterstützung durch die Wirtschaftsförderung Bremerhaven wurde seit August 2012 die Geschäftsstelle mit einer qualifizierten Mitarbeiterin besetzt.

Doppelt hält besser

Kleinteilig aber effektiv – so lässt sich wohl das Tagesgeschäft des Vereins umschreiben. Es galt vor allem zeitraubende Basisarbeit zu leisten, so mussten zum Beispiel Kontaktadressen zusammengestellt werden. „Wir wollen Menschen vernetzen, nicht Institutionen“, so das Motto des Vereins. Das hieß, etwa in Schulen nicht die Leitung

sondern die Lehrer zu erfassen und in Betrieben die Personalverantwortlichen zu kontaktieren.

Das Netzwerk agiert in der gesamten Region und stößt damit auf politische Grenzen zwischen den zwei Bundesländern Bremen und Niedersachsen. Dies zeigte sich als besondere Herausforderung der Netzwerkarbeit: Es galt zwei unterschiedliche Schulsysteme zu beachten und Überzeugungsarbeit war in manchen Institutionen doppelt zu leisten.

Pool an Aktiven

So kleinteilig der Alltag, so erfolgreich das Gesamtkonzept. So kamen die zahlreichen Informationsveranstaltungen, bei denen Wirtschaftsvertreter oder Auszubildende in die Schulen gehen, um von ihrem persönlichen Weg ins Arbeitsleben zu berichten, sehr gut an. Auf diese Weise wird den zukünftigen Arbeitnehmern klar, dass es durchaus Perspektiven für sie gibt. Insbesondere das regional starke Handwerk aber auch die Zukunftsbranche Erneuerbare Energien haben hier weitaus mehr zu bieten, als die meisten Schüler wissen. Berufsorientierung ist auch das Ziel des Projektes „Talentpool“. Hier lernen ausgewählte Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 10 aus Bremerhaven und dem Altkreis Wesermünde in einem 4-Tage-Workshop mithilfe einer professionell angeleiteten Potenzialanalyse ihre Stärken, Schwächen und Interessen kennen. Eine einstündige Einzelberatung mit einem Berufsberater der Agentur für Arbeit Bremerhaven rundet das Angebot ab. Mit etwa 20 Teilnehmern im Jahr 2011 gestartet, hatte der Talentpool bereits im laufenden Jahr schon über 40 Teilnehmer, 18 zum Teil namhafte Unternehmen sind beteiligt.

Diese wachsende Resonanz motiviert die Netzwerk-Akteure: Der Talentpool und viele weitere Aktivitäten sollen Schüler, Wissenschaft und Wirtschaft auch in den kommenden Jahren noch näher zusammenbringen.



Bild: Picture-Factory / fotolia



Mehr Informationen:

Netzwerk Schule, Wirtschaft und Wissenschaft e.V.
Sanne Masche - Geschäftsführung
Telefon: 04 71 / 9 46 46 710
E-Mail: masche@netzwerk-sww.de
www.netzwerk-sww.de



← Ströbecker Schachspiel – faszinierend
andere Tradition im Netzwerk Europäische
Kulturdörfer

© Kathrin Baltzer

Europäische Integration durch Kulturarbeit

Seit 13 Jahren sind elf europäische Dörfer in einem Kulturnetzwerk verbunden. Die Reflexion der eigenen regionalen Identität und die Bereicherung durch die kulturelle Vielfalt der Partner geben nun den Impuls für eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Von Christine Wingert

Wijk aan Zee in den Niederlanden, Kilingi-Nömmе in Estland, das französische Mellionec, Bystré in Tschechien, Palkonya in Ungarn, das italienische Pergine Valdarno, das spanische Porrúa, Aldeburgh in Großbritannien, Tommerup in Dänemark, das griechische Paxos, Kirchheim in Österreich und Ströbeck in Deutschland – diese Orte haben alle etwas gemeinsam: Sie sind Kulturdörfer Europas. Das Netzwerk wurde gegründet, um auf aktuelle Probleme von Dörfern aber auch auf ihre besondere Bedeutung für die Europäische Union aufmerksam zu machen. Seit 1999 veranstalten die Dörfer mehrmals jährlich gemeinsame Aktionen wie Jugendcamps, Seniorenbegegnungen und Konferenzen zu Themen im ländlichen Raum.

Kultur stärkt Gemeinschaft

Das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl der Bürger erwächst nicht aus der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einigung Europas allein. Erst Erfahrungen der kulturellen Vielfalt schweißen die Völker zusammen. Diese Überzeugung verbindet die Akteure der Europäischen Kulturdörfer. So stand bei der Veranstaltungsreihe von Januar 2011 bis Juli 2012, die mit einem Betrag von 67.000 Euro aus dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ gefördert wurde, das Thema „Europäische Kultur und regionale Identität“ im Vordergrund. Durch das gemeinsame Herausarbeiten ihrer kulturellen Traditionen und regionalen Identität entdeckten die Dörfer Mechanismen der Kultur, die zum Gemeinschaftsgefühl beitragen. „Die spanischen und griechischen Gäste erklärten, dass die Menschen in ihrem Dorf nicht viel verreisen. Aber durch die Kulturdörfer haben sie eine Beziehung zu Europa entwickelt“, sagt Kathrin Baltzer, Ströbecker Kulturdorfmanagerin.

Von anderen Kulturen lernen

Schon die Startkonferenz mit 66 Aktiven im Mai 2011 in Wijk aan Zee zeigte sich multikulturell: Präsentiert wurden zum Beispiel traditioneller griechischer Gesang und Tanz, österreichische Klosterarbeiten und tschechische Maisfiguren. Im Juni 2011 fand in Ströbeck ein Kulturaustausch mit 157 Teilnehmenden statt. In Vorträgen, Diskussionen und praktischen Workshops, in denen gemeinsam getanzt und gebastelt

wurde, wurden die regionalen kulturellen Unterschiede deutlich. Dies war neu und intensivierte den Austausch: Bisher hatten sich die Dörfer nur ihre eigene Kultur präsentiert. „Man lernt viel über seine eigene kulturelle Identität, wenn man andere Kulturen kennenlernt“, meint Lucinda Silver, Mitglied des Kulturdorfvereins des dänischen Tommerup. Das zeigte sich eindrücklich bei einem Musik-Workshop im September 2011: 56 Teilnehmer musizierten gemeinsam und improvisierten ein gemeinsames Kulturdorf-Lied. Bei dessen Aufführung wurden sowohl die regional geprägten Stile als auch die Gemeinschaft stiftende Wirkung von Musik deutlich.

Gemeinsame Zukunft

Das Projekt Kulturdörfer geht weiter: Nach der „Entdeckung“ der europäischen Kulturen soll es nun um „Kooperation“ gehen. Regelmäßige Treffen unter dem Titel „Europamarkt“ sollen den Wissenstransfer und die Kulturkooperationen fördern. Die Beteiligten treibt die Hoffnung, dadurch das kulturelle Angebot und die Lebensqualität auf dem Land zu verbessern und einer Abwanderung in die Städte entgegenzuwirken.

Kulturelle Eigenheiten der Kulturdörfer, die Projektaktivitäten und die wichtigsten Ergebnisse werden in einer Publikation dokumentiert. Eine DVD vermittelt zusätzliche Eindrücke. Außerdem informieren ein Newsletter und eine Internetseite des Kulturdorf-Netzwerks über die Treffen.
www.culture-of-europe.eu



Mehr Informationen:

Christine Wingert
Kontaktstelle Deutschland
„Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB)
Telefon: 02 28 / 201 67 29
E-Mail: wingert@kontaktstelle-efbb.de
www.kontaktstelle-efbb.de



Bild: privat

Harald Müller, LAG-Manager der Leader-Aktionsgruppe Altbayerisches Donaumoos in Bayern

„Wir füreinander wäre ohne Leader nicht denkbar“

Harald Müller ist seit April 2004 LAG-Manager der Leader-Aktionsgruppe Altbayerisches Donaumoos in Bayern. Als Diplom-Verwaltungswirt ist er mit den verwaltungstechnischen Abläufen vertraut, erlebt aber bei Leader doch immer wieder Neues. Ihn begeistert das Bestreben der Bürgerinnen und Bürger, ihre Region weiterzuentwickeln und enger zusammenzuarbeiten. www.altbayerisches-donaumoos.de

Herr Müller, was ist das Besondere für Sie an Leader im Vergleich zu anderen Fördertöpfen?

Die Einbindung von lokalen Akteuren in die Gestaltung und Umsetzung einer regionalen Entwicklungsstrategie ist für mich das Besondere an Leader. Hier spiegelt sich die Meinung der Menschen aus der Region wider, nicht jene von externen Experten, die zu wissen meinen, was für die Region gut und wichtig ist. Leader ist zudem das einzige Förderprogramm der EU, das zu seiner Umsetzung ein eigenes lokales Management vorsieht und auch mitfinanziert. Nichtsdestotrotz schielen wir auch auf andere Fördertöpfe und nutzen diese.

Was bewirkt Leader darüber hinaus?

Leader besteht aus „Lokalen Akteuren“, die in einem selbst verfassten Entwicklungskonzept festschreiben, was in einer LAG gefördert und umgesetzt werden kann. Diese Strategieentwicklung ist meines Erachtens sehr sinnvoll, da sich auf diese Weise viele Menschen aus unserer Region über die Zukunft Gedanken machen. Alleine das bewirkt meist schon einen positiven Entwicklungsschub. Darüber hinaus verstärkt Leader den Netzwerk- und Kooperationsgedanken auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene. Weg vom „Kirchturmdenken“ – hin zum Erfahrungsaustausch und zur konstruktiven und effizienten Zusammenarbeit. Die Mehrzahl der Leaderprojekte in dieser Förderperiode waren interkommunale Projekte.

Was wäre denn ganz konkret ohne Leader in Ihrer Region nicht passiert?

Die Region hat seit 2004 begonnen, ein Wanderwegenetz aufzubauen, welches jetzt mit Leader als Teil des ELER-Fonds abgeschlossen werden kann. Mit mehr als 300 Kilometern Wanderwegen in allen Teilen der Region haben wir eine touristische Infrastruktur geschaffen, die aus unserer landschaftlich sehr heterogenen Gegend wahrlich eine Wanderregion gemacht hat. Die gilt es, nun nicht nur Naherholungssuchenden, sondern auch Touristen näherzubringen. Auch kooperative soziale Projekte wie zum Beispiel unsere nahezu flächendeckende Nachbarschaftshilfe „Wir füreinander“ wären

ohne Leader nicht auf den Weg gebracht worden. Das Projekt wird mittlerweile in der nordrhein-westfälischen LAG Der Selfkant eins zu eins übertragen. Zurzeit arbeiten wir an einem Projekt zum Aufbau einer Regionalmarke – auch dies wäre ohne den Leader-Ansatz nicht denkbar. Darüber hinaus werden viele Entwicklungsprozesse in der Region mit der Leader-Arbeitsweise in Gang gesetzt, ohne gleich Leaderprojekte zu sein.

Was wünschen Sie sich für die kommende Förderperiode?

Schön wäre, wenn Leader in unserer Region fortgeführt würde und auch die Umsetzung von nationalen und transnationalen Kooperationsprojekten auf gleicher Augenhöhe realisiert werden könnte. Bisher erschweren die unterschiedlichen Herangehensweisen und Fördersätze diese Arbeit. Wünschenswert wäre eine Verfahrensvereinfachung bei der Genehmigung von Kleinprojekten. Auch wünschenswert, aber wohl illusorisch wäre ein schlankerer Bürokratismus.

Was unterscheidet Ihre Leaderregion von anderen?

Die Stärke unserer Region ist die geografische Vielfalt – Jura, Donautal und Donauauen, Donaumoos, tertiäres Hügelland und Paartal sind regionale Besonderheiten. Dies bedingt auch, dass die Menschen, die in unserer Region leben, unterschiedliche Herkunft und Sozialisierungen aufweisen, was aber für den Entwicklungsprozess durchaus fruchtbar und belebend ist. Unsere Region ist eng mit dem prosperierenden Wirtschaftsraum um Ingolstadt herum verbunden, demzufolge müssen wir bestrebt sein, unseren Natur-, Lebens- und Wirtschaftsraum weiterhin zu stärken, getreu nach unserem Motto „Gemeinsam stark“.

„Leader ist nicht nur ein Fördertopf, sondern ein Prozess“

Die Diplom-Geografin Madeleine Kusche hat von 2004 bis 2008 im Regionalen Planungsverband Westmecklenburg die Regionalentwicklung gestaltet und an der Fortschreibung des Raumentwicklungsprogrammes mitgewirkt. Seit 2008 ist sie Leader-Managerin in der Mecklenburger Schaalseeregion. Mit fast 50 umgesetzten Projekten und der Verantwortung für dreieinhalb Millionen Euro Fördergelder schöpft sie aus einem reichen Erfahrungsschatz.

www.Leader-Schaalsee.de



Bild: privat

Madeleine Kusche, Leader-Managerin in der Mecklenburger Schaalseeregion

Frau Kusche, was ist das Besondere für Sie an Leader im Vergleich zu anderen Fördertöpfen?

Mit Leader werden die Entscheidungen gemeinsam vor Ort mit den Akteuren im ländlichen Raum getroffen und abgestimmt. Leader ist nicht einfach nur ein Fördertopf, sondern eigentlich als ein Prozess zu verstehen. Öffentliche Akteure und Partner aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich gestalten den Entwicklungsprozess zusammen. Leader bedeutet damit immer Netzwerkarbeit, Kommunikation sowie Partizipation und praktische Mitwirkung der Bevölkerung an der regionalen Entwicklung. Das ist für mich der wesentliche Unterschied zu vielen anderen Förderverfahren.

Was bedeutet Leader darüber hinaus?

Bei meiner Arbeit treffe ich unglaublich viele enthusiastische Menschen, die tolle Ideen für die Gestaltung und Entwicklung unserer Region haben. Durch Leader wird ihre aktive Mitwirkung am Prozess und der Umsetzung regionaler Projekte oftmals erst möglich. Transparente Entscheidungswege sorgen dafür, dass Leader als Förderinstrument der EU in der Region anerkannt ist. Die Bürger erhalten das Gefühl, das europäische Fördermittel einen positiven Beitrag zur Verbesserung ihrer Lebensqualität oder Lebenssituation leisten.

Was wäre ganz konkret ohne Leader in Ihrer Region nicht passiert?

Dazu könnte ich hier sicherlich eine Vielzahl an Projekten nennen, die wir in den letzten Jahren umgesetzt haben. Für viele Maßnahmen wäre es schwierig gewesen, ihnen ohne Leader zum Erfolg zu verhelfen. Ganz konkret fallen mir hier zwei Umweltbildungsprojekte ein. Ohne Leader-Gelder würde derzeit nicht das Treibhaus der Zukunft wachsen. Ab 2013 wird in einer ehemaligen Scheunenruine ein interdisziplinäres Bildungskonzept zu den Themen ökologische Landwirtschaft, gesunde Ernährung und Denkmalschutz umgesetzt. Außerdem gibt es seit Anfang des Jahres unsere H₂Ohr-Umweltbildungstätte, die in einem überdimensional großen, umgekippten Wassereimer untergebracht ist. Aber der Mehrwert von Leader sind ja nicht nur die Projekte, sondern die Vernetzung und die regionale Zusammenarbeit.

Diese konnte in der laufenden Förderperiode gefestigt und unsere Netzwerke konnten gestärkt werden.

Was wünschen Sie sich für die kommende Förderperiode?

Ohne zunächst die fördertechnischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, wünsche ich mir, dass wir die partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Lokalen Aktionsgruppe weiterführen. Erfreulich wäre aus meiner Sicht, wenn die Fördermöglichkeiten für private Ideengeber erleichtert werden und sich unser Land an der nationalen Kofinanzierung aller Projekte beteiligt. Außerdem befürworte ich den Multifondsansatz, also die stärkere Verzahnung der EU-Fördertöpfe, in den bisherigen Verordnungsentwürfen. Die Option, im Rahmen der Leader-Entwicklungsstrategie Projekte oder Projektteile aus den verschiedenen EU-Fonds zu fördern, entspricht dem integrierten Ansatz von Leader und aus meiner Sicht dem Bedarf der Leader-Regionen.

Was unterscheidet Ihre Leader-Region von anderen?

Kern und Namensgeber der Region ist das Biosphärenreservat Schaalsee, das etwa ein Drittel der Fläche der Leader-Region einnimmt. Der internationale Status als UNESCO Biosphärenreservat, die Lage an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Verbindung mit der umgebenden Natur, die aus vielfältigen Wasserlandschaften mit wilder Artenvielfalt besteht, und der dementsprechend beeindruckende Ruhe- und Erholungsraum unmittelbar an einem der größten Ballungszentren Deutschlands sind die Alleinstellungsmerkmale unserer Leader-Region.



Die Gespräche führte Anke Wehmeyer



Wie plant man Innovation und Erneuerung?

Im Rahmen des Modellvorhabens LandZukunft wetteiferten 17 zuvor anhand bestimmter Kennzahlen ausgewählte periphere ländliche Landkreise (siehe Karte) darum, die besten Konzepte für mehr regionale Wertschöpfung und zur Sicherung der Beschäftigung zu entwickeln. Welchen Kriterien und Prozessen dabei entscheidende Bedeutung zukam, hat das Johann Heinrich von Thünen-Institut untersucht.

Von Anne Margarian, Kristina Pezzei, Stefan Kundolf und Patrick Küpper

Das Modellvorhaben LandZukunft wurde im Sommer 2011 vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) initialisiert. Zentrale Elemente sind die Einbindung neuer Akteure in den Entwicklungsprozess und die Förderung über ein Regionalbudget. Die Einbeziehung von Wissen und Kompetenzen unternehmerischer Menschen aus der Region im sogenannten „Bottom-up Prozess“ soll Impulse für neue Förderansätze ergeben. Besondere Bedeutung kam der Bewerbungsphase von September 2011 bis Februar 2012 zu, da mit den Wettbewerbskonzepten die Grundpfeiler für die Aktivitäten in den vier Siegerregionen (siehe Karte) eingeschlagen wurden.

Herausforderung Bewerbungsverfahren

Die spannende Frage ist, ob und wie es den Beteiligten trotz der Notwendigkeit, schnell vorzeigbare Ergebnisse zu produzieren, gelungen ist, innovative Förderansätze zu entwickeln. Dieses Spannungsverhältnis zwischen planbarem Erfolg und Innovationsfreude wurde möglicherweise durch ein Steuerungsinstrument des Wettbewerbs verstärkt: Die Beteiligten sollten konkrete Ziele benennen, an denen sie ihren Erfolg messen können. Das Austesten neuer Wege darf aber nicht als gescheitert betrachtet werden, wenn die erhofften Wirkungen ausbleiben: Innovationen sind Experimente, die oft auch im Falle des Scheiterns mit einem großen Erkenntnisgewinn für die nächsten Versuche einher gehen. Am Ende der Bewerbungsphase von einem

halben Jahr sollten die Verantwortlichen der ausgewählten Landkreise Projektskizzen einreichen, die den formalen Vorgaben genügten. Zudem mussten drei bis fünf „Starterprojekte“ benannt werden, die noch in 2012 beginnen sollten. Die Begleitforscher des von Thünen-Instituts interviewten kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist 34 Verantwortliche in den 17 Regionen: Ziel war herauszufinden, wie die Menschen vor Ort mit den Herausforderungen der Bewerbungsphase umgegangen sind und wie es gelang, die innovativen Ideen der Beteiligten in ein wettbewerbsfähiges Konzept einzubinden.

Entscheidungsfindung

Manche Regionen setzten den thematischen Rahmen schon vorab, andere definierten die Strategie im Prozess zusammen mit den neuen Akteuren. Risiken und Chancen eines solchen Bottom-up Prozesses werden an den folgenden, aus den 34 Interviews ausgewählten Zitaten deutlich:

„Da habe ich gedacht das kann jetzt nie was werden, das klappt nicht, [...]. Die haben sich auch untereinander nicht verstanden und haben aneinander vorbei geredet [...] – also ich möchte nicht Moderator gewesen sein; [...] Es war aber einfach dringend erforderlich, damit die Menschen so zusammenfinden, wie sie dann zusammengefunden haben [...].“

Die gelungene Vorauswahl eines bestimmten Kernthemas kann durchaus ein erster Schritt hin zu einem funktionierenden Bottom-up Prozess in der weiteren Ausgestaltung des Konzeptes sein indem man –

„eben nicht in die Breite geht und suggeriert, alles ist möglich, jeder kann und alles ist frei. Da schaffe ich viele Enttäuschungen und die Leute springen ab, sondern dass ich'n Fokus setze, da aber auch noch die Bereitschaft habe, das zu verändern und ich muss es schaffen das Thema zu setzen, das den Leuten unter den Nägeln brennt und dann kommen sie fast von selbst.“

Andererseits gilt aber auch, dass –

„wenn man wirklich Unternehmer ansprechen möchte, dann ist es tödlich zu sagen wir haben hier alles vorgefertigt und es wird abgenickt.“

Als Konfliktvermeidungsstrategie bei der Auswahl der Projekte half häufig ein Verweis auf die Vorgaben des BMELV. Auch das Aufstellen eindeutiger Kriterienkataloge, nach denen oft in gemeinsamen Workshops „bepunktet“ wurde, half Konflikte vermeiden.

Ergebnisorientierter Freiraum für Innovation

Angesichts der Wettbewerbssituation orientierte sich die Strategieentwicklung stark an den tatsächlichen und vermeintlichen Wünschen des BMELV. Vielen Regionen war es zudem wichtig, einen Fokus zu wählen, der sowohl mit großer Wahrscheinlichkeit innerhalb der Förderphase zu sichtbaren Ergebnissen führt als auch im Kontext der Förderung ländlicher Entwicklung einen Neuigkeitswert besitzt. Daneben sollte der Themenbereich oft eine breite Unterstützung im Landkreis erfahren und gleichzeitig die Subsumierung einer möglichst großen Bandbreite an Vorschlägen aus der Region ermöglichen. Damit hielten sich in vielen Regionen Kräfte, die in Richtung einer eher konventionellen Strategie und solcher, die in Richtung eines ganz neuen Ansatzes wirkten, die Waage. Die Lösung bestand in der Bildung eines großen, offenen Ansatzes unter innovativem Titel, der die Kernthemen von LandZukunft aufgriff und gleichzeitig für möglichst viele Projektideen offen blieb.

Bei der Auswahl der Projekte für die Gesamtstrategie war die schnelle Umsetzbarkeit von großer Bedeutung. Außerdem sollten die Projekte trotz innovativem Charakter zu sichtbaren und quantifizierbaren Ergebnissen, meist im wirtschaftlichen Bereich, führen:

„Mit originellen Dingen punkten Sie, gehen aber auch die Gefahr ein, dass es mal nicht funktioniert. Ein dritter Punkt: es muss auch verständlich sein. Erkennbar, originell, wirksam.“

Neue Wege oder Kontinuität?

Kontinuität und Anknüpfen an Vorhandenes wurde oft als wichtig erachtet. Damit tragen die Regionen ihren Erfahrungen mit ähnlichen Initiativen in der Vergangenheit und im Rahmen anderer Förderkulturen Rechnung. Der Gewinn von LandZukunft wurde vielfach darin gesehen, dass es ermöglichte, einen übergreifenden Blick einzunehmen und Lücken zu füllen, um so verschiedene Ansätze zu integrieren und zu verbinden. Dabei haperte die Umsetzung zuvor keineswegs alleine an den fehlenden finanziellen Mitteln:

„Für uns war das Spannende im Prozess, wir haben nicht die Welt neu erfunden, sondern am Bestehenden angeknüpft aber das Bestehende war in kleinen Pflänzchen irgendwo vorhanden und ist nicht gewachsen, weil keiner wusste, wie soll ich's machen, mit wem, wo soll ich anfangen. Also dümpelt so'n Thema eher vor sich hin, wird mal andiskutiert, aber es wird nichts umgesetzt.“

Die vielleicht wichtigsten Impulse gingen vom Ideenaustausch und der Integration der unterschiedlichen Informationen und Sichtweisen aus. Möglich wurde das nach Einschätzung der Befragten, weil das Modellvorhaben die Aufmerksamkeit auf die anstehenden Themen lenkte und die Umsetzung mehrerer Projekte in einer konzertierten Aktion ermöglichte. Das bedeutet auch, dass der Wettbewerb in allen Regionen bestimmte Erwartungen geweckt hat, was angesichts der Vielzahl ähnlicher Wettbewerbe durchaus kritisch gesehen wurde:

„Wir mobilisieren mal wieder alle, jeder kommt an den grünen Tisch und danach verpufft das Ganze wieder, weil keiner sich weiter traut.“

In den meisten Regionen war man sich dennoch einig, dass selbst bei einer Ablehnung des eigenen Wettbewerbsbeitrages zumindest Teile der entwickelten Ideen auch umgesetzt werden sollten.

Fazit

So ergibt sich insgesamt ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite standen einer freien Entwicklung wirklich neuer innovativer Strategien und Projekte Zwänge entgegen, zum Beispiel die Notwendigkeit, viele Beteiligte und Interessen zu integrieren und am Ende der Bewerbungsphase einen überzeugenden Wettbewerbsbeitrag mit quantifizierbaren Projektzielen vorzuweisen. Auf der anderen Seite erzeugte der Wettbewerb oftmals eine Aufbruchsstimmung, die Menschen dazu brachte, sich mit ihren Ideen und ihrem Wissen einzubringen. Eine wichtige Voraussetzung dafür scheint die richtige Balance zwischen Steuerung und Offenheit auf der administrativen Ebene gewesen zu sein. Die kommenden Monate werden zeigen, ob es gelungen ist, aus diesen Ideen tragfähige Gesamtkonzepte zu entwickeln, die anhaltende Verbesserungen für die Menschen in den Regionen bewirken.

Informationen zum Modellvorhaben: www.land-zukunft.de



Mehr Informationen:

Dr. Anne Margarian
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Telefon 05 31 / 59 6 55 11
E-Mail: anne.margarian@vti.bund.de
www.vti.bund.de

Was bringen die Vorschläge zur Gestaltung der Direktzahlungen ab 2014?

Im Mittelpunkt der Diskussionen über die Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission für die künftige Gemeinsame Agrarpolitik steht die Ausgestaltung der Direktzahlungen an Landwirte. Wissenschaftler des Thünen-Instituts haben die Vorschläge analysiert und bewertet. Sie plädieren für einen schrittweisen Abbau der Direktzahlungen bei einem gleichzeitigen Ausbau gezielterer Maßnahmen und für eine Umschichtung von Mitteln in die 2. Säule.

Von Bernhard Forstner und Peter Weingarten

Nach Einführung von Direktzahlungen als Ausgleich für Kürzungen von Interventionspreisen 1992 wurde mit der Agenda 2000 eine „Umlegitimierung“ der Zahlungen durch die Bindung an gesetzlich einzuhaltende Standards in den Bereichen Umweltschutz, Tierschutz, Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie den Erhalt der Flächen in einem guten ökologischen und landwirtschaftlichen Zustand („Cross Compliance“ oder CC) begonnen. Diese Legitimierung soll nun mit den neuen Vorschlägen in Richtung Umwelt- und Klimaschutz verstärkt werden („Greening“). In ihren Legislativvorschlägen hält die Kommission an der überragenden finanziellen Bedeutung der Direktzahlungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) fest und behält ein vergleichbares Verhältnis zwischen 1. und 2. Säule wie in der aktuellen Förderphase bei.

Grundlegende Kritik

Die Analysen des Thünen-Instituts zeigen, dass die Direktzahlungen nur eingeschränkt einen Beitrag zu den Zielen der GAP leisten. Daher fehlt aus wissenschaftlicher Sicht die Grundlage für die von der EU-Kommission beabsichtigte grundsätzliche und flächendeckende Beibehaltung der Zahlungen. Die Forscher sprechen sich dafür

aus, die Direktzahlungen ab 2014 schrittweise abzubauen zugunsten zielgerichteter Maßnahmen, wie sie vom Grundsatz her derzeit in der 2. Säule der GAP – der Politik zur Förderung der ländlichen Räume – umgesetzt werden. Allerdings sind grundsätzliche Änderungen an den Kommissionsvorschlägen nicht mehr zu erwarten. Um das Agrarbudget zielgerichteter einzusetzen, sollte Deutschland von der Möglichkeit Gebrauch machen, zehn Prozent der jährlich über fünf Milliarden Euro Direktzahlungen aus der 1. Säule in die 2. Säule der GAP umzuschichten und auf eine Änderung der Kofinanzierungsregelung für diese Mittel hinwirken.

Wirkung und Empfehlung!

Die Analyse des Thünen-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) stützt sich im Wesentlichen auf Daten des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) von über 340.000 landwirtschaftlichen Betrieben aus dem Jahr 2010, auf Simulationen von BMELV-Testbetrieben sowie auf markt- und betriebsgruppenbezogene Simulationen des Thünen-Modellverbundes. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen der Wissenschaftler sind:



Kürzung/Umschichtung der Direktzahlungen

• Die allgemeine Kürzung der Direktzahlungen in Deutschland führt den Modellergebnissen zufolge zu durchschnittlichen Einkommens-einbußen von etwa einem Prozent. Die mögliche Umverteilung von zehn Prozent der Direktzahlungen in die 2. Säule wirkt generell einkommensmindernd für die Betriebe und hängt von der konkreten Verwendung der Mittel ab. In den untersuchten Varianten geht das durchschnittliche Betriebseinkommen je Arbeitskraft um drei bis fünf Prozent zurück.

! Die GAP-Reform sollte ein klares Signal für einen langfristigen Abbau der Direktzahlungen setzen. Deutschland sollte von der Option, Finanzmittel aus der 1. in die 2. Säule umzuschichten, in vollem Umfang Gebrauch machen.

Greening

• Ausgehend von den Anbaustrukturen von 2010 wären von der Begrenzung der Hauptkultur auf maximal 70 Prozent der Ackerfläche 38 Prozent der Betriebe betroffen. Um die vorgeschlagenen Vorgaben für die Anbaudiversifizierung einzuhalten, müsste insbesondere weniger Mais (4,7 Prozent der Maisfläche) angebaut werden.

• Die Umsetzung des Vorschlags zu ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) auf sieben Prozent der Ackerfläche würde in Deutschland rund 620.000 bis 755.000 ha erfordern. Bereits jetzt würden etwa zehn bis 15 Prozent der Ackerbau- und Dauerkulturbetriebe (ohne besondere Berücksichtigung ökologischer Betriebe) die Vorgabe erfüllen. Voraussichtlich wird eine Verlagerung von ÖVF auf weniger günstige Standorte durch Zupacht stattfinden. Diese ist betriebswirtschaftlich positiv zu sehen und kann durch den Einsatz gezielter Anreiz- und Planungsinstrumente zur Konzentration von ÖVF an Stellen mit großem Ökologienpotenzial auch ökologisch sinnvoll sein.

! Umweltmaßnahmen in der 1. Säule müssen prinzipiell leicht administrierbar sein und sind in der Regel weniger zielgerichtet als freiwillige Umweltmaßnahmen in der 2. Säule.

Ein „Greening“ der 1. Säule läuft damit Gefahr, nur eine scheinbare „Begrünung“ mit hohen Mitnahmeeffekten zu sein oder die Umweltleistungen teuer zu erkaufen. Die Umsetzung bestimmter Maßnahmen der 2. Säule sollte deshalb auf die ÖVF angerechnet werden.

Kleinlandwirteregelung zur Verringerung der Verwaltungskosten

• Für etwa 50.000 Betriebe (ohne Weinbaubetriebe) wäre die Teilnahme an der Kleinlandwirteregelung (max. 1.000 Euro Direktzahlung pro Betrieb) finanziell attraktiv. Sie erhielten insgesamt zusätzliche Zahlungen von etwa 20 Millionen Euro, die bei den übrigen Direktzahlungsempfängern gekürzt würden. Da „Kleinlandwirte“ von den Cross-Compliance- und Greening-Regelungen befreit wären, könnte es auch für Betriebe mit einem potenziellen Direktzahlungsanspruch von mehr als 1.000 Euro attraktiv sein, diese Regelung zu nutzen.

! In Deutschland ist mit der Kleinlandwirteregelung keine Verringerung des Verwaltungsaufwands zu erwarten. Die pauschale Befreiung der Kleinlandwirte von den Kontrollen der CC-Auflagen kann Probleme mit sich bringen. Eine Umsetzung dieser Regelung erscheint daher nicht sinnvoll.

Als ebenfalls nicht sinnvoll erachten die Wissenschaftler die Vorschläge zu Degression und Kappung sowie zur Abgrenzung von „Aktiven Landwirten“, mit denen laut Kommissionsvorschlag eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen erreicht werden soll: Von der „**Degression und Kappung**“ wären in Deutschland knapp 200 Betriebe (insbesondere Marktfruchtbau) mit einer Kürzung von durchschnittlich 1.500 Euro betroffen. Die entstehenden bürokratischen Mehrkosten für die Verwaltung und für die Landwirte stünden hierzu in keinem vernünftigen Verhältnis. Die vorgeschlagene Abgrenzung „**Aktiver Landwirt**“ hätte eine Überprüfung von rund der Hälfte aller Landwirte zur Folge. Die aufwendigen Einkommensprüfungen würden unverhältnismäßige Bürokratiekosten verursachen, ohne eine wesentlich höhere Zielgenauigkeit der Zahlungen zu erreichen. Den Vorschlag einer eigenen **Junglandwirteförderung**, nach der Betriebsleiter unter 40 Jahren in Deutschland für maximal fünf Jahre

zusätzliche Direktzahlung von durchschnittlich etwa 1.200 Euro je Jahr erhalten können, lehnen die Thünen-Wissenschaftler ebenfalls ab und verweisen auf die bestehende höhere Investitionsförderung von Junglandwirten in der 2. Säule sowie die fehlende sachliche Begründbarkeit für deutsche Betriebe.

Fazit:

Die Kommissionsvorschläge stellen den Versuch dar, die bisherige Politik der Direktzahlungen neu zu legitimieren. Den Herausforderungen, denen Landwirtschaft und ländliche Räume gegenüberstehen, werden sie jedoch nicht gerecht. Dazu wäre ein langfristiger Ausstieg aus den Direktzahlungen und der Ausbau von zielgerichteten Maßnahmen zur Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen notwendig.



Quelle: oekolandbau.de / © BLE / T. Stephan

Zum Weiterlesen:

Forstner et al. (2012): Analyse der Vorschläge der EU-Kommission vom 12. Oktober 2011 zur zukünftigen Gestaltung der Direktzahlungen im Rahmen der GAP nach 2013, Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie 2012/4, sowie weitere Publikationen auf www.vti.bund.de → Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik



Mehr Informationen:

Bernhard Forstner
Thünen-Institut für Betriebswirtschaft
Telefon: 05 31/59 6 52 33
E-Mail: bernhard.forstner@vti.bund.de

Prof. Dr. Peter Weingarten
Thünen-Institut für Ländliche Räume Braunschweig
Telefon: 05 31/59 65 5 01
E-Mail: peter.weingarten@vti.bund.de
www.vti.bund.de



Mehr Beschäftigung durch Direktzahlungen?

Mit den Reformvorschlägen für 2013 will die EU-Kommission erstmalig beschäftigungspolitische Impulse in der 1. Säule ihrer Agrarpolitik setzen. Welche Wirkung verschiedene, derzeit diskutierte Instrumente hätten, hat das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung untersucht.

Von Karin Jürgens, Frieder Thomas und Onno Poppinga

In mehreren Mitgliedsstaaten arbeiten Landwirte, Agrarwissenschaftler, bäuerliche Organisationen und gewerkschaftliche Verbände an Vorschlägen, die Direktzahlungen an Arbeit und Beschäftigung zu binden. Im EU-Projekt „Beschäftigungsanreize in der Agrarpolitik“ werden Auswirkungen und Chancen verschiedener Modelle diskutiert. Das Kasseler Institut hat Auswirkungen von drei in Deutschland aufgetretenen Vorschlägen auf typische Betriebe der deutschen Agrarstruktur modelliert (siehe Tabelle). Grundlagen waren eine Befragung von 80 Betrieben sowie Daten aus der Agrarstatistik des Bundes. Berücksichtigt wurden ausschließlich rein landwirtschaftliche Arbeitskräfte, da die EU-Direktzahlungen sich nur auf die Landwirtschaft und nicht auf vor- und nachgelagerte Bereiche beziehen.

Betriebsgröße, Arbeitszeit oder Arbeitskosten?

Bei dem Modell **Arbeitsbezogene Korrekturen** kann die Kürzung von Direktzahlungen ab einer bestimmten Flächengröße durch den

Nachweis von Lohnkosten kompensiert werden. Dieses Modell beträfe wenige flächenstarke Ackerbaubetriebe, größere personalintensive Tierhaltungsbetriebe hingegen nur sehr begrenzt. Dieses, derzeit von der EU-Kommission befürwortete, Modell könnte Ungerechtigkeiten zwischen großen arbeitsintensiven und arbeitsexensiven Betrieben korrigieren. Frei werdende Gelder würden in die 2. Säule umgeschichtet.

Die beiden Modelle, die die Arbeit zur Berechnungsgrundlage machen (Punkte 2 und 3), bewirkten eine Umverteilung innerhalb der 1. Säule zugunsten arbeitsintensiver kleinerer oder vielseitig strukturierter Betriebe. Eine Bindung der Direktzahlungen an die **standardisierte Arbeitszeit** käme arbeitsintensiven Milchvieh- und Futterbaubetrieben, viehhaltenden Gemischtbetrieben genauso wie den ökologischen zugute. Auch die arbeitsaufwendigen Betriebe in benachteiligten Regionen profitierten. Rationalisierte Ackerbaubetriebe – auch die im Nebenerwerb – würden hingegen Direktzahlungen verlieren.

Von einer **Bindung der Direktzahlungen an Arbeitskosten** würden alle Betriebe profitieren, die relativ hohe Sozialbeiträge zahlen: Neben kleineren und mittleren arbeitsintensiven Betrieben auch Ackerbaubetriebe im Nebenerwerb, ökologische sowie größere viehhaltende Betriebe. Die Bindung der Direktzahlungen an Arbeitskosten wäre somit ein direktes Instrument zur Sicherung von Lohnarbeitsplätzen und Anreiz zu mehr lohnabhängiger Beschäftigung im Agrarsektor. Die Berechnung der Arbeitskosten über die Sozialabgaben ist aber angesichts der unterschiedlichen Sozialversicherungssysteme in vielen Ländern der EU nur schwer umzusetzen.

Eine Patentlösung gibt es nicht

Die Diskussion der Ergebnisse mit Politik, Verbänden und Gewerkschaften hat zwei Aspekte besonders deutlich gemacht: je stärker die Umverteilungswirkung, desto heftiger die Kontroversen zwischen den landwirtschaftlichen Interessengruppen. Hinzu kommt die Vielfältigkeit der Landwirtschaft in Europa. Es wird nicht einfach werden, ein Modell zu etablieren, welches den Zielen Einkommensstützung und Beschäftigungsförderung gleichermaßen gerecht wird. Die derzeit diskutierte Regelung hätte zwar nur geringe sozial- und strukturpolitische Auswirkungen. Dennoch wäre die Umsetzung des Vorschlags für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ein wichtiger Schritt.

Drei Vorschläge zur Bindung von Direktzahlungen an Arbeit

Land	Instrumente
(1) Arbeitsbezogene Korrekturen an flächenbezogenen Direktzahlungen	
Deutschland	Gestaffelte Kürzungen der Direktzahlungen ab 30.000 Euro, Kompensation durch Anrechnung von 50 % der tatsächlichen Lohnkosten (AbL e.V. Vorschlag, inzwischen erheblich modifiziert)
Frankreich	Kürzung der Direktzahlungen ab 15.000 €. Steigerung der Kürzung bei steigenden Direktzahlungen. Kompensation durch den Nachweis von Arbeitskräften (Confédération Paysanne).
Tschechien	70 % der Direktzahlungen gebunden an die bewirtschaftete Fläche, 30 % der Zahlungen für die Beschäftigung nach Zahl der Arbeitnehmer und selbstständigen Erwerbstätigen (OSPZV-ASO ČR)
(2) Standardisierter Arbeitszeitbedarf als Bemessungsgrundlage	
Deutschland	Nach dem kalkulatorischen Arbeitsaufwand der Betriebe, wie von landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in Deutschland angewendet (Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.)
Österreich	Direktzahlungen nach Standardarbeitszeiten der unterschiedlichen Kulturen, Tierhaltungen u.a. (entsprechend KTBL in Deutschland, Bundesanstalt für Bergbauernfragen)
Italien	Förderung nachgewiesener Arbeitseinheiten auf landwirtschaftlichen Betrieben (Bioverband AIAB)
(3) Arbeitskosten als Bemessungsgrundlage	
Deutschland	Bindung der Direktzahlungen an die Beiträge der landw. Betriebe an gesetzl. Sozialversicherungen als Indikator für Arbeitskosten (Biolandlandwirte Nordhessen, Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.)

Zum Weiterlesen:

Bindung der Direktzahlungen an Arbeit statt Fläche – Wirkungen von Vorschlägen zur Reform des Systems. Arbeitsergebnisse 2/2012, www.kasseler-institut.org → Arbeitsergebnisse



Mehr Informationen:

Dr. Frieder Thomas
Kasseler Institut für ländliche Entwicklung
thomas@kasseler-institut.org
www.agri-employment.eu
www.kasseler-institut.org

Welche Ordnung brauchen zukunftsfähige Räume?

Anfang des Jahres hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) den Raumordnungsbericht für Deutschland vorgestellt. Neben Fakten zu Trends und Entwicklungen beschreibt er auch die Ausrichtung für die zukünftige Raumordnungspolitik. Welche Handlungsempfehlungen hier entwickelt werden, skizziert dieser Beitrag. Von Isabell Friess

Der aktuelle Raumordnungsbericht verdeutlicht, dass die Kluft zwischen wirtschaftlich starken Wachstumszentren und Schrumpfräumen in Deutschland weiter wächst – trotz vielfacher Initiativen von Bund und Ländern. Mit jedem Kilometer Entfernung zu größeren, städtischen Zentren drohen strukturschwache, ländliche Räume von Wohlstand und Wachstum abgehängt zu werden. Als aktuelle Herausforderungen für die Raumordnungspolitik werden die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, aber auch die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Gewährleistung einer zukunftsfähigen Mobilität abgeleitet. Für ländliche Räume besonders interessant ist zudem die Herausforderung Energiewende: Zwei Drittel der Leistung erneuerbarer Energieträger sind in ländlichen Gemeinden installiert.

Den Trends entgegenwirken

Um den im Raumordnungsbericht gezeigten Trends entgegenzuwirken, müssen Bund und Länder in den kommenden Jahren gezielt Maßnahmen initiieren. Vorhandene Angebote zur Daseinsvorsorge sind an aktuelle Bedarfe anzupassen, gegebenenfalls zurückzubauen. Um das Zentrale-Orte-System leistungsfähig zu erhalten, bedarf es einer gezielten Lenkung der Siedlungsentwicklung. Und um die Ausbau-chancen der Energiewende von ländlichen Räumen auszuschöpfen, müssen zusätzliche Flächen für die Energienutzung bereitgestellt und der damit einhergehenden Problematik des Flächenverbrauchs aktiv begegnet werden. Außerdem sollten Klimaschutz-Maßnahmen intensiviert werden, um negative Folgen des Klimawandels zu mindern.

Leitbilder fortschreiben und neue ergänzen

Leitbilder der Raumentwicklung prägen die Raumordnungspolitik von Bund, Ländern und Regionen und müssen mit der realen Situation Schritt halten. So bedarf beispielsweise das auf Metropolregionen fokussierte Leitbild „Wachstum und Innovation“ einer Ergänzung um seine Auswirkungen auf die regionale Lebensqualität und die EU 2020-Ziele – intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Beim Leitbild „Daseinsvorsorge sichern“ steht die verträgliche Anpassung des zentralörtlichen Systems im Vordergrund. Für die ländlichen Räume sind vor allem die Mittelzentren als „stabilisierender Anker“ von zentraler Bedeutung. Es zeichnet sich die Notwendigkeit ab, das Zentrale-Orte-System teilweise zu straffen, ohne die bestehenden Tragfähigkeits- und Erreichbarkeitskriterien zu gefährden: mithilfe eines Basissetzes an Zentren, die auch 2050 noch ausreichend tragfähig wären. Zudem sollen neue Leitbilder zu den Bereichen „Klimaschutz und Energieversorgung“ und „Mobilität und Logistik“ entwickelt werden. Zu Letzterem werden der Ausbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur und ein Grundnetz im Sinne des Zentrale-Orte-Systems zusätzlich zum Bundesverkehrswegeplan diskutiert.

Konkrete Ansätze

Das BBSR schlägt im Raumordnungsbericht auch Umsetzungsvorschläge und neue Modellvorhaben vor, zum Beispiel die Einführung von Regionalfonds, die Erarbeitung von gemeinsamen Stadt-Land-Entwicklungskonzepten, die Erprobung neuer Formen der Steuerung

der Siedlungsentwicklung oder die Entwicklung eines „Innovativen Gesamtkonzepts für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Mobilität“. In Bezug auf die Landes- und Regionalentwicklung werden unter anderem die Definition bundesweiter, jedoch regional differenzierter Mindeststandards für die Daseinsvorsorge vorgeschlagen sowie Konzepte zur bereichsübergreifenden Gestaltung der Daseinsvorsorge zu entwickeln.

Der Raumordnungsbericht kann bestellt und als PDF-Datei auf den Internetseiten des BBSR heruntergeladen werden:
www.bbsr.bund.de



Mehr Informationen:

Klaus Einig
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt
für Bauwesen und Raumordnung
Telefon 02 28 / 994 01 23 03
E-Mail: klaus.einig@bbr.bund.de



© Udo Schroeter / wiki commons



© M. Klich

Eine Stimme für die Menschen im ländlichen Raum

Vom 6. bis 9. September 2012 fand im südschwedischen Ronneby das 12. Ländliche Parlament Schwedens statt. Erneut nahmen auch deutsche Akteure teil, darunter erstmals Mitglieder der Initiativgruppe zur Gründung einer Dorfbewegung in Deutschland sowie politische Vertreter aus Bundestag und Agrarausschuss.

Von Mirko Klich

Im Zuge eines seit den 60er-Jahren stetigen Bevölkerungsrückgangs und einer Abnahme von Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten in ländlichen Gebieten Schwedens wuchs das Gefühl der dort lebenden Menschen, von der Regierung alleingelassen zu werden. Durch eine Gemeindegebietsreform Anfang der 70er-Jahre wurde die Zahl der Gemeinden von 2.500 auf unter 300 reduziert und damit die politische Einflussnahme von Bürgern auf die Entwicklung ihrer Dörfer weiter erschwert. Vor diesem Hintergrund entstand in einer groß angelegten Kampagne verschiedener Nicht-Regierungs-Organisationen zwischen 1987 und 1989 die schwedische Dorfbewegung „Hela Sverige ska leva!“ (Ganz Schweden soll leben!).

Gemeinsam für ländliche Politik

Im Zuge der Kampagne wurden fast 6.000 Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der ländlichen Politik gesammelt und circa 1.000 Dorffaktionsgruppen gebildet. Den Höhepunkt bildete das erste Ländliche Parlament Schwedens im August 1989. Neben der offiziellen und öffentlichkeitswirksamen Versendung von 300 politischen Forderungen wurde beschlossen, die initiierte Bewegung fortzuführen. Noch im gleichen Jahr wurde „Hela Sverige ska leva“ gegründet. Der Name ist Programm: Leben sollen Städte und Dörfer, der dicht besiedelte Süden Schwedens und der dünn besiedelte Norden. Mittlerweile gehören der schwedischen Dorfbewegung 4.700 Dorffaktionsgruppen und 40 ländliche Nicht-Regierungsorganisationen an.

Diskussionsort Ländliches Parlament

Seit 1989 findet alle zwei Jahre ein Ländliches Parlament mit jeweils zwischen 800 und 1.000 Teilnehmern statt. Hauptgegenstand und Ziel sind, den Menschen in ländlichen Regionen eine Stimme zu geben und diese in der Regierung, Politik und Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen. Auf dem viertägigen Ländlichen Parlament Blekinge 2012 „Wie bauen wir das Land und wer macht diesen Job?“ stellten sich Minister und Politiker unterschiedlicher Parteien und Ressorts den Diskussionen mit den Teilnehmern. In Workshops wurden aktuelle Themen und Probleme der ländlichen Regionen bearbeitet. Beeindruckend waren

die Berichte aus Dörfern und kleinen Städten, zum Beispiel vom Kampf um den gemeinschaftlichen Betrieb eines Kindergartens nach der Schließung des kommunalen Kindergartens. In diesen Momenten wurde die politische Verantwortung für die ländlichen Regionen und ihrer Menschen besonders deutlich. Denn was bedeutet die Schließung eines öffentlichen Kindergartens im dünn besiedelten ländlichen Raum für die dort lebenden berufstätigen Eltern anderes, als zukünftig nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen zu können?

Von Schweden nach Europa

Mittlerweile gibt es in Europa 26 Dorfbewegungen und vergleichbare Initiativen mit ähnlichen partizipatorischen Foren wie das Ländliche Parlament. In Schweden haben die europäischen Netzwerke nun den Aufbau eines europäischen Parlaments beschlossen, das innerhalb der nächsten zwei Jahre stattfinden soll. Mit großem Interesse wurde die Initiative zur Gründung einer Dorfbewegung in Deutschland aufgenommen. Eine deutsche Dorfbewegung würde eine wesentliche Stärkung der europäischen Dorfbewegung darstellen. Dazu benötigt die Initiative noch weitere Unterstützung, etwa durch die in den vergangenen Jahren entstandenen ländlichen Netzwerke und regionalen Zusammenschlüsse.

Gründen wir eine Dorfbewegung:

Informationen über die Initiative zur Gründung einer Dorfbewegung in Deutschland finden Sie auf der Internetseite der Deutschen Vernetzungsstelle
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/dorfbewegung



Mehr Informationen:

Mirko Klich
 Landnetz Thüringen e.V.
 E-Mail: mrklich@web.de
www.landnetz-thueringen.de

Alternative Chance für innovative Projekte

Mit Leader- Alternativ erprobt Mecklenburg-Vorpommern seit nunmehr zwei Jahren einen neuen Förderansatz: Nicht mehr Richtlinienkonformität von Projekten, sondern Zielkonformität sind ausschlaggebend.

Von Dagmar Wilisch

Bild: LPV Mecklenburg
Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern werden fast alle für die Regionalentwicklung maßgeblichen Richtlinien unter anderem aus ELER-Mitteln gespeist. Damit hatten die Lokalen Aktionsgruppen (LAGn) schon seit Beginn der Förderperiode ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten. Trotzdem musste das eine oder andere Projekt abgelehnt werden, weil es in keine Förderrichtlinie passte. Hiervon waren insbesondere kleine innovative Vorhaben und weiche Investitionen betroffen. Dies gab den Anstoß für das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und den Leader-Arbeitskreis Mecklenburg-Vorpommern einen alternativen Fördereransatz zu entwickeln: Mit der Genehmigung des vierten Änderungsantrages zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (EPLR) Mecklenburg-Vorpommern wurden 2010 die Möglichkeiten zur Mitfinanzierung von Vorhaben zur Umsetzung der Gebietsorientierten Lokalen Entwicklungsstrategien (GLES) der Lokalen Aktionsgruppen erweitert. Bis dahin konnten nur solche Vorhaben durch den ELER kofinanziert werden, die nach einer der in den Schwerpunkten eins bis drei beschriebenen Maßnahmen und der zugehörigen Landesrichtlinie förderfähig waren.

Ziele erreichen ...

Seit der Änderung des EPLR sind alle Maßnahmen förderfähig, die der Umsetzung der GLES der jeweiligen LAG dienen und einen Beitrag zur Erreichung mindestens eines der Ziele nach Artikel 4 der ELER-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1698/2005) leisten.

Dadurch, dass keine Beschränkung vorgegeben ist, sind die förderbaren Projektinhalte äußerst vielfältig. Es können Detailregelungen und projektspezifische Lösungen gefunden werden, die maßgeschneidert an das jeweilige Vorhaben angepasst sind. Deshalb gibt es auch keine spezielle Leader-Alternativ-Richtlinie, die Details einschränkend regelt.



Bild: LAG Mecklenburgische Seenplatte

... und Verantwortung übernehmen

Mit Leader-Alternativ steigen die Autorität und die Verantwortung der Lokalen Aktionsgruppen. Sie legen eigenständig

- die projektspezifischen Ausgaben, für die die Zuwendung verwendet werden soll,
- den projektspezifischen Fördersatz und
- die maximale Höhe der Zuwendung fest.

Die Bewilligungsbehörden müssen bei der Ermittlung der tatsächlich förderfähigen Ausgaben und möglichen Auszahlungsbeträge prüfen, ob allgemeine, von spezifischen Förderrichtlinien unabhängige Bestimmungen zu beachten sind. In einem Handbuch sind die Grundsätze und Hinweise zur Bearbeitung von Projekten für die Bewilligungsbehörden erläutert.

Einer gesonderten Bekanntmachung des neuen Förderinstrumentes bedurfte es nicht. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit rufen die LAGn regelmäßig zur Einreichung von Vorhaben zur Umsetzung ihrer GLES auf. Dem Regionalmanagement obliegt es, zu prüfen, ob und welche Förderrichtlinie für das eingereichte Projekt infrage kommt. Dann wird der Vorhabenträger bei der Erarbeitung des jeweiligen Förderantrages unterstützt.

Gute Ideen auch ohne Richtlinie

Mit Leader-Alternativ hatten jetzt endlich auch die Projektträger eine Chance auf Gelder, die bisher aufgrund fehlender Fördermöglichkeiten abgelehnt werden mussten, obwohl ihr Vorhaben von den LAGn befürwortet wurde. Beispielhaft für bisher über 20 in Mecklenburg-Vorpommern bewilligte Projekte soll hier „Natur im Garten“, ein Partnerprojekt zwischen Niederösterreich und Mecklenburg-Vorpommern, genannt werden, in dem Personalkosten gefördert werden konnten. Auch Ausstellungen in Museen und Besucherzentren sind in Mecklenburg-Vorpommern nun über Leader-Alternativ förderfähig. Ferner wurde die Orgel in einer Dorfkirche mit Leader-Mitteln fertiggestellt, die über die Denkmalpflege nicht hätte komplett restauriert werden können.

Online-Informationen zu Leader-Alternativ

www.leader-schaalsee.de → Downloads



Mehr Informationen:

Dagmar Wilisch
Sprecherin des LEADER-Arbeitskreises Mecklenburg-Vorpommern
E-Mail: wilisch@landkreis-mueritz.de

Olaf Pommeranz
Sprecher des LEADER-Arbeitskreises Mecklenburg-Vorpommern
E-Mail: olaf.pommeranz@lkros.de

Filialen zu Dorfläden



Als Reaktion auf die Insolvenz des Unternehmens Schlecker will unter anderem die Gewerkschaft Ver.di betroffene Mitarbeiterinnen dazu motivieren, ehemalige Filialen als eigenständige Dorfläden weiterzuführen. Auch für Dörfer ohne Nahversorger könnte ein Dorfladen sinnvoll sein. Wir haben einen Unternehmensberater gefragt, welche Faktoren für die erfolversprechende Gründung eines Dorfladens wichtig sind.

Herr Gröll, was sind die wichtigsten Voraussetzungen, um erfolgreich einen Dorfladen zu gründen?

Aus unserer Sicht ist am allerwichtigsten, dass die Gesamtabzeptanz bei den Bürgern da ist. Wenn es gelingt, das Interesse der Bürger zu wecken, dann ist es sogar möglich, in kleineren Ortschaften einen Dorfladen erfolgreich zu etablieren. Ohne dieses Interesse machen auch in Ortschaften mit drei- oder viertausend Einwohnern die Dorfläden und Nahversorger wieder zu.

Wie schafft man diese Abzeptanz?

Der allereinfachste Weg ist eine Informations- und Motivationsveranstaltung. Nur den Leuten die Idee präsentieren, mit ihnen diskutieren und schauen, wie sich das entwickelt. Sehr viele Bürger haben Angst, schon im Vorfeld viel Geld zu investieren – auch in die Beratung.

Welche Rahmenbedingungen gibt es noch?

Es gibt aus unserer Sicht drei Sollbruchstellen. Die erste ist die schon genannte Akzeptanz der Bürger. Die zweite geht meistens einher mit einer Machbarkeitsstudie: Mit dieser prüfen wir, unter welchen Voraussetzungen das Projekt umgesetzt werden kann. Eine der wichtigsten ist die Bereitschaft der Bürger, das Ganze auch finanziell zu unterstützen. Als Drittes werden die Rahmendaten im Detail abgeklärt. Wenn es hier extreme Abweichungen gibt, zum Beispiel zu hohe Investitionskosten auf die Bürgerschaft zukommen, dann raten wir meist von dem Vorhaben ab. In allen drei Schritten haben die Bürger zwar grundsätzlich die Bereitschaft erklärt, Kapital zu investieren, es bisher aber noch nicht getan – ich denke, das ist ganz wichtig. Erst wenn alle drei Schritte geklärt sind, geht es in die eigentliche Umsetzung.

Wie wichtig ist das Konzept, um die Gesamtabzeptanz zu verstetigen?

Jeder Dorfladen muss die eigene Persönlichkeit des Dorfes und der Bürger widerspiegeln können. Deshalb halte ich den Versuch, bestimmte Konzepte zu übertragen, für gefährlich. Grundsätzlich ist aber wichtig: Ein Dorfladen bietet immer mehr als nur den Verkauf von Lebensmitteln. Meist gibt es ein umfangreiches Dienstleistungsangebot – wir haben über 100 verschiedene davon gezählt – ob das ein Tagescafé ist, eine Tauschbücherei oder eine Begegnungsstätte. Hier zählen die Bedürfnisse der Bürger, deswegen kann man auch nicht standardisieren, was ein Dorfladen braucht. Das gilt auch für das Warensortiment, allerdings spielen die regionalen Erzeuger und Produzenten eine immer größere Rolle. Ihr Anteil liegt bei einigen Läden inzwischen bei 70 oder 80 Prozent.

Von wem sollten sich Bürger oder Gemeinden beraten lassen, zum Beispiel zu Fördermitteln?

Es gibt Richtlinien, die vom Dorfladennetzwerk in Zusammenarbeit mit Dorfladenbetreibern und der bayerischen Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten erarbeitet worden sind. Sie umgrenzen, was eigentlich ein kompetenter Berater vorweisen können muss, um Dorfladen-Projekte vorzustellen und zu begleiten. Dazu gehört, dass die Berater nur gegen eine Aufwandsentschädigung erst einmal rausfahren und ihre Gedanken präsentieren. Nicht mehr und nicht weniger. Die Machbarkeitsstudie sollte nur aufzeigen, unter welchen Voraussetzungen etwas umzusetzen ist. Die Bürger entscheiden, ob sie die Voraussetzungen realisieren können oder nicht. Deshalb rechnen wir auch Fördermittel erst einmal gar nicht ein, damit die Entscheidung unabhängig von Förderzusagen getroffen wird.

Das Gespräch führte Anja Rath



Bild: privat

Wolfgang Gröll, Unternehmensberater

„Das wichtigste ist die Gesamtabzeptanz bei den Bürgern!“

Wolfgang Gröll ist seit über 20 Jahren als Unternehmensberater tätig. Er hat sich auf Kleinfirmen-Management und die Erstellung von Konzepten für Nahversorger in schwach strukturierten Regionen spezialisiert.

Digitale Bürgerbeteiligung an der regionalen Energiewende

In einem Online-Dialog waren Bürgerinnen und Bürger der Region Oderland-Spree im Osten Brandenburgs dazu eingeladen, Ideen und Vorschläge zur Umsetzung der Energiewende vor Ort einzubringen und über Maßnahmen abzustimmen. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über erste Erfahrungen mit der digitalen Beteiligung.

Von Tim Altegöör



nach ontopica GmbH

Ein regionales Energiekonzept, in dem Bestand und Potenziale erhoben sowie Szenarien für die weitere Entwicklung formuliert werden, kann Städten und Gemeinden bei der Umsetzung der Energiewende helfen. Ein solches Konzept entsteht derzeit in der brandenburgischen Region Oderland-Spree. Rüdiger Rietzel, dem Leiter der Regionalen Planungsstelle, war klar, dass die Anwohner daran umfassend beteiligt werden müssen: „Die Menschen vor Ort sind direkt von Entscheidungen im Energiebereich betroffen, etwa wenn es um den Bau neuer Anlagen geht. Daher war es uns sehr wichtig, frühzeitig den Dialog bezüglich regionaler Entwicklungsziele zu suchen“.

Geeignete Kommunikation finden

Für die mit der Erarbeitung des Konzepts beauftragte agrathaer GmbH stellte sich die Frage, wie die rund 435.000 Einwohner in der etwa 4.500 Quadratkilometer großen Region wirkungsvoll angesprochen werden können. Die Antwort wurde zum Pilotprojekt: Auf der Dialogplattform www.energiebeiuns.de werden die Bürger zum ersten Mal in Deutschland online an der Konzepterstellung beteiligt. „Zum einen wollten wir alle Entwicklungen und Ergebnisse jederzeit transparent machen, zum anderen Stimmungen und Meinungen aus der Bevölkerung aufgreifen“, erklärt Barbara Ilg von der agrathaer GmbH. Das Konzept und die Software wurden zusammen mit der auf Online-Partizipation spezialisierten ontopica GmbH entwickelt, zur Unterstützung bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Agentur für Erneuerbare Energien e.V. gewonnen.

Bürger erreichen

Am 10. Mai 2012 wurde das Portal im Rahmen einer Pressekonferenz freigeschaltet und in den Folgewochen in Zeitungsanzeigen sowie auf Plakaten und Onlinebannern bei Verwaltungen, Parteien, Bildungseinrichtungen und Vereinen in der Region beworben. Pressemitteilungen informierten über den Projektverlauf. In der ersten, sechswöchigen Beteiligungsphase konnten alle Interessierten Ideen einbringen, kom-

mentieren und diskutieren. Aus diesem Austausch wurden Vorschläge für konkrete Maßnahmen entwickelt, über die in einer zweiten Phase abgestimmt wurde. Zur Debatte standen beispielsweise das Repowering bestehender Windkraftanlagen, die Errichtung von Blockheizkraftwerken oder die Nutzung öffentlicher Gebäude für Solaranlagen. Die Ergebnisse des Dialogs fließen in das Energiekonzept ein, das bis Ende 2012 erstellt wird. Um Menschen ohne Internetzugang nicht auszuschließen, war in beiden Phasen auch eine Teilnahme per Post möglich.

Erfahrungen nutzen

Da die Region neue Wege geht und daher auf wenige Erfahrungen zurückgreifen kann, blieben Probleme nicht aus. So hatte der Dialog letztlich weniger Teilnehmer, als von den Projektplanern erhofft. Ein Grund könnte der eigentlich gute Ansatz sein, die Beteiligung möglichst früh zu starten. Stehen die erhobenen Potenziale zu Beginn des Dialogs detailliert zur Verfügung, kann anhand konkreter Beispiele diskutiert werden. Das Angebot, eigene Vorschläge zu machen, bevor alle Daten öffentlich sind, erhöht dagegen wohl eher die Hemmschwelle. Trotz dieser Umsetzungsschwierigkeiten kann sich ein Online-Dialog, der idealerweise im Zusammenspiel mit lokalen Informations- und Diskussionsveranstaltungen stattfindet, auch für andere Regionen lohnen. Das findet auch eine Teilnehmerin, die sich für mehr Bürgerbeteiligung ausspricht: „Ich habe den Eindruck, dass noch einige Überzeugungs- und Informationsarbeit vonnöten ist, bis GemeindevertreterInnen und Verwaltungen die Chancen erkennen und nutzen, die in einer partizipativ angelegten Entwicklung und Umsetzung von regionalen Energiekonzepten liegen.“



Mehr Informationen:

agrathaer GmbH
Telefon: 03 34 32 / 82 4 26
E-Mail: info@agrathaer.de
www.energiebeiuns.de



Von der Redaktion für Sie angelesen

Tourismus als Chance

Von Barbara Schulz-Hönerhoff

Diese Publikation schließt eine Informationslücke: In 21 Artikeln behandeln 29 Autoren aus Wissenschaft, Beratungsunternehmen, Verbänden und Verwaltung umfassend das Thema Tourismus im ländlichen Raum. Neben Definitionen und Grundlagen werden Aspekte beleuchtet wie Ökonomie und Wertschöpfung, Angebot- und Nachfragepotenziale, Organisations- und Vermarktungsstrukturen, Kommunikation, Förderung, Schutzgebiete, Nachhaltigkeit und Klimawandel. Detaillierte Auswertungen von Forschungsvorhaben, Statistiken und Umfragen veranschaulichen das Thema praxisnah.

Die Vorstellung ausgewählter Beispielregionen verdeutlicht die Thematik und die Realität in den Regionen. So erfahren zum Beispiel Betreiber von Beherbergungsbetrieben, welche Wünsche ihre Zielgruppen bestimmen und Kommunalvertreter, welche Auswirkungen und Bedeutung Investitionen in den Tourismus in ihrer Gemeinde haben. Die Autoren vermitteln die Chance des Tourismus für viele ländliche Räume: Eine interessante und wertvolle Lektüre für Praxis, Wissenschaft und Politik vor Ort, die eine Fortsetzung finden sollte.



Hartmut Rein und Alexander Schuler (Hrsg.): *Tourismus im ländlichen Raum*, Verlag Springer Gabler, Wiesbaden 2012, 375 Seiten, ISBN 978-3-8349-3353-9.



André Christian Wolf und Annette Zimmer: *Lokale Engagementförderung – Kritik und Perspektiven*, Springer VS, Wiesbaden 2012, 182 Seiten, ISBN: 978-3-531-18585-9.

Lokale Engagementförderung – Kritik und Perspektiven

Von Moritz Kirchesch

In Zeiten des demografischen Wandels gewinnt die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zunehmend an Bedeutung. Seit Mitte der 90er-Jahre wurden und werden zu diesem Zweck zahlreiche Einrichtungen gegründet, die von Bürgerstiftungen bis zu Mehrgenerationenhäusern reichen. Das Forschungsprojekt „Ausbau, Umbau, Rückbau? Bestandsaufnahme, Evaluation und Weiterentwicklung der Infrastruktur lokaler Engagementpolitik“ untersuchte die Vor- und Nachteile dieser Einrichtungsvielfalt in den Kommunen: Welche Einrichtungsformen und

-typen sind noch zeitgemäß? Wie ergänzen sie sich und wo stehen sie in Konkurrenz zueinander? Die Autoren stellen Entstehung, Aufgaben sowie aktuelle Herausforderungen der verschiedenen Einrichtungen dar und erläutern anschließend deren Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Risiken. Als Ergebnis werden Thesen zur Zukunft der Engagement fördernden Einrichtungen zusammengefasst, die es auf Grundlage der Untersuchung von Einrichtungen in ausgewählten Modellkommunen zu überprüfen gilt.

... angebündelt

Wettbewerbe (nicht nur) für ländliche Räume

Von Stefan Kämper

Die Montag-Stiftung hat den **Ideenwettbewerb Neue Nachbarschaft** auslobt: Gefragt sind Projekte und Ideen, die unmittelbar im sozialen Umfeld wirken. Bewerben können sich Menschen, die ihr Viertel selbst gestalten wollen. **Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2012**. Alle Informationen auf der **Website: www.neue-nachbarschaft.de**

„Zu Hause in ländlichen Räumen“: Die dritte Runde des Wettbewerbs „**Menschen und Erfolge**“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung läuft noch bis zum **15. Januar 2013**. Bewerben können sich Einzelpersonen oder Gruppen, aber auch Gebietskörperschaften oder

Unternehmen mit laufenden Aktivitäten oder bereits umgesetzten Projekten rund ums Bauen und Wohnen. Informationen und Teilnahmeunterlagen unter: **www.menschenunderfolge.de**

Auch 2013 setzt sich die **Tassilo-Tröscher-Stiftung** für die **Menschen im ländlichen Raum** ein und prämiert gute Ideen. Es können Projekte, Konzepte, Entscheidungen, Texte oder ähnliches eingereicht werden, deren Ziel es ist, die Verhältnisse auf dem Land zu verbessern. **Bewerbungsschluss ist der 31. März 2013**. Alles Infos auf der Website: **www.asg-goe.de/stiftungswettbewerb.shtml**



Ländliche Räume vital und lebenswert gestalten

Zum sechsten **Zukunftsforum Ländliche Entwicklung** am 23. und 24. Januar 2013 lädt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Experten der ländlichen Entwicklung und die interessierte Öffentlichkeit nach Berlin ein. Die Plattform für Austausch und Vernetzung bietet neben der Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung des BMELV wieder Begleitveranstaltungen zu einer breiten Themenpalette.

Viele greifen das Leitthema auf und fragen, was die Vitalität ländlicher Räume ausmacht und was deren Bedingungen sind. Neben Beiträgen, die sich einer lebendigen und zukunftsfähigen Entwicklung von Dörfern widmen, gibt es solche, die fragen: Wie lassen sich Jugendliche für die ländliche Entwicklung gewinnen, welche Formen der Beteiligung gibt es? Wie kann

der Begriff Familienfreundlichkeit mit Leben erfüllt werden? Welchen Einfluss hat eine lebendige regionale Kultur auf die Entwicklung? Auch die Sicherung der ärztlichen Versorgung und andere Fragen der Daseinsvorsorge, Stadt-Land-Partnerschaften und das Modellvorhaben LandZukunft werden thematisiert.

Die Ressource Fläche steht ebenso im Mittelpunkt einer Veranstaltung wie die Themen Regionalität und Selbstversorgung, urbane und stadtnahe Landwirtschaft, Beweidung von Grünland, biologische Vielfalt, forstliche Förderung sowie Monitoring und Evaluation. Wie beim Format Zukunftsforum gewohnt, bieten die Veranstaltungen einen Mix aus Best-Practice-Beispielen und fachpolitischen wie wissenschaftlichen Beiträgen. Es lohnt sich also wieder, in Berlin dabei zu sein.

Anmeldeschluss für alle Veranstaltungen des Zukunftsforums ist der 15. Januar 2013.

Programm und Anmeldung zu allen Veranstaltungen sowie zum Empfang am 23. Januar: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Informationen zur Begleitveranstaltung „Ländlicher Raum als Labor“ von DVS, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum



Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Mit Jugend, Unternehmen und Nachbargemeinden für eine attraktive Region lautet 2013 der Titel der Begleitveranstaltung des Sachgebietes „Strukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“ in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Im Fokus der Vorträge und des Podiumsgesprächs steht der Mehrwert regionaler Kooperation. Anhand innovativer Beispiele werden Praktiker gemeinsam mit Prof. Stefan Siedentop von der Universität Stuttgart und dem Publikum die Frage diskutieren, wie junge Menschen und Unternehmen sinnvoll in die Regionalentwicklung einbe-

zogen werden können. Vorgestellt werden das Unternehmensnetzwerk „Hesselberg AG e.V.“ aus Mittelfranken, das Projekt „JugendMobil“ zur Verbesserung der Mobilität in drei brandenburgischen Regionen sowie die Initiative des Wittlager Lands aus Niedersachsen, die in regionaler Kooperation unter anderem Leerstand bekämpft. Zur Sprache kommen auch erste Erfahrungen der jugend- und unternehmensbezogenen Aktivitäten der LandZukunft-Modellregion „Talentküste“ Dithmarschen in Schleswig-Holstein.

Mehr Informationen: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/sg

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn





Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Familienfreundlichkeit ländlicher Räume



© Kzenon / fotolia

Termine

Zusammengestellt von Stefan Kämper

18. bis 27. Januar	Ländliche Räume – Räume voller Ideen Gemeinschaftsstand in der Halle 4.2 „Lust aufs Land“ auf der Internationalen Grünen Woche 2013 in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/igw	
23. und 24. Januar	Ländliche Räume vital und lebenswert gestalten Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2013 in Berlin <small>Info auf Seite 51</small>	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
23. Januar	Ländlicher Raum als Labor – Bürger und Kommunen gestalten Zukunft Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin <small>Info auf Seite 8</small>	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum	
23. Januar	Mit Jugend, Unternehmen und Nachbargemeinden für eine attraktive Region Begleitveranstaltung des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung in Berlin <small>Info auf Seite 51</small>	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de	
8. bis 10. Februar	GAP-Reform und ländlicher Raum Die „Zweite Säule“ als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung?	Evangelische Akademie Loccum www.loccum.de	

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

